Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/700

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
8 — 50103 — 6186/62

Bonn, den 31. Oktober 1962

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1963 (Haushaltsgesetz 1963)

nebst Begründung (Anlage 1) mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne des Bundeshaushaltsplans 1963 sowie der Nachweis über das Vermögen und die Schulden des Bundes nach dem Stande vom 31. Dezember 1961 liegen diesem Schreiben bei *).

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Entwurf des Einzelplans 02 (Bundestag) enthält lediglich eine Zusammenstellung der Summen der Einnahme- und Ausgabegruppen unter Zugrundelegung der Schlußzahlen für das Rechnungsjahr 1962, weil ein gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages festgestellter Haushaltsvoranschlag 1963 noch nicht vorliegt. Ein aufgegliederter Plan wird nachgereicht, sobald der vom Vorstand des Bundestages geschäftsordnungsmäßig festgestellte Voranschlag eingegangen sein wird.

Der Entwurf des Einzelplans 03 (Bundesrat) ist in der vom Präsidium des Bundesrates beschlossenen Fassung übernommen worden. Es handelt sich insoweit nicht um eine verantwortliche Vorlage der Bundesregierung.

---

*) *Einzelpläne und Nachweis als Sonderdruck verteilt*

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 26. Oktober 1962 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes zum Gesetzentwurf Stellung genommen. Seine Änderungsvorschläge und Bemerkungen sind zusammen mit der Stellungnahme der Bundesregierung dazu in der Anlage 2 enthalten.

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Adenauer

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1963 (Haushaltsgesetz 1963)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1963 wird in Einnahme und Ausgabe auf

56 814 198 600 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

55 011 994 400 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

1 802 204 200 Deutsche Mark.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabenansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, soweit Leistungen aus diesen Ausgabenansätzen für bereits bewilligte Maßnahmen noch im folgenden Rechnungsjahr erforderlich sind.

§ 3

(1) Bei Anwendung des § 30 a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 80 000 Deutsche Mark zu ersetzen.

(2) In den Fällen des § 47 Abs. 3 und 6 der Reichshaushaltsordnung gilt im Rechnungsjahr 1963 als Wertgrenze des § 3 Abs. 2 und des § 5 der Anlage 3 zu § 57 der Reichswirtschaftsbestimmungen der Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann abweichend von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zur verbilligten Beschaffung von Bauland zulassen, daß bundeseigene unbebaute Grundstücke unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, daß diese Grundstücke binnen angemessener Frist, die in der Regel drei Jahre nach Abschluß des Kaufvertrages nicht übersteigen soll, zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaus bebaut werden. Unterbleibt die Bebauung, so ist das Eigentum an dem Grundstück gegen Erstattung der Kosten wieder auf den Bund zurückzuübertragen. Der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates gemäß § 47 Abs. 3 der Reichshaushaltsordnung bedarf es in diesen Fällen nicht. Das Nähere bestimmen Richtlinien des Bundesschatzministers im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in Abweichung von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen, daß bewegliche Sachen, die aus Zuwendungen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung erworben sind und im Eigentum des Bundes stehen, den Trägern der Forschungseinrichtungen oder zentralen Forschungsorganisationen unentgeltlich übereignet werden.

(5) In Abweichung von § 41 der Reichshaushaltsordnung gelten für die Benutzung von Dienstkraftwagen bei obersten Bundesbehörden außerhalb der rein dienstlichen Verwendung die Richtlinien der Bundesregierung vom 16. März 1962.

(6) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in Abweichung von § 50 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung die Änderung von Kreditverträgen mit ausländischen Schuldnern zuzulassen, wenn dies im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt.

§ 4

Übersteigt bei einem Einnahmetitel der Betrag der tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz und können auf Grund eines Haushaltsvermerks bei einem übertragbaren Ausgabetitel in Höhe dieser Mehreinnahmen Ausgaben geleistet werden, so dürfen, abweichend von § 73 der Reichshaushaltsordnung, die Beträge solcher Mehreinnahmen, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres für die Zwecke der Ausgabetitel nicht verwendet worden sind, in der Haushaltsrechnung als Ausgaberest und zugleich als Mehrausgabe nachgewiesen werden.

§ 5

§ 75 der Reichshaushaltsordnung ist im Rechnungsjahre 1963 in der Weise anzuwenden, daß bei Feststellung des Jahresergebnisses nur die tatsächlich eingegangenen Einnahmen (Ist-Einnahme)

und die tatsächlich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgabe) berücksichtigt werden.

§ 6

Der Bundesminister der Finanzen darf seine Zustimmung nach § 30 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung zur Verausgabung von Beträgen, die bei übertragbaren Ausgabebewilligungen am Schluß des Rechnungsjahres 1962 nicht verwendet sind (Ausgabereste), nur erteilen, wenn innerhalb desselben Einzelplans Beträge in gleicher Höhe für diesen Zweck in Abgang gestellt werden oder wenn sichergestellt ist, daß in demselben Einzelplan am Schluß des Rechnungsjahres 1963 Ausgabereste in gleicher Höhe verbleiben, soweit nicht besondere Ausgabemittel zur Deckung dieser Ausgaben im Haushaltsplan veranschlagt sind. Der Bundesminister der Finanzen kann in Ausnahmefällen zulassen, daß der Ausgleich in anderen Einzelplänen vorgenommen wird.

§ 7

(1) Verfügungen über Ausgabemittel, die bei einzelnen Titeln des Haushaltsplans als gesperrt bezeichnet sind, sowie über Ausgabemittel des außerordentlichen Haushalts bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen. Auch der Beginn von Hochbaumaßnahmen bedarf der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von Mitteln für bestimmte Ausgabetitel oder für Gruppen von solchen von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite oder die Sicherung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts es erfordern.

§ 8

(1) Die Mittel für die Fortführung begonnener und für neue Baumaßnahmen des Bundes sowie die Ausgabenansätze zur Förderung von Baumaßnahmen anderer Stellen sind in Höhe von 20 v. H. des Jahresansatzes gesperrt, soweit nicht eine rechtliche oder internationale Verpflichtung zu ihrer Leistung besteht. Ausgenommen von der Sperre sind die Mittel für die landwirtschaftliche Siedlung und Strukturverbesserung, für Wohnungsbaumaßnahmen zugunsten der Facharbeiter und Schlüsselkräfte im Zonenrandgebiet sowie für den Straßen- und Wasserstraßenbau. Der Bundesminister der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft Befreiungen von dieser Sperre zulassen.

(2) § 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1121) findet im Rechnungsjahr 1963 keine Anwendung.

§ 9

Die Zweckbindung nach Artikel 1 Abs. 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes vom 28. März 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 201) gilt mit der Maßgabe, daß das Aufkommen an Mineralölsteuer im Rechnungsjahr 1963 bis zum Betrage von 2 372 000 000 Deutsche Mark für Zwecke des Straßenwesens zu verwenden ist.

§ 10

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind gegenseitig deckungsfähig die Ansätze bei

1. Titel 104 a und 104 b,
2. Titel 201 a, b und c,
3. Titel 204 und 205,
4. Titel 207 a, b und c.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Titel 101 zur Verstärkung der bei Titel 103 und 104 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Titel 102 zur Verstärkung der bei Titel 103 veranschlagten Mittel;
3. Einsparungen bei Titel 103 zur Verstärkung der bei Titel 104 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei den Titeln 101 bis 104 zur Verstärkung von Mitteln bei den Titeln 109, 110 und 111;
5. Einsparungen bei Titel 106 zur Verstärkung der bei Titel 107 veranschlagten Mittel;
6. Einsparungen bei Titel 108 zur Verstärkung der bei Titel 217 veranschlagten Mittel.

(3) Innerhalb des Kapitels 23 02 können nach Maßgabe des Haushaltsvermerks Einsparungen bei Titel 572 zur Verstärkung der bei Titel 300 veranschlagten Mittel verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit).

(4) Innerhalb der Kapitel 33 03, 33 04, 33 06, 33 07 und 33 08 können Einsparungen bei Titel 160 zur Verstärkung der bei Titel 161 veranschlagten Mittel verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit).

(5) Innerhalb des Kapitels 14 12 sind gegenseitig deckungsfähig die Mittel folgender Titel:

1. Titel 711 bis 716,
2. Titel 717 bis 723,
3. Titel 725 bis 730,
4. Titel 731 bis 739,
5. Titel 741 bis 746,
6. Titel 750 bis 759,
7. Titel 760 bis 769,
8. Titel 771 bis 774,
9. Titel 780 bis 783,
10. Titel 791 bis 796,
11. Titel 801 bis 806,
12. Titel 811 bis 816,
13. Titel 817 bis 827.

(6) Gegenseitig deckungsfähig sind die übertragbaren Mittel folgender Titel, und zwar nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke:

Kapitel 12 17 Titel 570 a und 570 b,

Kapitel 14 02 Titel 309 a und 310 a sowie 309 b und 310 b,

Kapitel 23 02 Titel 300 und 301,
Kapitel 31 02 Titel 640 a und 640 b,
Kapitel 32 05 Titel 680 und 681,
Kapitel 60 02 Titel 571 a und 571 b,
Kapitel 60 02 Titel 955 a und 955 b,
Kapitel 60 02 Titel 954 und 956,
Kapitel 60 04 Titel 950 a und 950 b.

(7) Nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke können von den übertragbaren Mitteln verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Kapitel 06 29 Titel 300 zur Verstärkung der bei Kapitel 06 29 Titel 215 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Kapitel 06 29 Titel 300 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 06 29 Titel 703;
3. Einsparungen bei Kapitel 06 30 Titel 304 zur Verstärkung der bei Kapitel 06 30 Titel 215 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 571 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 571 a;
5. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 572 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 572 a;
6. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 573 b zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 573 a veranschlagten Mittel;
7. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 574 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 574 a;
8. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 575 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 575 a;
9. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 576 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 576 a;
10. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 579 b zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 10 02 Titel 579 a;
11. Einsparungen bei Kapitel 10 10 Titel 306 zur Verstärkung der bei Kapitel 10 10 Titel 300 veranschlagten Mittel;
12. Einsparungen bei Kapitel 12 17 Titel 570 c zur Verstärkung der bei Kapitel 12 17 Titel 570 a und 570 b veranschlagten Mittel;
13. Einsparungen bei Kapitel 23 02 Titel 300 zur Verstärkung der bei Kapitel 23 02 Titel 571 veranschlagten Mittel;
14. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 570 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 570 a veranschlagten Mittel;
15. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 570 c zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 570 a veranschlagten Mittel;
16. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 571 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 571 a veranschlagten Mittel;
17. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 580 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 580 a veranschlagten Mittel;
18. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 581 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 581 a veranschlagten Mittel;
19. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 582 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 582 a veranschlagten Mittel;
20. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 582 c zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 582 a veranschlagten Mittel;
21. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 588 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 588 a veranschlagten Mittel;
22. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 830 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 830 a veranschlagten Mittel;
23. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 830 c zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 830 a veranschlagten Mittel;
24. Einsparungen bei Kapitel 25 02 Titel 833 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 02 Titel 833 a veranschlagten Mittel;
25. Einsparungen bei Kapitel 36 09 Titel 575 b zur Verstärkung der bei Kapitel 36 09 Titel 575 a veranschlagten Mittel;
26. Einsparungen bei Kapitel 36 09 Titel 575 b zur Verstärkung der bei Kapitel 36 09 Titel 710 veranschlagten Mittel.

(8) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für Sachausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.

(9) Die übertragbaren Ausgabemittel der Kapitel 35 02 bis 35 04 sind nach den besonderen Haushaltsvermerken dieser Kapitel gegenseitig deckungsfähig.

(10) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die gegenseitige Deckungsfähigkeit der übertragbaren Ausgabemittel der Kapitel 35 11 a und 35 11 b nach den besonderen Haushaltsvermerken dieser Kapitel anzuordnen.

§ 11

Die im Haushaltsplan vorgesehenen Stellen der Eingangsgruppe einer Laufbahn dürfen abweichend von § 36 Abs. 2 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung auch mit Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, die zum Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn zugelassen sind, wenn sie erfolgreich in die Aufgaben dieser Laufbahn eingeführt sind und, soweit erforderlich, die Aufstiegsprüfung abgelegt haben.

§ 12

Der Bundesminister der Finanzen ist berechtigt, für das Rechnungsjahr 1963 im Benehmen mit dem Bundesminister des Innern und mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in besonderen Fällen eine nicht ruhegehaltfähige und widerrufliche Stellenzulage (§ 21 des Bundesbesoldungsgesetzes) zu gewähren.

§ 13

(1) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen in dringenden Fällen Planstellen umzuwandeln oder zusätzlich zu schaffen. Neue Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend" zu versehen. Über den weiteren Verbleib dieser Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(2) Ausgaben bei dem Titel 101 dürfen nur nach Maßgabe der für das Rechnungsjahr 1963 durch den Haushaltsplan und durch den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages nach Absatz 1 bewilligten Planstellen geleistet werden. Die darüber hinausgehenden Beträge sowie die davon abhängigen Sachausgaben sind gesperrt.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend für die Ansätze für die beamteten Hilfskräfte (Titel 103), für die nichtbeamteten Kräfte (Titel 104 a und 104 b) sowie für die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 105). Für die Verfügung über gesperrte Ausgabemittel gilt § 7 Absatz 1 Satz 1 entsprechend.

§ 14

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen umzuwandeln oder zusätzlich zu schaffen, soweit dies gemäß § 71 e des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 21. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1578) erforderlich ist.

§ 15

Nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Rechtsstellung der zu Soldaten im Verwaltungs- und Versorgungsdienst der Truppe ernannten Beamten der Bundeswehr erhalten diese vom Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ernennung zu Soldaten auf Zeit Dienstbezüge aus den bei Kapitel 14 04 und 14 07 für den Verwaltungsdienst der Truppe veranschlagten Planstellen entsprechend den Dienstgraden, die ihnen auf Grund des obengenannten Gesetzes verliehen worden sind.

§ 16

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. Von der Einholung der Zustimmung des Haushaltsausschusses darf nur abgesehen werden, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet; in diesem Falle ist der Haushaltsausschuß unverzüglich zu unterrichten.

(4) Über den weiteren Verbleib der durch den Bundesminister der Finanzen nach den Absätzen 1 und 3 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland unter Wegfall der Bezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

§ 17

(1)) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem oberen Bundesgericht gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 21. Juli 1956 (Bundesgesetzblatt I S. 662) und des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 26. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 297) zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden oberen Bundesgerichts eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem

oberen Bundesgericht zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 18

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen dürfen nur vorgenommen werden, wenn ihre Notwendigkeit durch das Gutachten eines kraftfahrtechnischen Sachverständigen des Bundesministeriums der Finanzen, in den Bereichen des Bundesministers des Innern, des Bundesministers der Verteidigung und des Bundesministers für Verkehr durch das Gutachten des jeweils für den Bereich des betreffenden Ministeriums zuständigen kraftfahrtechnischen Sachverständigen festgestellt ist. Der Bundesminister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

§ 19

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Rechnungsjahr 1963 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund von § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost werden verpflichtet, ein Drittel von den im Rechnungsjahr 1963 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Deutschen Bundesbank auf Grund des § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht. Das zu übernehmende Drittel wird im Verhältnis 3 : 2 auf die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost aufgeteilt.

(3) Soweit die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost nach den Absätzen 1 und 2 zur Übernahme von Zinsen verpflichtet werden, sind die Zinsverpflichtungen nur aus dem Sondervermögen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost zu erfüllen.

§ 20

(1) Werden Aufgaben von einer Dienststelle auf eine andere innerhalb des Geschäftsbereichs eines Bundesministers oder vom Geschäftsbereich eines Bundesministers zu dem eines anderen übertragen, so sind auch die Mittel und Planstellen auf die nunmehr zuständige Haushaltsstelle zu übertragen. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist von der Übertragung zu unterrichten.

(2) Zum Ausgleich des Personalbedarfs in den Geschäftsbereichen der Bundesminister kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen und Mittel von einem Kapitel auf ein anderes Kapitel desselben oder eines anderen Einzelplans übertragen. Der Beschluß ergeht auf Antrag eines Bundesministers. Eines Beschlusses der Bundesregierung bedarf es nicht, wenn die beteiligten Bundesminister einig sind oder der Personalausgleich innerhalb eines Einzelplans erfolgt. Vor der Beschlußfassung und vor Übertragungen nach Satz 3 ist der Präsident des Bundesrechnungshofs von dem zuständigen Bundesminister zu hören.

(3) Die Übertragung von Mitteln oder Planstellen nach Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 3 bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(4) § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleibt durch die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 unberührt.

§ 21

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 4 500 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf. Soweit Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden.

§ 22

(1) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 21 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1962 vom 23. Mai 1962 (Bundesgesetzbl. II S. 469) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1962 bleibt bis zum 31. Dezember 1963 wirksam.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1963 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 1 802 204 200 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

§ 23

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. zugunsten deutscher Ausführer
   a) für Ausfuhrgeschäfte. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt,
   b) für Ausfuhrgeschäfte, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht;

2. für Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;

3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt;

4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 14 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 7 000 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

§ 24

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zum Höchstbetrage von 1 700 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 25

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 1 600 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt;

2. für Vorsorgemaßnahmen in Berlin.

§ 26

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 6 750 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;

2. zur Förderung des Verkehrswesens;

3. zur Förderung des Wohnungsbaues und der damit verbundenen städtebaulichen Maßnahmen, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden;

4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Landesrentenbank aus der Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen erwachsen (zu vergleichen § 4 des Gesetzes über die Deutsche Landesrentenbank vom 7. Dezember 1939 — Reichsgesetzbl. I S. 2405 — in der Fassung des § 30 des Gesetzes über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur Sicherung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe [Grundstückverkehrsgesetz] vom 28. Juli 1961 — Bundesgesetzbl. I S. 1091);

5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 565) — Grüner Plan;

6. zur Förderung der Deutschen Fischwirtschaft;

7. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;

8. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 27

Auf die Höchstbeträge der §§ 23 bis 26 werden nach Maßgabe der Nummern 1 bis 5 die dort bezeichneten Gewährleistungen angerechnet, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat:

1. auf den in § 23 Abs. 2 festgelegten Höchstbetrag von 14 000 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes 1962 oder auf Grund der in § 27 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes 1962 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;

2. auf den in § 23 Abs. 2 festgelegten Höchstbetrag von 7 000 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 23 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 des Haushaltsgesetzes 1962 oder auf Grund der in § 27 Nr. 2 des Haushaltsgesetzes 1962 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;

3. auf den in § 24 festgelegten Höchstbetrag von 1 700 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 24 des Haushaltsgesetzes 1962

oder auf Grund der in § 27 Nr. 3 des Haushaltsgesetzes 1962 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;

4. auf den in § 25 festgelegten Höchstbetrag von 1 600 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 25 des Haushaltsgesetzes 1962 oder auf Grund der in § 27 Nr. 4 des Haushaltsgesetzes 1962 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind;

5. auf den in § 26 festgelegten Höchstbetrag von 6 750 000 000 Deutsche Mark Gewährleistungen, die nach § 26 des Haushaltsgesetzes 1962 oder auf Grund der in § 27 Nr. 5 des Haushaltsgesetzes 1962 bezeichneten Ermächtigungen übernommen worden sind.

§ 28

(1) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(2) Gewährleistungen nach den §§ 23 bis 26 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 23 bis 26 können mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 29

(1) Die §§ 21 bis 28 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Rechnungsjahres weiter.

(2) Die bei Kapitel A 23 02 Titel 570 ausgebrachte Ermächtigung, Verpflichtungen, und zwar auch Darlehenszusagen für künftige Rechnungsjahre, zur Förderung der Entwicklungsländer bis zum Betrage von 1 000 000 000 Deutsche Mark einzugehen, gilt weiter bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Jahres. Die auf Grund der Weitergeltung dieser Ermächtigung im folgenden Rechnungsjahr eingegangenen Verpflichtungen sind auf den durch das Haushaltsgesetz oder den Haushaltsplan des folgenden Rechnungsjahres festgelegten Bindungsrahmen anzurechnen.

(3) Der Bundesminister der Finanzen hat dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages vierteljährlich über den Stand der nach §§ 23 bis 28 übernommenen Verpflichtungen zu berichten.

§ 30

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr bei der Durchführung des Straßenbauplans 1963 eine Gesellschaft des privaten Rechts vertraglich mit der Finanzierung des Baues von Bundesfernstraßen zu beauftragen. Hierbei finden die Vorschriften des Abschnitts IV des Verkehrsfinanzgesetzes 1955 vom 6. April 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 166) entsprechende Anwendung.

§ 31

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kann im Namen des Deutschen Bundestages den Präsidenten des Bundesrechnungshofs als Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung um die Erstattung von Gutachten ersuchen.

§ 32

Der Bundesminister der Finanzen kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen.

§ 33

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 34

§ 8 Abs. 1, §§ 21 bis 28 treten mit ihrer Verkündung, im übrigen tritt dieses Gesetz mit Wirkung vom 1. Januar 1963 in Kraft.

Begründung

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1963 entspricht im wesentlichen den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes 1962.

Zu § 1

§ 1 enthält die Zahlen des Gesamtabschlusses.

Zu §§ 2 bis 8

Die Vorschriften sind bis auf § 3 Abs. 5 und § 8 Abs. 1 gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert. § 3 Abs. 5 regelt mit Rücksicht auf § 41 RHO die Benutzung von Dienstkraftwagen bei obersten Bundesbehörden außerhalb der dienstlichen Verwendung nach Maßgabe der Richtlinien der Bundesregierung vom 16. März 1962.

§ 8 enthält zur Einschränkung der Nachfrage nach Bauleistungen eine 20-v.H.-Sperre von Baumitteln. Durch die Neufassung werden die Mittel für Bauten im Rahmen der landwirtschaftlichen Siedlung und Strukturverbesserung, für Wohnungsbaumaßnahmen zugunsten der Facharbeiter und Schlüsselkräfte im Zonenrandgebiet sowie für den Straßen- und Wasserstraßenbau von der Sperre ausgenommen. Von der teilweisen Sperre werden ferner die Baumaßnahmen nicht berührt, die im Rahmen internationaler Verpflichtungen durchgeführt werden. Dazu gehören auch die militärischen Verteidigungsbauten. § 8 Abs. 2 ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 9

Nach § 9 soll für Zwecke des Straßenbaues das Aufkommen an Mineralölsteuer im Rechnungsjahr 1963 bis zum Betrage von 2 372 000 000 Deutsche Mark verwendet werden. Ein etwaiges Mehraufkommen steht für allgemeine Deckungszwecke zur Verfügung.

Zu § 10 (im Vorjahr § 9)

Die Vorschrift enthält die Fälle der gegenseitigen und einseitigen Deckungsfähigkeit von Haushaltsmitteln. Sie ist im wesentlichen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu §§ 11 und 12 (im Vorjahr §§ 10 und 11)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 13 (im Vorjahr § 12)

Die Stellenpläne sind aus dem Haushaltsplan 1962 grundsätzlich unverändert übernommen worden, soweit es sich nicht um die neuen noch im Aufbau befindlichen Ressorts handelt. Da eine Zurückstellung der Personalanforderungen bis zur Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1964 nicht ausnahmslos möglich ist, enthält § 13 Abs. 1 die Ermächtigung für den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, in dringenden Fällen auf Antrag des Bundesministers der Finanzen noch im Laufe des Rechnungsjahres 1963 Planstellen umzuwandeln und neue Planstellen zusätzlich zu schaffen. Über den weiteren Verbleib der mit dem Vermerk „künftig wegfallend" zu versehenden neuen Planstellen wird bei der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1964 entschieden.

Durch die Sperrvorschrift der Absätze 2 und 3 soll verhindert werden, daß die im wesentlichen aus dem Vorjahr übernommenen Geldansätze, die auf der Grundlage des Regierungsentwurfs des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1962 beruhen und deshalb überhöht sind, in Anspruch genommen werden.

Zu §§ 14 bis 21 (im Vorjahr §§ 13 bis 20)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 22 (im Vorjahr § 21)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu §§ 23 bis 27

Allgemeines

In den §§ 23 bis 27 werden, wie im Vorjahr, die nach Umfang und Risiko besonders bedeutsamen Ermächtigungen zur Sicherheitsleistung zusammengefaßt.

Zu § 23

Wortlaut und Höhe der Ermächtigungen entsprechen den Bestimmungen des Vorjahres.

Zu § 24

Der Wortlaut entspricht der Vorschrift des Vorjahres. Die Erhöhung des Ermächtigungsbetrages um 200 000 000 Deutsche Mark ist im Hinblick auf die noch nicht voll zu übersehenden Auswirkungen der vom Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bereits beschlossenen oder noch zu erwartenden Verordnungen über die schrittweise Errichtung des gemeinsamen europäischen Marktes erforderlich.

Zu § 25

Der Wortlaut der Ermächtigung entspricht den Bestimmungen des Vorjahres. Die Ermäßigung des Ermächtigungsbetrages ist durch Verringerung des Bedarfs und Umfinanzierung verschiedener Maßnahmen möglich.

Zu § 26

Die Ermächtigung ist zugunsten der deutschen Fischwirtschaft (Nr. 6) erweitert worden. Danach kann künftig die von der deutschen Fischwirtschaft als Selbsthilfeeinrichtung geplante und in der Gründung befindliche Kreditgarantiegemeinschaft durch Rückbürgschaften des Bundes und der Länder gefördert werden.

Innerhalb des gegenüber dem Vorjahr unveränderten Ermächtigungsbetrages von 6 750 000 000 Deutsche Mark sind folgende Rahmen vorgesehen:

für die Gewerbliche Wirtschaft bis zu	1 600 000 000 DM
für das Verkehrswesen bis zu	1 600 000 000 DM
für den Wohnungsbau bis zu	700 000 000 DM
für Verbindlichkeiten der Deutschen Landesrentenbank bis zu	1 100 000 000 DM
für die übrigen Maßnahmen, vor allem für Notmaßnahmen bis zu	1 750 000 000 DM.

Zu § 27

Die Anrechnungsvorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 28

Der Wortlaut entspricht den Vorschriften des Vorjahres.

Zu § 29

Die Absätze 1 und 3 sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Die Ermächtigung des Absatzes 2 ist dazu bestimmt, Darlehenszusagen für Entwicklungsländer bis zum Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 1964 zu ermöglichen.

Zu §§ 30 bis 32 (im Vorjahr §§ 31 bis 33)

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.



Entwurf

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1963

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1963 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1962 weniger (—) mehr (+) DM	Personalausgaben 1963 DM	Personalausgaben 1962 DM
1	2	3	4	5	6
	01				
	Bundespräsident und Bundespräsidialamt				
01 01	Bundespräsident	—	—	213 600	213 600
01 03	Bundespräsidialamt	23 800	— 5 400	1 203 500	1 216 300
	Zusammen	23 800	— 5 400	1 417 100	1 429 900
	02				
	Deutscher Bundestag				
02 01	Deutscher Bundestag	185 300	± 0	9 357 200	9 357 200
02 03	Der Wehrbeauftragte des Bundestages	600	± 0	448 300	448 300
	Zusammen	185 900	± 0	9 805 500	9 805 500
	03				
	Bundesrat				
03 01	Bundesrat	23 200	—	1 366 300	1 281 600
	04				
	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt				
04 01	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	7 700	— 7 400	2 939 100	2 905 200
04 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
04 03	Presse -und Informationsamt der Bundesregierung	224 700	— 14 994 400	8 981 600	7 126 700
04 04	Bundesnachrichtendienst	—	—	—	—
	Zusammen	232 400	— 15 001 800	11 920 700	10 031 900
	05				
	Auswärtiges Amt				
05 01	Auswärtiges Amt	882 200	+ 54 000	23 172 600	22 258 200
05 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
05 03	Vertretungen des Bundes im Ausland	4 505 000	+ 45 000	125 351 500	123 298 200
05 04	Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete	—	—	—	—
	Zusammen	5 387 200	+ 99 000	148 524 100	145 556 400
	06				
	Bundesminister des Innern				
06 01	Bundesministerium des Innern	37 400	+ 3 100	15 541 400	15 939 200
06 02	Allgemeine Bewilligungen	6 651 400	+ 675 000	—	—
06 03	Bundesverwaltungsgericht	205 000	+ 26 000	3 801 700	3 740 000
06 04	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht	400	—	431 800	427 300
06 05	Bundesdisziplinarhof	3 500	+ 2 500	1 318 400	1 309 900
06 06	Der Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesdisziplinarhof	100	—	345 500	336 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1963 DM	Sachausgaben 1962 DM	Allgemeine Ausgaben 1963 DM	Allgemeine Ausgaben 1962 DM	Einmalige Ausgaben 1963 DM	Einmalige Ausgaben 1962 DM	Ordentliche Ausgaben 1963 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
190 000	140 000	600 000	500 000	—	—	1 003 600	+ 150 000	01 01
721 300	752 600	3 610 000	1 165 000	434 500	304 500	5 969 300	+ 2 530 900	01 03
911 300	892 600	4 210 000	1 665 000	434 500	304 500	6 972 900	+ 2 680 900	
4 750 400	4 750 400	23 830 900	23 830 900	1 085 000	1 085 000	39 023 500	± 0	02 01
163 200	163 200	—	—	—	—	611 500	± 0	02 03
4 913 600	4 913 600	23 830 900	23 830 900	1 085 000	1 085 000	39 635 000	± 0	
464 000	440 100	382 000	234 000	60 000	—	2 272 300	+ 316 600	03 01
791 800	604 700	700 000	700 000	—	588 500	4 430 900	— 367 500	04 01
— 8 112 400	— 8 112 400	—	—	—	—	— 8 112 400	—	04 02
2 555 600	2 021 000	75 530 700	77 580 700	488 800	1 625 900	87 556 700	— 797 600	04 03
—	—	58 093 200	52 497 600	—	—	58 093 200	+ 5 595 600	04 04
— 4 765 000	— 5 486 700	134 323 900	130 778 300	488 800	2 214 400	141 968 400	+ 4 430 500	
18 568 400	17 073 100	181 500	191 500	1 534 900	1 376 800	43 457 400	+ 2 557 800	05 01
—	—	212 298 900	208 159 600	6 000 000	9 360 000	218 298 900	+ 779 300	05 02
27 965 000	27 965 000	2 758 700	3 107 700	29 308 100	25 473 400	185 383 300	+ 5 539 000	05 03
—	—	2 857 700	2 972 400	—	—	2 857 700	— 114 700	05 04
46 533 400	45 038 100	218 096 800	214 431 200	36 843 000	36 210 200	449 997 300	+ 8 761 400	
2 378 100	2 365 100	51 000	101 800	516 700	198 900	18 487 200	— 117 800	06 01
— 60 000	— 60 000	557 585 300	524 146 300	67 900 000	32 863 200	625 425 300	+ 68 475 800	06 02
444 400	448 900	24 000	14 000	16 900	15 000	4 287 000	+ 69 100	06 03
47 000	53 500	—	—	—	—	478 800	— 2 000	06 04
230 000	231 900	50 000	45 000	11 300	—	1 609 700	+ 22 900	06 05
33 100	34 800	19 500	18 000	—	—	398 100	+ 9 300	06 06

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1963 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1963 DM	Personalausgaben 1962 DM
1	2	3	4	5	6
	06				
06 07	Bundesdisziplinarkammern	37 000	+ 5 000	415 400	405 800
06 08	Statistisches Bundesamt	314 000	— 600	25 772 600	24 982 300
06 09	Bundesamt für Verfassungsschutz	52 100	— 6 900	10 979 600	10 649 400
06 10	Bundeskriminalamt	20 300	— 64 000	10 956 400	10 872 500
06 11	Bundesgesundheitsamt	—	— 751 200	—	6 965 200
06 13	Bundesarchiv	43 700	+ 800	1 842 100	1 738 500
06 14	Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung	105 400	+ 13 300	1 356 600	1 261 600
06 15	Bundesverwaltungsamt	102 700	+ 23 800	4 567 100	4 415 400
06 16	Institut für Angewandte Geodäsie, Kartographie und Photogrammetrie	163 800	+ 200	3 674 900	3 609 900
06 19	Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz	2 052 400	+ 1 623 900	12 533 000	11 958 700
06 24	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	310 300	+ 84 100	—	—
06 25	Bundesgrenzschutz	1 791 600	+ 470 400	118 973 900	116 509 800
06 26	Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern	62 000	+ 29 500	2 299 800	2 185 300
06 29	Deutsches Archäologisches Institut	19 900	— 4 400	3 531 400	3 544 900
06 30	Deutsches Historisches Institut	800	—	554 800	365 200
06 31	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	1 000	—	71 200	69 400
06 33	Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	15 100	—	881 300	814 600
06 34	Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus	200	+ 100	771 900	818 500
06 35	Bundeszentrale für Heimatdienst	3 700	+ 2 000	921 900	887 500
06 36	Kriegsfolgenhilfe und gleichartige Leistungen	32 665 000	+ 1 945 000	—	—
	Zusammen	44 658 800	+ 4 077 600	221 542 700	223 806 900
	07				
	Bundesminister der Justiz				
07 01	Bundesminister der Justiz	2 077 600	+ 82 900	7 410 900	7 337 900
07 04	Bundesgerichtshof	2 461 500	+ 301 800	9 566 700	9 462 000
07 05	Deutsches Patentamt	53 420 200	+ 1 000 200	24 805 800	24 347 000
07 06	Bundespatentgericht	2 000	+ 1 000	4 729 900	4 683 900
07 07	Oberstes Rückerstattungsgericht	34 200	+ 2 600	1 097 900	1 105 500
	Zusammen	57 995 500	+ 1 388 500	47 611 200	46 936 300
	08				
	Bundesminister der Finanzen				
08 01	Bundesministerium der Finanzen	224 300	— 87 600	33 556 900	33 285 900
08 02	Allgemeine Bewilligungen	3 000	—	—	—
08 03	Bundesfinanzhof in München	7 200	+ 1 700	2 361 500	2 325 500
08 04	Bundesfinanzverwaltung	37 691 000	— 1 302 800	433 652 900	431 175 600
08 07	Amt für Wertpapierbereinigung in Bad Homburg v. d H.	178 100	— 528 500	461 700	618 400
08 08	Bundeshauptkasse in Bonn	—	—	818 000	804 000
08 09	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Offenbach (Main)	—	—	—	—
08 10	Verwaltungsamt für innere Restitutionen in Stadthagen	100	—	169 700	183 700
	Zusammen	38 103 700	— 1 917 200	471 020 700	468 393 100

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		**Ordentliche Ausgaben**		
1963 DM	1962 DM	**1963** DM	1962 DM	**1963** DM	1962 DM	**1963** DM	gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	**Kap.**
7	8	9	10	11	12	13	14	15
168 300	164 300	**50 000**	50 000	**—**	—	**633 700**	+ 13 600	06 07
2 407 600	2 486 300	**2 792 500**	3 192 500	**6 637 700**	5 788 400	**37 610 400**	+ 1 160 900	06 08
1 749 100	1 597 400	**6 206 500**	5 917 300	**188 500**	98 700	**19 123 700**	+ 860 900	06 09
1 461 400	1 497 000	**2 279 700**	2 153 800	**20 600**	1 563 100	**14 718 100**	— 1 368 300	06 10
—	1 374 600	**—**	1 398 500	**—**	2 888 100	**—**	— 12 626 400	06 11
734 500	785 400	**553 100**	547 600	**376 800**	337 000	**3 506 500**	+ 98 000	06 13
408 100	397 900	**335 200**	321 900	**—**	—	**2 099 900**	+ 118 500	06 14
1 027 500	1 088 700	**27 301 300**	27 252 900	**—**	9 700	**32 895 900**	+ 129 200	06 15
523 600	503 900	**445 500**	513 900	**26 800**	817 100	**4 670 800**	— 774 000	06 16
3 526 900	2 950 900	**50 010 000**	34 888 000	**62 278 100**	56 046 500	**128 348 000**	+ 22 503 900	06 19
—	—	**11 750 000**	7 440 000	**10 919 300**	5 000 300	**22 669 300**	+ 10 229 000	06 24
14 086 700	13 112 800	**36 339 200**	30 358 000	**128 930 300**	90 507 000	**298 330 100**	+ 47 842 500	06 25
299 700	259 900	**79 500**	67 200	**22 500**	44 600	**2 701 500**	+ 144 500	06 26
963 100	970 800	**1 671 600**	1 671 600	**2 941 500**	1 263 500	**9 107 600**	+ 1 656 800	06 29
139 800	107 800	**93 000**	52 400	**25 000**	—	**812 600**	+ 287 200	06 30
32 000	29 600	**10 000**	10 000	**—**	—	**113 200**	+ 4 200	06 31
140 300	133 800	**—**	—	**—**	—	**1 021 600**	+ 73 200	06 33
157 500	148 200	**155 000**	105 000	**80 000**	106 000	**1 164 400**	— 13 300	06 34
263 300	174 900	**10 100 000**	8 625 000	**—**	—	**11 285 200**	+ 1 597 800	06 35
—	—	**567 049 800**	595 669 200	**800 000**	1 000 000	**567 849 800**	— 28 819 400	06 36
31 162 000	30 858 400	**1 274 951 700**	1 244 559 900	**281 692 000**	198 547 100	**1 809 348 400**	+ 111 576 100	
1 268 000	1 159 300	**657 500**	612 800	**323 500**	330 300	**9 659 900**	+ 219 600	07 01
932 600	899 000	**429 000**	375 000	**6 700**	4 900	**10 935 000**	+ 194 100	07 04
3 208 000	3 044 200	**5 713 500**	5 286 900	**232 300**	103 800	**33 959 600**	+ 1 177 700	07 05
101 400	93 800	**5 000**	10 000	**—**	—	**4 836 300**	+ 48 600	07 06
178 500	181 400	**689 500**	669 800	**—**	—	**1 965 900**	+ 9 200	07 07
5 688 500	5 377 700	**7 494 500**	6 954 500	**562 500**	439 000	**61 356 700**	+ 1 649 200	
3 477 700	3 376 400	**—**	—	**33 900**	1 095 500	**37 068 500**	— 689 300	08 01
—	—	**2 765 700**	2 820 200	**—**	—	**2 765 700**	— 55 000	08 02
242 300	215 700	**—**	—	**14 600**	—	**2 618 400**	+ 77 200	08 03
134 780 900	121 176 400	**4 336 000**	4 165 100	**16 447 400**	22 805 200	**589 217 200**	+ 9 894 900	08 04
161 500	394 400	**106 500**	192 200	**—**	—	**729 700**	— 475 300	08 07
—	—	**—**	—	**—**	—	**818 000**	+ 14 000	08 08
—	—	**—**	—	**—**	—	**—**	—	08 09
41 500	41 400	**—**	—	**—**	—	**211 200**	— 13 900	08 10
138 703 900	125 204 300	**7 208 200**	7 177 500	**16 495 900**	23 900 700	**633 428 700**	+ 8 752 600	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1963 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1963 DM	Personalausgaben 1962 DM
1	2	3	4	5	6
	09				
	Bundesminister für Wirtschaft				
09 01	Bundesministerium für Wirtschaft	**1 026 800**	+ 185 000	**28 009 800**	27 724 500
09 02	Allgemeine Bewilligungen	**406 700**	— 86 800	—	—
09 03	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	**3 214 800**	+ 28 700	**12 044 000**	11 590 000
09 04	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen	**4 583 700**	— 102 200	**3 980 500**	4 114 700
09 05	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft	**61 300**	+ 1 400	**5 542 500**	5 343 000
09 06	Bundesstelle für Außenhandelsinformation	**3 300**	— 2 500	**1 612 600**	1 549 300
09 07	Bundesanstalt für Materialprüfung	**2 150 200**	+ 317 300	**5 627 700**	5 415 400
09 08	Bundeskartellamt	**1 021 400**	+ 198 000	**2 945 600**	2 896 600
09 09	Bundesanstalt für Bodenforschung	**2 748 600**	— 1 202 000	**2 001 700**	1 948 400
09 10	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	**1 542 800**	—	**1 189 400**	1 142 400
09 11	Institut für chemisch-technische Untersuchungen	**3 000**	+ 1 300	**768 100**	797 100
	Zusammen	**16 762 600**	— 661 800	**63 721 900**	62 521 400
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
10 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**270 900**	+ 44 400	**13 489 700**	13 239 500
10 02	Allgemeine Bewilligungen	**96 403 200**	— 394 648 000	—	—
10 03	Marktordnung	**1 010 050 000**	+ 1 010 050 000	—	—
10 07	Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft	**5 006 100**	+ 45 200	**3 781 700**	3 410 800
10 08	Bundessortenamt	**734 700**	— 2 000	**1 292 100**	1 233 600
10 10	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	**630 800**	— 102 100	**5 053 500**	4 809 300
10 11	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft	**596 200**	+ 162 000	**2 130 600**	2 049 500
10 12	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	**269 800**	— 97 800	**2 065 600**	1 965 200
10 13	Bundesforschunganstalt für Forst- und Holzwirtschaft	**184 000**	— 2 800	**1 701 200**	1 626 800
10 14	Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht	**91 000**	+ 22 800	**752 000**	716 000
10 15	Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung	**234 800**	+ 19 500	**1 209 100**	1 153 300
10 16	Bundesforschungsanstalt für Fleischforschung	**252 900**	— 1 443 000	**659 200**	627 500
10 17	Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung	**52 600**	—	**968 200**	916 000
10 18	Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Erzeugnisse	**28 500**	+ 10 000	**377 300**	361 000
10 19	Bundesanstalt für Tabakforschung	**43 400**	+ 1 300	**647 100**	614 800
10 20	Bundesanstalt für Hauswirtschaft	**12 600**	+ 300	**399 500**	379 500
10 21	Bundesanstalt für Naturschutz, Landschaftspflege und Vegetationskunde	**50 000**	+ 22 300	**472 600**	456 000
10 24	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	**57 500**	+ 24 600	**1 782 300**	1 696 200
	Zusammen	**1 114 969 000**	+ 614 106 700	**36 781 700**	35 255 000
	11				
	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung				
11 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	**86 100**	— 7 500	**10 140 800**	10 057 100
11 02	Allgemeine Bewilligungen	**40 000**	+ 3 000	—	—
11 03	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	**51 400**	—	**1 787 900**	1 780 800
11 04	Bundesinstiut für Arbeitsschutz	**6 000**	+ 1 000	**362 100**	363 400
11 05	Bundesarbeitsgericht	**85 800**	+ 8 000	**1 504 200**	1 497 200
11 06	Bundesversicherungsamt	**12 900**	—	**1 998 600**	2 004 600
11 07	Bundessozialgericht	**107 000**	+ 4 000	**2 985 800**	3 015 700
11 08	Ziviler Ersatzdienst	**2 847 000**	+ 598 200	**2 926 800**	1 296 900

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1963 DM	Sachausgaben 1962 DM	Allgemeine Ausgaben 1963 DM	Allgemeine Ausgaben 1962 DM	Einmalige Ausgaben 1963 DM	Einmalige Ausgaben 1962 DM	Ordentliche Ausgaben 1963 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
4 269 900	4 032 000	757 500	874 500	163 300	1 287 900	33 200 500	— 418 400	09 01
—	—	66 980 100	64 943 700	1 900 000	1 320 000	68 880 100	+ 2 616 400	09 02
3 008 400	2 739 600	2 013 000	1 943 000	3 317 800	4 259 600	20 383 200	— 149 000	09 03
457 200	486 000	60 000	47 000	6 700	—	4 504 400	— 143 300	09 04
1 452 800	1 311 200	—	—	640 300	3 800 000	7 635 600	— 2 818 600	09 05
472 600	410 700	1 630 000	1 620 000	—	5 900	3 715 200	+ 129 300	09 06
1 359 600	1 065 500	2 259 000	1 574 000	2 025 000	3 339 000	11 271 300	— 122 600	09 07
398 400	406 200	4 500	10 000	5 000	5 000	3 353 500	+ 35 700	09 08
503 100	429 200	1 902 600	1 850 500	3 788 100	2 155 300	8 195 500	+ 1 812 100	09 09
367 100	356 100	30 000	—	63 000	182 300	1 649 500	— 31 300	09 10
212 600	225 300	76 000	60 000	122 300	731 600	1 179 000	— 635 000	09 11
12 501 700	11 461 800	75 712 700	72 922 700	12 031 500	17 086 600	163 967 800	— 24 700	
1 791 800	1 720 400	3 715 000	2 828 100	3 908 000	4 417 200	22 904 500	+ 699 300	10 01
—	—	2 260 773 200	2 290 144 700	719 540 000	934 810 000	2 980 313 200	— 244 641 500	10 02
—	—	489 008 300	—	—		489 008 300	+ 489 008 300	10 03
1 568 900	1 589 000	—	—	15 800	6 900	5 366 400	+ 359 700	10 07
268 900	173 700	1 085 800	1 039 100	5 200	21 200	2 652 000	+ 184 400	10 08
1 005 400	931 000	951 100	978 700	1 385 200	355 900	8 395 200	+ 1 320 300	10 10
485 300	420 600	1 003 900	819 200	672 600	194 300	4 292 400	+ 808 800	10 11
580 000	427 200	593 800	558 900	6 600	82 100	3 246 000	+ 212 600	10 12
320 100	259 900	472 400	355 700	1 038 500	5 500	3 532 200	+ 1 284 300	10 13
177 500	165 700	183 100	140 300	1 143 400	—	2 256 000	+ 1 234 000	10 14
386 600	316 800	581 100	402 200	—	3 000	2 176 800	+ 301 500	10 15
117 500	113 600	332 900	247 800	200 000	1 527 500	1 309 600	— 1 206 800	10 16
187 200	165 800	208 300	126 800	2 109 400	137 900	3 473 100	+ 2 126 600	10 17
149 300	105 900	95 700	71 400	—	9 000	622 300	+ 75 000	10 18
180 100	125 100	187 300	183 700	—	—	1 014 500	+ 90 900	10 19
85 600	107 100	52 700	51 100	—	5 000	537 800	— 4 900	10 20
162 200	143 000	74 100	52 300	6 700	30 000	715 600	+ 34 300	10 21
675 300	674 200	426 500	335 600	—	285 000	2 884 100	— 106 900	10 24
8 141 700	7 439 000	2 759 745 200	2 298 335 600	730 031 400	941 890 500	3 534 700 000	+ 251 779 900	
1 634 100	1 672 400	940 000	880 000	—	444 000	12 714 900	— 338 600	11 01
—	—	21 705 100	10 508 400	6 000 000	15 800 000	27 705 100	+ 1 396 700	11 02
250 700	205 800	—	—	—	—	2 038 600	+ 52 000	11 03
133 100	112 400	17 100	17 100	26 000	6 300	538 300	+ 39 100	11 04
196 800	191 800	69 000	65 000	—	9 500	1 770 000	+ 6 500	11 05
393 200	435 400	—	—	—	—	2 391 800	— 48 200	11 06
308 100	255 400	46 000	46 000	—	12 400	3 339 900	+ 10 400	11 07
35 000	125 000	2 475 000	1 768 400	400 000	800 000	5 836 800	+ 1 846 500	11 08

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1963 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1963 DM	Personalausgaben 1962 DM
1	2	3	4	5	6
	11				
11 09	Sozialreform	—	—	1 292 800	1 297 800
11 10	Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	2 225 000	+ 50 000	—	—
11 11	Arbeitslosenhilfe	10 903 000	— 301 000	—	—
11 12	Kindergeld	—	—	—	—
11 13	Sozialversicherung	1 500 000	— 300 000	—	—
	Zusammen	17 864 200	+ 55 700	22 999 000	21 313 500
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
12 01	Bundesministerium für Verkehr	175 600	+ 200	18 037 000	17 860 200
12 02	Allgemeine Bewilligungen	35 448 300	— 84 861 000	—	—
12 03	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	103 341 600	+ 2 163 000	68 186 100	68 087 000
12 04	Staatswerft in Rendsburg-Saatsee	—	—	—	—
12 05	Bundesschleppbetrieb in Münster (Westf.)	—	—	—	—
12 06	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	312 100	+ 29 300	1 039 800	1 025 000
12 07	Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz	34 300	+ 1 200	886 100	889 800
12 08	Bundesanstalt für Schiffsvermessung in Hamburg	660 500	—	580 900	544 200
12 09	Deutsches Hydrographisches Institut in Hamburg	1 872 200	+ 276 200	7 898 500	7 675 800
12 10	Bundesfernstraßen	20 062 900	+ 1 900 000	—	—
12 11	Bundesanstalt für Straßenbau in Köln	1 609 300	— 757 800	1 098 100	1 098 100
12 12	Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg-Mürwik	17 037 100	+ 993 100	7 485 800	7 238 800
12 13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten in Frankfurt (Main)	23 000	—	119 000	117 100
12 14	Deutscher Wetterdienst in Offenbach (Main)	1 955 400	+ 114 100	25 504 900	25 055 900
12 15	Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt (Main)	230 500	+ 18 200	26 306 900	26 306 900
12 16	Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig	46 000	+ 10 600	807 500	826 000
12 17	Luftfahrt	819 000	+ 139 000	—	—
	Zusammen	183 677 800	— 79 973 900	157 950 600	156 724 800
	13				
	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen				
13 01	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	—	—	82 700	82 700
13 03	Bundesdruckerei	8 547 000	— 2 816 400	—	—
	Zusammen	8 547 000	— 2 816 400	82 700	82 700
	14				
	Bundesminister der Verteidigung				
14 01	Bundesministerium der Verteidigung	—	— 36 000	71 863 000	64 583 000
14 02	Allgemeine Bewilligungen	66 185 000	— 52 706 000	—	—
14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.	400 000	+ 400 000	2 015 023 300	1 641 872 000
14 04	Bundeswehrverwaltung	—	—	1 160 129 000	970 766 700
14 05	Bildungswesen	20 000	+ 10 000	—	—
14 06	Seelsorge	—	— 15 000	7 886 000	7 436 500
14 07	Rechtspflege	—	—	1 355 000	3 017 700
14 08	Sanitätswesen	37 000	+ 25 000	—	—
14 10	Verpflegung	10 000	+ 10 000	—	—
14 11	Bekleidung	—	— 100 000	—	—
14 12	Unterbringung	32 455 000	+ 5 475 000	—	—
14 13	Pionierwesen	—	—	—	—
14 14	Fernmeldewesen	2 890 000	— 500 000	—	—
14 15	Feldzeugwesen	—	—	—	—
14 16	ABC-Schutzmaterial	—	—	—	—
14 17	Quartiermeisterwesen	18 000	+ 2 000	—	—
14 18	Schiffe und Marinegerät	—	—	—	—
14 19	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	4 331 800	— 903 700	—	—
14 21	Wehrtechnik und Beschaffung	—	— 870 900	126 705 200	88 996 600
14 22	Wehrersatzwesen	—	—	—	50 209 200
14 23	Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten	—	— 60 500	348 535 800	249 681 800
	Zusammen	106 346 800	— 49 270 100	3 731 497 300	3 076 563 500

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1963 DM	Sachausgaben 1962 DM	Allgemeine Ausgaben 1963 DM	Allgemeine Ausgaben 1962 DM	Einmalige Ausgaben 1963 DM	Einmalige Ausgaben 1962 DM	Ordentliche Ausgaben 1963 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
88 000	88 000	67 000	67 000	—	—	1 447 800	— 5 000	11 09
—	—	3 905 390 000	4 042 242 000	—	107 300	3 905 390 000	— 136 959 300	11 10
—	—	58 149 800	77 422 500	—	—	58 149 800	— 19 272 700	11 11
—	—	424 000 000	528 000 000	—	—	424 000 000	— 104 000 000	11 12
—	—	7 050 540 300	6 548 005 100	—	—	7 050 540 300	+ 502 535 200	11 13
3 039 000	3 086 200	11 463 399 300	11 209 021 500	6 426 000	17 179 500	11 495 863 300	+ 245 262 600	
3 853 300	3 688 700	—	—	273 900	20 300	22 164 200	+ 595 000	12 01
— 35 219 200	— 25 087 800	1 129 206 600	1 134 130 900	38 060 000	39 570 000	1 132 047 400	— 16 565 700	12 02
10 228 600	9 703 500	165 055 200	162 445 200	183 754 100	192 459 300	427 224 000	— 5 471 000	12 03
—	—	—	—	565 000	565 000	565 000	—	12 04
—	—	—	—	—	—	—	—	12 05
223 600	241 800	123 000	137 600	90 000	6 700	1 476 400	+ 65 300	12 06
118 200	117 700	78 500	149 000	280 000	166 800	1 362 800	+ 39 500	12 07
61 100	63 300	—	—	—	—	642 000	+ 34 500	12 08
773 300	757 900	1 758 400	1 465 400	301 700	1 148 700	10 731 900	— 315 900	12 09
—	—	2 372 000 000	2 372 000 000	—	—	2 372 000 000	—	12 10
197 200	205 600	314 000	293 500	—	772 700	1 609 300	— 760 600	12 11
2 302 400	2 134 200	5 317 800	5 172 800	1 504 400	7 000	16 610 400	+ 2 057 600	12 12
32 300	33 800	81 000	80 000	—	—	232 300	+ 1 400	12 13
2 167 100	2 059 900	6 837 500	6 382 800	1 548 900	1 639 200	36 058 400	+ 920 600	12 14
2 571 100	2 276 200	18 577 400	11 539 100	14 129 600	12 175 200	61 585 000	+ 9 287 600	12 15
175 600	169 700	334 500	140 000	6 800	—	1 324 400	+ 188 700	12 16
—	—	104 861 800	99 683 800	—	—	104 861 800	+ 5 178 000	12 17
— 12 515 400	— 3 635 500	3 804 545 700	3 793 620 100	240 514 400	248 530 900	4 190 495 300	— 4 745 000	
—	—	—	—	—	—	82 700	—	13 01
—	—	—	—	3 778 400	2 778 400	3 778 400	+ 1 000 000	13 03
—	—	—	—	3 778 400	2 778 400	3 861 100	+ 1 000 000	
11 602 800	9 754 700	6 521 000	7 232 800	2 417 000	1 390 600	92 403 800	+ 9 442 700	14 01
257 989 100	163 340 700	1 062 263 700	1 114 084 200	290 000 000	158 500 000	1 610 252 800	+ 174 327 900	14 02
71 807 700	71 243 200	137 794 500	120 059 500	18 522 600	16 611 200	2 243 148 100	+ 393 362 200	14 03
39 686 000	29 630 700	12 031 000	227 800	8 152 000	1 110 000	1 219 998 000	+ 218 262 800	14 04
—	—	24 090 000	21 459 100	1 479 000	2 100 900	25 569 000	+ 2 009 000	14 05
1 118 400	1 112 000	1 347 800	1 076 500	906 200	709 800	11 258 400	+ 923 600	14 06
136 000	157 100	38 000	31 000	4 600	1 000	1 533 600	— 1 673 200	14 07
—	—	64 053 700	58 850 000	174 500 000	189 000 000	238 553 700	— 9 296 300	14 08
—	—	240 290 000	225 994 000	13 334 000	49 880 000	253 624 000	— 22 250 000	14 10
—	—	251 062 000	244 204 000	324 000 000	374 900 000	575 062 000	— 44 042 000	14 11
430 260 000	359 950 000	179 770 000	105 851 500	1 806 100 000	1 484 814 300	2 416 130 000	+ 465 514 200	14 12
—	—	10 000 000	10 000 000	150 000 000	50 000 000	160 000 000	+ 100 000 000	14 13
—	—	90 000 000	76 000 000	428 000 000	348 000 000	518 000 000	+ 94 000 000	14 14
—	—	352 180 000	355 364 200	2 741 000 000	2 680 000 000	3 093 180 000	+ 57 815 800	14 15
—	—	4 000 000	5 200 000	60 000 000	49 000 000	64 000 000	+ 9 800 000	14 16
—	—	285 625 000	221 560 000	41 000 000	40 000 000	326 625 000	+ 65 065 000	14 17
—	—	80 950 000	71 900 000	457 000 000	477 000 000	537 950 000	— 10 950 000	14 18
—	—	540 313 000	514 200 000	2 102 600 000	1 849 300 000	2 642 913 000	+ 279 413 000	14 19
10 695 000	8 318 700	22 697 000	13 423 400	27 621 000	22 758 500	187 718 200	+ 54 221 000	14 21
—	5 631 900	—	12 634 500	—	215 100	—	— 68 690 700	14 22
—	—	10 144 600	11 231 600	—	—	358 680 400	+ 97 767 000	14 23
823 295 000	649 139 000	3 375 171 300	3 190 584 100	8 646 636 400	7 795 291 400	16 576 600 000	+ 1 865 022 000	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1963 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1963 DM	Personalausgaben 1962 DM
1	2	3	4	5	6
	15				
	Bundesminister für Gesundheitswesen*)				
15 01	Bundesministerium für Gesundheitswesen	**300**	—	**4 167 200**	1 837 300
15 02	Allgemeine Bewilligungen	**955 100**	+ 955 100	—	—
15 03	Bundesgesundheitsamt in Berlin	**899 300**	+ 899 300	**7 566 300**	—
	Zusammen	**1 854 700**	+ 1 854 400	**11 733 500**	1 837 300
	19				
	Bundesverfassungsgericht				
19 01	Bundesverfassungsgericht	**19 000**	— 1 000	**2 338 900**	2 334 900
	20				
	Bundesrechnungshof				
20 01	Bundesrechnungshof	**14 900**	+ 2 000	**9 654 400**	9 681 900
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
23 01	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	**29 900**	— 31 970 500	**3 699 200**	2 443 300
23 02	Allgemeine Bewilligungen	**37 000 000**	+ 37 000 000	—	—
	Zusammen	**37 029 900**	+ 5 029 500	**3 699 200**	2 443 300
	24				
	Bundesschatzminister				
24 01	Bundesschatzministerium	**153 800**	— 7 800	**5 479 100**	5 366 200
24 02	Allgemeine Bewilligungen	**159 936 600**	— 29 554 500	—	—
24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	**223 605 600**	— 4 371 300	—	—
24 04	Bundesbaudirektion Berlin	**252 500**	+ 5 800	**5 972 400**	6 099 200
	Zusammen	**383 948 500**	— 33 927 800	**11 451 500**	11 465 400
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung				
25 01	Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	**28 400**	+ 3 500	**5 634 500**	5 762 400
25 02	Allgemeine Bewilligungen	**192 363 700**	+ 29 692 200	—	—
	Zusammen	**192 392 100**	+ 29 695 700	**5 634 500**	5 762 400
	26				
	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte				
26 01	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	**8 300**	+ 6 300	**4 119 400**	4 071 600
26 02	Allgemeine Bewilligungen	**8 400 000**	+ 1 050 000	—	—
26 03	Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin, Gießen und Uelzen	**2 000**	+ 900	**4 179 000**	4 635 800
26 05	Bundesausgleichsamt in Bad Homburg v. d. H.	**5 600**	+ 1 000	**2 868 600**	2 818 200
	Zusammen	**8 415 900**	+ 1 058 200	**11 167 000**	11 525 600
	27				
	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen				
27 01	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	**66 300**	— 34 400	**4 537 600**	4 331 400
27 02	Allgemeine Bewilligungen	**181 100**	+ 92 100	—	—
	Zusammen	**247 400**	+ 57 700	**4 537 600**	4 331 400
	28				
	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder				
28 01	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	**2 900**	+ 100	**740 200**	726 700

*) Gemäß § 19 Abs. 1 HG 1962 sind im Rj. 1962 Mittel in Höhe von 50 618 100 DM aus den Einzelplänen 06, 10, 11 und 31 auf den Einzelplan 15 übertragen worden. Dadurch beträgt die tatsächliche Erhöhung gegen 1962: 10 451 900 DM

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		**Ordentliche Ausgaben**		**Kap.**
1963 DM	1962 DM	**1963** DM	1962 DM	**1963** DM	1962 DM	**1963** DM	gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
1 001 300	471 800	**—**	—	**181 700**	324 800	**5 350 200**	+ 2 716 300	15 01
—	—	**41 439 500**	150 000	**3 330 000**	—	**44 769 500**	+ 44 619 500	15 02
1 584 500	—	**2 471 000**	—	**2 112 400**	—	**13 734 200**	+ 13 734 200	15 03
2 585 800	471 800	**43 910 500**	150 000	**5 624 100**	324 800	**63 853 900**	*) + 61 070 000	
389 000	342 500	**4 000**	4 000	**1 019 200**	1 222 000	**3 751 100**	— 152 300	19 01
1 376 500	1 300 700	**100 000**	100 000	**10 700**	25 000	**11 141 600**	+ 34 000	20 01
853 700	614 800	**—**	—	**175 700**	739 000	**4 728 600**	+ 931 500	23 01
—	—	**290 274 300**	201 195 100	**—**	—	**290 274 300**	+ 89 079 200	23 02
853 700	614 800	**290 274 300**	201 195 100	**175 700**	739 000	**295 002 900**	+ 90 010 700	
881 200	832 500	**—**	—	**233 000**	4 700	**6 593 300**	+ 389 900	24 01
—	—	**11 202 500**	11 202 500	**—**	—	**11 202 500**	—	24 02
57 200 000	50 200 000	**87 221 900**	87 804 000	**29 795 300**	52 574 200	**174 217 200**	— 16 361 000	24 03
7 994 700	6 355 800	**90 000**	90 000	**—**	4 700	**14 057 100**	+ 1 507 400	24 04
66 075 900	57 388 300	**98 514 400**	99 096 500	**30 028 300**	52 583 600	**206 070 100**	— 14 463 700	
803 200	759 500	**100 000**	100 000	**36 200**	6 700	**6 573 900**	— 54 700	25 01
—	—	**1 164 804 400**	1 239 736 100	**85 595 000**	73 450 000	**1 250 399 400**	— 62 786 700	25 02
803 200	759 500	**1 164 904 400**	1 239 836 100	**85 631 200**	73 456 700	**1 256 973 300**	— 62 841 400	
530 700	492 000	**—**	—	**28 800**	—	**4 678 900**	+ 115 300	26 01
—	—	**229 824 800**	173 153 800	**1 622 000**	1 609 400	**231 446 800**	+ 56 863 600	26 02
506 500	583 300	**8 000**	12 000	**—**	102 000	**4 693 500**	— 639 600	26 03
328 500	320 800	**—**	—	**—**	6 800	**3 197 100**	+ 51 300	26 05
1 365 700	1 396 100	**229 832 800**	173 165 800	**1 650 800**	1 718 200	**244 016 300**	+ 56 210 600	
1 201 500	1 226 900	**—**	—	**57 800**	397 700	**5 796 900**	— 159 100	27 01
—	—	**124 410 000**	133 535 000	**—**	880 500	**124 410 000**	— 10 005 500	27 02
1 201 500	1 226 900	**124 410 000**	133 535 000	**57 800**	1 278 200	**130 206 900**	— 10 164 600	
111 800	108 900	**—**	—	**8 600**	—	**860 600**	+ 25 000	28 01

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1963 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1963 DM	Personalausgaben 1962 DM
1	2	3	4	5	6
	29				
	Bundesminister für Familien- und Jugendfragen				
29 01	Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen	**5 562 100**	— 1 400	**1 685 600**	1 600 600
	30				
	Bundesminister für besondere Aufgaben				
30 01	Bundesministerium für besondere Aufgaben	**7 800**	+ 7 700	**307 500**	309 800
	31				
	Bundesminister für Atomkernenergie				
31 01	Bundesministerium für Atomkernenergie	**6 000**	— 3 700	**5 632 500**	4 577 000
31 02	Allgemeine Bewilligungen für die Atomkernenergieforschung und -nutzung	**196 000**	— 55 000	—	—
31 03	Allgemeine Bewilligungen für die Wasserwirtschaft	—	— 100	—	—
31 04	Allgemeine Bewilligungen für die Weltraumforschung	**100**	+ 100	—	—
	Zusammen	**202 100**	— 58 700	**5 632 500**	4 577 000
	32				
	Bundesschuld				
32 03	Bundesschuldenverwaltung	**1 492 500**	+ 284 700	**9 117 900**	8 705 100
32 05	Verzinsung und Tilgung	—	—	—	—
32 07	Zum Ankauf von Schuldenurkunden des Bundes	—	—	—	—
32 08	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	—	—	—	—
32 09	Schulden des Bundes, die nicht der Bundesschuldenverwaltung unterliegen	**1 156 000**	— 44 000	—	—
	Zusammen	**2 648 500**	+ 240 700	**9 117 900**	8 705 100
	33				
	Versorgung				
33 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
33 03	Versorgung der Beamten und Richter des Bundes	**20 000**	+ 20 000	**140 683 000**	138 331 000
33 04	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	—	—	**208 113 000**	125 255 000
33 06	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	—	—	**78 200 000**	96 330 000
33 07	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	**14 000 000**	+ 8 000 000	**1 276 405 000**	1 307 985 000
33 08	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	**2 000 000**	+ 500 000	**705 074 200**	799 725 000
	Zusammen	**16 020 000**	+ 8 520 000	**2 408 475 200**	2 467 626 000
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
35 02	Besatzungskosten in Berlin	**2 500 000**	+ 200 000	—	—
35 03	Auftragsausgaben Klasse I in Berlin	**10 000**	—	—	—
35 04	Auftragsausgaben Klase II in Berlin	**180 000**	+ 30 000	—	—
35 06	Auftragsausgaben in der Bundesrepublik	—	—	—	—
35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Geltungsbereich des Grundgesetzes entsteht	**74 600 000**	— 450 000	—	—
35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	**87 000**	— 31 000	—	—
	Zusammen	**77 377 000**	— 251 000	—	—

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1963 DM	Sachausgaben 1962 DM	Allgemeine Ausgaben 1963 DM	Allgemeine Ausgaben 1962 DM	Einmalige Ausgaben 1963 DM	Einmalige Ausgaben 1962 DM	Ordentliche Ausgaben 1963 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
453 800	440 800	84 097 500	84 287 500	—	22 000	86 236 900	— 114 000	29 01
130 200	147 200	—	—	—	75 300	437 700	— 94 600	30 01
1 523 300	986 700	—	—	92 600	123 400	7 248 400	+ 1 561 300	31 01
398 600	398 600	120 512 500	94 576 900	211 913 100	170 374 900	332 824 200	+ 67 473 800	31 02
—	80 000	—	1 240 000	—	—	—	— 1 320 000	31 03
277 000	77 000	108 946 400	35 003 000	—	20 000	109 223 400	+ 74 123 400	31 04
2 198 900	1 542 300	229 458 900	130 819 900	212 005 700	170 518 300	449 296 000	+ 141 838 500	
1 745 400	1 682 900	69 412 600	71 349 200	—	—	80 275 900	— 1 461 300	32 03
—	—	1 623 300 500	1 388 857 500	—	—	1 623 300 500	+ 234 443 000	32 05
—	—	50 000 000	50 010 000	—	—	50 000 000	— 10 000	32 07
—	—	100 000 000	200 000 000	—	—	100 000 000	— 100 000 000	32 08
—	—	401 050 600	563 898 100	—	—	401 050 600	— 162 847 500	32 09
1 745 400	1 682 900	2 243 763 700	2 274 114 800	—	—	2 254 627 000	— 29 875 800	
— 208 113 000	— 125 255 000	—	—	—	—	— 208 113 000	— 82 858 000	33 02
—	—	—	—	—	—	140 683 000	+ 2 352 000	33 03
—	—	—	—	—	—	208 113 000	+ 82 858 000	33 04
—	—	—	—	—	—	78 200 000	— 18 130 000	33 06
—	—	—	—	—	—	1 276 405 000	— 31 580 000	33 07
—	—	—	—	—	—	705 074 200	— 94 650 800	33 08
— 208 113 000	— 125 255 000	—	—	—	—	2 200 362 200	— 142 008 800	
—	—	201 526 900	201 526 900	—	—	201 526 900	—	35 02
—	—	1 262 000	1 262 000	—	—	1 262 000	—	35 03
—	—	71 787 600	81 845 800	—	—	71 787 600	— 10 058 200	35 04
—	—	5 000 000	34 000 000	—	—	5 000 000	— 29 000 000	35 06
—	—	92 755 000	123 310 000	112 650 000	80 850 000	205 405 000	+ 1 245 000	35 11 a
—	—	11 251 000	11 476 000	3 110 000	10 160 000	14 361 000	— 7 275 000	35 11 b
—	—	383 582 500	453 420 700	115 760 000	91 010 000	499 342 500	— 45 088 200	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1963 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1963 DM	Personalausgaben 1962 DM
1	2	3	4	5	6
	36				
	Zivile Notstandsplanung				
36 04	Notstandsmaßnahmen im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	360 000	+ 215 000	—	—
36 05	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft	—	—	—	—
36 06	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung	—	—	—	—
36 07	Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs	15 000	+ 10 000	—	—
36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen	—	— 41 000	—	—
36 09	Maßnahmen des baulichen Luftschutzes zum Schutze der Zivilbevölkerung	24 800	— 11 100	—	—
	Zusammen	399 800	+ 195 100	—	—
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
60 01	Steuern und Abgaben				
	Besitz- und Verkehrsteuern	21 035 000 000	+ 775 000 000		
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	15 090 000 000	+ 3 008 000 000		
	Zölle und Verbrauchsteuern	14 020 000 000	+ 469 000 000		
	Abgaben	8 600 000	— 9 600 000		
	Lastenausgleich	1 755 000 000	— 285 000 000		
	Zusammen	51 908 600 000	+ 3 957 400 000	—	—
60 02 *)	Allgemeine Bewilligungen	757 470 500	— 1 043 065 900	250 522 900	522 900
60 04 *)	Sonderleistungen des Bundes	4 949 000	— 2 201 000	5 800 000	7 560 000
60 05	Bundeshilfe für Berlin	—	—	—	—
60 06 *)	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	20 054 400	— 20 053 000	—	—
	Die mit *) gekennzeichneten Kapitel haben einen außerordentlichen Haushalt (Sp. 26—28)				
	Zusammen	52 691 073 900	+ 2 932 186 100	256 322 900	8 082 900

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		
1963 DM	1962 DM	**1963** DM	1962 DM	**1963** DM	1962 DM	**1963** DM	gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	**Kap.**
7	8	9	10	11	12	13	14	15
—	—	**72 391 500**	53 393 000	**276 672 500**	260 305 000	**349 064 000**	+ 35 366 000	36 04
—	—	**17 696 000**	17 519 000	**5 443 000**	3 120 000	**23 139 000**	+ 2 500 000	36 05
—	—	**61 260 700**	103 904 200	—	—	**61 260 700**	— 42 643 500	36 06
—	—	**19 662 500**	17 852 600	**115 275 800**	119 060 000	**134 938 300**	— 1 974 300	36 07
—	—	**140 000**	35 500	**112 350 000**	100 099 500	**112 490 000**	+ 12 355 000	36 08
—	—	**5 818 300**	3 970 000	**2 510 000**	1 000 000	**8 328 300**	+ 3 358 300	36 09
—	—	**176 969 000**	196 674 300	**512 251 300**	483 584 500	**689 220 300**	+ 8 961 500	
—	—	—	—	—	—	—	—	60 01
3 430 000	4 130 000	**516 111 000**	— 282 939 500	**286 983 000**	452 489 500	**1 057 046 900**	+ 882 844 000	60 02 *)
—	—	**4 396 991 000**	4 658 488 800	**75 335 000**	91 075 000	**4 473 126 000**	— 278 997 800	60 04 *)
—	—	**1 740 250 000**	1 278 690 000	—	—	**1 740 250 000**	+ 461 560 000	60 05
—	—	**234 705 000**	435 232 500	—	—	**234 705 000**	— 200 527 500	60 06 *)
3 430 000	4 130 000	**6 888 057 000**	6 089 471 800	**362 318 000**	543 564 500	**7 510 127 900**	+ 864 878 700	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1963 DM	Außerordentliche Einnahmen gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1963 DM	Außerordentliche Ausgaben gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6
	06				
	Bundesminister des Innern				
A 06 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	— 37 000 000
A 06 25	Bundesgrenzschutz	—	—	—	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	— 37 000 000
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
A 10 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**407 300 000**	— 95 300 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**407 300 000**	— 95 300 000
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
A 12 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**47 000 000**	—
A 12 03	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	**3 000 000**	— 2 000 000	**8 000 000**	+ 2 700 000
A 12 17	Luftfahrt	—	—	**43 105 000**	+ 2 070 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	**3 000 000**	— 2 000 000	**98 105 000**	+ 4 770 000
	14				
	Bundesminister der Verteidigung				
A 14 12	Unterbringung	—	—	**423 400 000**	+ 158 207 100
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**423 400 000**	+ 158 207 100
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
A 23 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**670 000 000**	+ 495 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**670 000 000**	+ 495 000 000

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			
1963 DM	1962 DM	gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	**1963** DM	1962 DM	gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	**Kap.**
7	8	9	10	11	12	13
6 651 400	5 976 400	+ 675 000	**625 425 300**	593 949 500	+ 31 475 800	06 02 u. A. 06 02
1 791 600	1 321 200	+ 470 400	**298 330 100**	250 487 600	+ 47 842 500	06 25 u. A. 06 25
36 215 800	33 283 600	+ 2 932 200	**885 593 000**	890 335 200	— 4 742 200	
44 658 800	40 581 200	+ 4 077 600	**1 809 348 400**	1 734 772 300	+ 74 576 100	
96 403 200	491 051 200	— 394 648 000	**3 387 613 200**	3 727 554 700	— 339 941 500	10 02 u. A. 10 02
1 018 565 800	9 811 100	+ 1 008 754 700	**554 386 800**	57 965 400	+ 496 421 400	
1 114 969 000	500 862 300	+ 614 106 700	**3 942 000 000**	3 785 520 100	+ 156 479 900	
35 448 300	120 309 300	— 84 861 000	**1 179 047 400**	1 195 613 100	— 16 565 700	12 02 u. A. 12 02
106 341 600	106 178 600	+ 163 000	**435 224 000**	437 995 000	— 2 771 000	12 03 u. A. 12 03
819 000	680 000	+ 139 000	**147 966 800**	140 718 800	+ 7 248 000	12 17 u. A. 12 17
44 068 900	41 483 800	+ 2 585 100	**2 526 362 100**	2 514 248 400	+ 12 113 700	
186 677 800	268 651 700	— 81 973 900	**4 288 600 300**	4 288 575 300	+ 25 000	
32 455 000	26 980 000	+ 5 475 000	**2 839 530 000**	2 215 808 700	+ 623 721 300	14 12 u. A. 14 12
73 891 800	128 636 900	— 54 745 100	**14 160 470 000**	12 760 962 200	+ 1 399 507 800	
106 346 800	155 616 900	— 49 270 100	**17 000 000 000**	14 976 770 900	+ 2 023 229 100	
37 000 000	—	+ 37 000 000	**960 274 500**	376 195 100	+ 584 079 200	A 23 02 u. 23 02
29 900	32 000 400	— 31 970 500	**4 728 600**	3 797 100	+ 931 500	23 01
37 029 900	32 000 400	+ 5 029 500	**965 002 900**	379 992 200	+ 585 010 700	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1963 DM	Außerordentliche Einnahmen gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1963 DM	Außerordentliche Ausgaben gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6
	24				
	Bundesschatzminister				
A 24 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**18 500 000**	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**18 500 000**	—
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung				
A 25 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**23 000 000**	— 219 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**23 000 000**	— 219 000 000
	32				
	Bundesschuld				
A 32 01	Einnahmen aus Anleihen	**1 799 204 200**	— 2 842 900	—	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	**1 799 204 200**	— 2 842 900	—	—
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
A 35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Geltungsbereich des Grundgesetzes entsteht	—	—	**83 000 000**	+ 3 000 000
A 35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	—	—	**5 000 000**	+ 1 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**88 000 000**	+ 4 000 000
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
A 60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
A 60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	—	**71 939 000**	— 40 040 000
A 60 06	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	—	—	**1 960 000**	— 980 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	— 274 500 000 *)
	Zusammen	—	—	**73 899 200**	— 315 520 000

*) Vorjähriger Ansatz
Kap. A 60 05: Bundeshilfe für Berlin .... 274 500 000 DM

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen 1963 DM	Gesamteinnahmen 1962 DM	gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Gesamtausgaben 1963 DM	Gesamtausgaben 1962 DM	gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13
159 936 600	189 491 100	— 29 554 500	**29 702 500**	29 702 500	—	24 02 u. A 24 02
224 011 900	228 385 200	— 4 373 300	**194 867 600**	209 331 300	— 14 463 700	
383 948 500	417 876 300	— 33 927 800	**224 570 100**	239 033 800	— 14 463 700	
192 363 700	162 671 500	+ 29 692 200	**1 273 399 400**	1 555 186 100	— 281 786 700	25 02 u. A 25 02
28 400	24 900	+ 3 500	**6 573 900**	6 628 600	— 54 700	
192 392 100	162 696 400	+ 29 695 700	**1 279 973 300**	1 561 814 700	— 281 841 400	
1 799 204 200	1 802 047 100	— 2 842 900	—	—	—	A 32 01
2 648 500	2 407 800	+ 240 700	**2 254 627 000**	2 284 502 800	— 29 875 800	
1 801 852 700	1 804 454 900	— 2 602 200	**2 254 627 000**	2 284 502 800	— 29 875 800	
74 600 000	75 050 000	— 450 000	**288 405 000**	284 160 000	+ 4 245 000	35 11a u. A 35 11a
87 000	118 000	— 31 000	**19 361 000**	25 636 000	— 6 275 000	35 11b u. A 35 11b
2 690 000	2 460 000	+ 230 000	**279 576 500**	318 634 700	— 39 058 200	
77 377 000	77 628 000	— 251 000	**587 342 500**	628 430 700	— 41 088 200	
757 470 500	1 800 536 400	— 1 043 065 900	**1 057 046 900**	174 202 900	+ 882 844 000	60 02 u. A 60 02
4 949 000	7 150 000	— 2 201 000	**4 550 065 200**	4 869 103 000	— 319 037 800	60 04 u. A 60 04
20 054 400	1 400	+ 20 053 000	**236 665 000**	438 172 500	— 201 507 500	60 06 u. A 60 06
51 908 600 000	47 951 200 000	+ 3 957 400 000	**1 740 250 000**	1 553 190 000 *)	+ 187 060 000 *)	
52 691 073 900	49 758 887 800	+ 2 932 186 100	**7 584 027 100**	7 034 668 400	+ 549 358 700	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Zusammen

Epl.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1963 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1963 DM	Personalausgaben 1962 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	**23 800**	— 5 400	**1 417 100**	1 429 900
02	Deutscher Bundestag	**185 900**	± 0	**9 805 500**	9 805 500
03	Bundesrat	**23 200**	—	**1 366 300**	1 281 600
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	**232 400**	— 15 001 800	**11 920 700**	10 031 900
05	Auswärtiges Amt	**5 387 200**	+ 99 000	**148 524 100**	145 556 400
06	Bundesminister des Innern	**44 658 800**	+ 4 077 600	**221 542 700**	223 806 900
07	Bundesminister der Justiz	**57 995 500**	+ 1 388 500	**47 611 200**	46 936 300
08	Bundesminister der Finanzen	**38 103 700**	— 1 917 200	**471 020 700**	468 393 100
09	Bundesminister für Wirtschaft	**16 762 600**	— 661 800	**63 721 900**	62 521 400
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**1 114 969 000**	+ 614 106 700	**36 781 700**	35 255 000
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	**17 864 200**	+ 55 700	**22 999 000**	21 313 500
12	Bundesminister für Verkehr	**183 677 800**	— 79 973 900	**157 950 600**	156 724 800
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	**8 547 000**	— 2 816 400	**82 700**	82 700
14	Bundesminister der Verteidigung	**106 346 800**	— 49 270 100	**3 731 497 300**	3 076 563 500
15	Bundesminister für Gesundheitswesen*)	**1 854 700**	+ 1 854 400	**11 733 500**	1 837 300
19	Bundesverfassungsgericht	**19 000**	— 1 000	**2 338 900**	2 334 900
20	Bundesrechnungshof	**14 900**	+ 2 000	**9 654 400**	9 681 900
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	**37 029 900**	+ 5 029 500	**3 699 200**	2 443 300
24	Bundesschatzminister	**383 948 500**	— 33 927 800	**11 451 500**	11 465 400
25	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	**192 392 100**	+ 29 695 700	**5 634 500**	5 762 400
26	Bundesminister für Vertriebene	**8 415 900**	+ 1 058 200	**11 167 000**	11 525 600
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	**247 400**	+ 57 700	**4 537 600**	4 331 400
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	**2 900**	+ 100	**740 200**	726 700
29	Bundesminister für Familien- und Jugendfragen	**5 562 100**	— 1 400	**1 685 600**	1 600 600
30	Bundesminister für besondere Aufgaben	**7 800**	+ 7 700	**307 500**	309 800
31	Bundesminister für Atomkernenergie	**202 100**	— 58 700	**5 632 500**	4 577 000
32	Bundesschuld	**2 648 500**	+ 240 700	**9 117 900**	8 705 100
33	Versorgung	**16 020 000**	+ 8 520 000	**2 408 475 200**	2 467 626 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	**77 377 000**	— 251 000	—	—
36	Zivile Notstandsplanung	**399 800**	+ 195 100	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	**52 691 073 900**	+ 2 932 186 100	**256 322 900**	8 082 900
	Insgesamt	**55 011 994 400**	+ 3 414 688 200	**7 668 739 900**	6 800 712 800

Außerordentlicher Haushalt

Epl.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1963 DM	Außerordentliche Einnahmen gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1963 DM	Außerordentliche Ausgaben gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM
16	17	18	19	20	21
06	Bundesminister des Innern	—	—	—	— 37 000 000
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	**407 300 000**	— 95 300 000
12	Bundesminister für Verkehr	**3 000 000**	— 2 000 000	**98 105 000**	+ 4 770 000
14	Bundesminister der Verteidigung	—	—	**423 400 000**	+ 158 207 100
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	—	**670 000 000**	+ 495 000 000
24	Bundesschatzminister	—	—	**18 500 000**	—
25	Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	—	—	**23 000 000**	— 219 000 000
32	Bundesschuld	**1 799 204 200**	— 2 842 900	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—	—	**88 000 000**	+ 4 000 000
60	Allgemeine Finanzverwaltung	—	—	**73 899 200**	— 315 520 000
	Übrige Einzelpläne ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Insgesamt	**1 802 204 200**	— 4 842 900	**1 802 204 200**	— 4 842 900

stellung **Ordentlicher Haushalt** **Gesamtplan**

Sachausgaben 1963 DM	Sachausgaben 1962 DM	Allgemeine Ausgaben 1963 DM	Allgemeine Ausgaben 1962 DM	Einmalige Ausgaben 1963 DM	Einmalige Ausgaben 1962 DM	Ordentliche Ausgaben 1963 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Epl.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
911 300	892 600	**4 210 000**	1 665 000	**434 500**	304 500	**6 972 900**	+ 2 680 900	01
4 913 600	4 913 600	**23 830 900**	23 830 900	**1 085 000**	1 085 000	**39 635 000**	± 0	02
464 000	440 100	**382 000**	234 000	**60 000**	—	**2 272 300**	+ 316 600	03
— **4 765 000**	— 5 486 700	**134 323 900**	130 778 300	**488 800**	2 214 400	**141 968 400**	+ 4 430 500	04
46 533 400	45 038 100	**218 096 800**	214 431 200	**36 843 000**	36 210 200	**449 997 300**	+ 8 761 400	05
31 162 000	30 858 400	**1 274 951 700**	1 244 559 900	**281 692 000**	198 547 100	**1 809 348 400**	+ 111 576 100	06
5 688 500	5 377 700	**7 494 500**	6 954 500	**562 500**	439 000	**61 356 700**	+ 1 649 200	07
138 703 900	125 204 300	**7 207 700**	7 177 500	**16 495 900**	23 900 700	**633 428 700**	+ 8 753 100	08
12 501 700	11 461 800	**75 712 700**	72 922 700	**12 031 500**	17 086 600	**163 967 800**	— 24 700	09
8 141 700	7 439 000	**2 759 745 200**	2 298 335 600	**730 031 400**	941 890 500	**3 534 700 000**	+ 251 779 900	10
3 039 000	3 086 200	**11 463 399 300**	11 209 021 500	**6 426 000**	17 179 500	**11 495 863 300**	+ 245 262 600	11
— **12 515 400**	— 3 635 500	**3 804 545 700**	3 793 620 100	**240 514 400**	248 530 900	**4 190 495 300**	— 4 745 000	12
—	—	—	—	**3 778 400**	2 778 400	**3 861 100**	+ 1 000 000	13
823 295 000	649 139 000	**3 375 171 300**	3 190 584 100	**8 646 636 400**	7 795 291 400	**16 576 600 000**	+ 1 865 022 000	14
2 585 800	471 800	**43 910 500**	150 000	**5 624 100**	324 800	**63 853 900**	+ 61 070 000	*) 15
389 000	342 500	**4 000**	4 000	**1 019 200**	1 222 000	**3 751 100**	— 152 300	19
1 376 500	1 300 700	**100 000**	100 000	**10 700**	25 000	**11 141 600**	+ 34 000	20
853 700	614 800	**290 274 300**	201 195 100	**175 700**	739 000	**295 002 900**	+ 90 010 700	23
66 075 900	57 388 300	**98 514 400**	99 096 500	**30 028 300**	52 583 600	**206 070 100**	— 14 463 700	24
803 200	759 500	**1 164 904 400**	1 239 836 100	**85 631 200**	73 456 700	**1 256 973 300**	— 62 841 400	25
1 365 700	1 396 100	**229 832 800**	173 165 800	**1 650 800**	1 718 200	**244 016 300**	+ 56 210 600	26
1 201 500	1 226 900	**124 410 000**	133 535 000	**57 800**	1 278 200	**130 206 900**	— 10 164 600	27
111 800	108 900	—	—	**8 600**	—	**860 600**	+ 25 000	28
453 800	440 800	**84 097 500**	84 287 500	—	22 000	**86 236 900**	— 114 000	29
130 200	147 200	—	—	—	75 300	**437 700**	— 94 600	30
2 193 900	1 542 300	**229 458 900**	130 819 900	**212 005 700**	170 518 300	**449 296 000**	+ 141 838 500	31
1 745 400	1 682 900	**2 243 763 700**	2 274 114 800	—	—	**2 254 627 000**	— 29 875 800	32
— **208 113 000**	— 125 255 000	—	—	—	—	**2 200 362 200**	— 142 008 800	33
—	—	**383 582 500**	453 420 700	**115 760 000**	91 010 000	**499 342 500**	— 45 088 200	35
—	—	**176 969 000**	196 674 300	**512 251 300**	483 584 500	**689 220 300**	+ 8 961 500	36
3 430 000	4 130 000	**6 888 057 000**	6 089 471 800	**362 318 000**	543 564 500	**7 510 127 900**	+ 864 878 700	60
932 682 100	821 026 300	**35 106 951 200**	33 269 986 800	**11 303 621 200**	7 124 860 800	**55 011 994 400**	+ 3 414 688 200	

Gesamtabschluß

Gesamteinnahmen 1963 DM	Gesamteinnahmen 1962 DM	Gesamteinnahmen gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Gesamtausgaben 1963 DM	Gesamtausgaben 1962 DM	Gesamtausgaben gegenüber 1962 mehr (+) weniger (—) DM	Epl.
22	23	24	25	26	27	28
44 658 800	40 581 200	+ 4 077 600	**1 809 348 400**	1 734 772 300	+ 74 576 100	06
1 114 969 000	500 862 300	+ 614 106 700	**3 942 000 000**	3 785 520 100	+ 156 479 900	10
186 677 800	268 651 700	— 81 973 900	**4 288 600 300**	4 288 575 300	+ 25 000	12
106 346 800	155 616 900	— 49 270 100	**17 000 000 000**	14 976 770 900	+ 2 023 229 100	14
37 029 900	32 000 400	+ 5 029 500	**965 002 900**	379 992 200	+ 585 010 700	23
383 948 500	417 876 300	— 33 927 800	**224 570 100**	239 033 800	— 14 463 700	24
192 392 100	162 696 400	+ 29 695 700	**1 279 973 300**	1 561 814 700	— 281 841 400	25
1 801 852 700	1 804 454 900	— 2 602 200	**2 254 627 000**	2 284 502 800	— 29 875 800	32
77 377 000	77 628 000	— 251 000	**587 342 500**	628 430 700	— 41 088 200	35
52 691 073 900	49 758 887 800	+ 2 932 186 100	**7 584 027 100**	7 034 668 400	+ 549 358 700	60
177 872 100	185 097 400	— 7 225 300	**16 878 707 000**	16 490 272 100	+ 388 434 900	
56 814 198 600	53 404 353 300	+ 3 409 845 300	**56 814 198 600**	53 404 353 300	+ 3 409 845 300	

*) Gemäß § 19 Abs. 1 HG 1962 sind im Rj. 1962 Mittel in Höhe von 50 618 100 DM aus den Einzelplänen 06, 10, 11 und 31 auf den Einzelplan 15 übertragen worden. Dadurch beträgt die tatsächliche Erhöhung gegenüber 1962 10 451 900 DM.



Funktionenplan

für das Rechnungsjahr 1963

(Gliederung des Bundeshaushaltsplans nach Aufgabenbereichen)

mit

Haushaltsquerschnitt

— Regierungsentwurf —

Der Funktionenplan wird von der Bundesregierung nicht förmlich beschlossen, durch das Haushaltsgesetz nicht festgestellt und im Bundesgesetzblatt nicht abgedruckt. Der Plan hat demgemäß nur nachrichtliche Bedeutung.

Vorwort

Der **Funktionenplan** des Bundeshaushalts zeigt als Ergänzung zu dem nach Verantwortlichkeiten geordneten Haushaltsplan, der als Gesetzesgrundlage beibehalten werden muß, eine funktionelle Gliederung der Kapitel und Titel nach organisch zusammengehörenden Aufgabenbereichen.

Um eine weitgehende Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Statistik der Staatsfinanzen zu erzielen, sind im Funktionenplan für das Rechnungsjahr 1963 einige Änderungen der Zuordnung von Haushaltsausgaben vorgenommen.

Folgende neue Funktionsbereiche sind nachgewiesen:

T **Wiedergutmachung:** bisher unter S 5 »Besondere Kriegsfolgelasten«.

U **Besondere Kriegsfolgeaufgaben:** bisher ebenfalls unter S 5. Hier sind nur die Kriegsfolgeaufgaben aufgeführt, welche nicht zu den sozialen Leistungen (L 5) zu rechnen sind.

V **Wirtschaftsunternehmen:** Die Wirtschaftsunternehmen waren bisher den einzelnen Funktionen (u. a. Verkehr, Wirtschaft und Landwirtschaft) zugeordnet. Der neue Funktionsbereich faßt nunmehr nach der Systematik der Staatsfinanzstatistik die Ausgaben für Unternehmen des Bundes sowie für Beteiligungen an Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts zusammen. Beteiligungen, bei denen die Förderung einer allgemeinen öffentlichen Aufgabe im Vordergrund steht und die demnach keinen wirtschaftlichen Zweck verfolgen, werden weiterhin bei der betreffenden Funktion nachgewiesen.

Q **Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen:** Dieser Funktionsbereich hat nur für die Funktionenpläne der Länder und Gemeinden Bedeutung und wird beim Bund nachrichtlich mit aufgeführt.

Außerdem ist das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung seiner tatsächlichen Bedeutung entsprechend unter A 3 »Bundesregierung und Ministerien« nachgewiesen (bisher F »Innere Verwaltung«). Aus dem gleichen Grunde ist das Bundesgesundheitsamt mit seinen Laboratorien der Funktion J »Hochschulen und Wissenschaft« zugeordnet (bisher M »Gesundheit, Sport und Jugendpflege«). Die Ausgaben für die Verhütung und Beseitigung von Notfällen sind auf die jeweiligen Funktionsbereiche aufgeteilt (bisher F 8). Ferner sind das Amt für Wertpapierbereinigung unter G »Finanzverwaltung« (bisher P »Wirtschaft«) und die Bürgschaftsleistungen des Bundes unter P »Wirtschaft« (bisher S 3 »Schuldendienst«) nachgewiesen.

Die Ansätze des Haushaltsplans 1962 sind entsprechend zugeordnet.

Der **Haushaltsquerschnitt** *) gliedert die Angaben für die einzelnen Aufgabenbereiche des Funktionenplanes nach der Systematik des »Vorläufigen Eingliederungsplanes«. Er wahrt damit den Zusammenhang mit den im Haushalt nachgewiesenen Endsummen.

Die **Titelübersicht** *) erleichtert durch die Aufspaltung der Titelgruppen nach einzelnen wichtigen Einnahme- und Ausgabearten eine volkswirtschaftliche Betrachtung der Haushaltsvorgänge.

*) Wird nachgereicht.

In den Vergleichszahlen für das Jahr 1962 ist der Entwurf zum Nachtrag für den Haushaltsplan 1962 bereits eingearbeitet.

Funktionenplan

(Zusammenfassung)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962
		— 1 000 DM —	
A	**Bundespräsident, Gesetzgebung, Oberste Staatsorgane**		
1	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	7 473	4 792
2	Gesetzgebung	43 576	46 390
3	Bundesregierung und Ministerien	417 606	400 271
4	Bundesrechnungshof	11 142	11 108
	Summe A	479 797	462 561
B	**Auswärtige Angelegenheiten**		
1	Vertretung des Bundes im Ausland	185 541	180 013
2	Einzelne auswärtige Angelegenheiten	140 069	178 127
	Summe B	325 610	358 140
C	**Verteidigung**		
1	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	16 903 750	14 892 652
2	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt fremder Streitkräfte	587 342	628 431
3	Zivile Verteidigung	813 452	781 903
	Summe C	18 304 544	16 302 986
D	**Öffentliche Sicherheit**		
1	Verfassungsschutz	19 124	18 263
2	Grenzschutz	301 032	253 045
3	Polizei	37 470	28 570
	Summe D	357 626	299 878
E	**Rechtsschutz**		
1	Verfassungsgerichtsbarkeit	3 751	3 903
2	Ordentliche Gerichtsbarkeit	17 737	17 485
3	Arbeitsgerichtsbarkeit	1 770	1 764
4	Sozialgerichtsbarkeit	3 340	3 330
5	Verwaltungsgerichtsbarkeit	4 766	4 698
6	Finanzgerichtsbarkeit	2 618	2 541
7	Strafvollzug	55	55
9	Allgemeine Rechtsschutzaufgaben	1 431	1 226
	Summe E	35 468	53 002

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962
		— 1 000 DM —	
F	**Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben**		
1	Allgemeine innere Verwaltung	7 057	6 967
3	Personalwesen	4 776	5 580
4	Information	95 806	75 732
6	Statistik	62 893	61 685
7	Ziviler Ersatzdienst	5 847	4 040
9	Allgemeine Staatsaufgaben	78 963	77 383
	Summe F	255 342	231 387
G	**Finanzverwaltung**		
1	Steuer-, Zoll-, Vermögens- und Bauverwaltung	589 007	579 142
2	Kassen- und Schuldenverwaltung	81 034	57 401
3	Finanzschulen	—	—
5	Wertpapierbereinigung	785	1 345
9	Einzelne Leistungen	150 006	64 451
	Summe G	820 832	702 339
H	**Unterricht**		
9	Sonstiges Unterrichtswesen	71 441	69 668
	Summe H	71 441	69 668
J	**Hochschulen und Wissenschaft**		
1	Hochschulen	318 032	318 767
2	Gesundheit	13 734	12 626
3	Wissenschaftliche Forschung	564 343	413 131
4	Allgemeine Förderungsmaßnahmen und Forschungsaufträge	126 998	105 518
5	Bibliotheks- und Archivwesen	4 669	4 532
	Summe J	1 027 776	854 574
K	**Kunst, Volksbildung, Heimatpflege und kirchliche Angelegenheiten**		
1	Theater, Film und Musik	11 350	7 450
2	Museen	9 541	8 342
3	Heimatpflege	—	—
4	Einzelne kulturelle Aufgaben	38 929	49 314
5	Kirchliche Angelegenheiten	12 900	11 170
	Summe K	72 720	76 276

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962
		— 1 000 DM —	
L	**Soziale Sicherung**		
1	Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung	120 137	106 237
2	Versicherungswesen	7 548 872	7 161 332
3	Sozialhilfe	896 582	908 088
4	Lastenausgleich	564 188	568 634
5	Kriegsopferversorgung	3 894 650	4 030 294
6	Sonstige soziale Kriegsfolgeleistungen	2 127 506	2 224 857
	Summe L	15 151 935	14 999 442
M	**Gesundheit, Sport und Jugendpflege**		
1	Gesundheit	45 542	40 987
2	Sport und Leibesübungen	33 340	32 700
3	Jugendpflege	46 753	49 180
	Summe M	125 635	122 867
N	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**		
1	Ernährung und Landwirtschaft	2 069 541	2 172 772
2	Tierzucht	3 133	14 184
3	Forsten	222	173
4	Jagd und Fischerei	54 563	49 124
5	Ländliches Siedlungswesen	466 350	392 550
6	Agrarstrukturelle Maßnahmen, Flurbereinigung	862 000	708 000
	Summe N	3 455 809	3 336 803
O	**Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung**		
1	Allgemeine wasserwirtschaftliche Maßnahmen	156 200	156 600
2	Erschließung des Emslandes	35 000	36 000
6	Talsperren	—	—
7	Wasserversorgung	50 000	50 000
8	Küstenschutz, Dünenwesen	101 291	100 475
9	Sonstige Aufgaben	658	69
	Summe O	343 149	343 144

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962
		— 1 000 DM —	
P	**Wirtschaft**		
1	Allgemeine Förderung	1 249 416	943 381
2	Bergbau	207 035	184 285
3	Elektrizitätsversorgung	5 000	5 000
4	Gasversorgung	—	—
5	Atomkraft	125 337	101 321
6	Gewerbe und Handel	414 481	424 055
7	Bank- und Versicherungswesen	6 074	6 359
8	Münzwesen	20 000	20 000
	Summe P	2 027 343	1 684 401
Q	**Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen**		—
R	**Verkehr**		
1	Allgemeine Verkehrsmaßnahmen	10 516	11 570
2	Straßenwesen	2 359 855	2 183 638
3	Schienenverkehr	70 285	67 890
4	Schiffahrt	452 659	452 663
5	Luftfahrt	66 502	56 546
7	Reiseverkehr	25 000	21 000
8	Wetterdienst	35 075	34 256
9	Sonstige Aufgaben	17	17
	Summe R	3 019 909	2 827 580
S	**Bau- und Wohnungswesen**		
1	Allgemeine Maßnahmen des Bauwesens	33 175	13 956
2	Bauverwaltung	63 257	54 750
3	Vermessung und Landesplanung	—	—
6	Wohnungsbau	1 252 750	1 550 743
	Summe S	1 349 182	1 619 449

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962
		— 1 000 DM —	
T	**Wiedergutmachung**		
1	Entschädigungsbehörden	211	225
2	Wiedergutmachungsleistungen	2 220 431	2 244 440
3	Sonstige Maßnahmen	310	460
	Summe T	2 220 952	2 245 125
U	**Besondere Kriegsfolgeaufgaben**		
1	Kriegsfolgeleistungen	120 000	130 800
2	Sonstige Kriegsfolgeaufgaben	48 513	50 246
	Summe U	168 513	181 046
V	**Wirtschaftsunternehmen**		
1	Verkehrsunternehmen	1 173 995	1 174 423
2	Gerwerbe, Industrie und Handel	92 843	71 843
3	Staatsforsten und Domänen	10 015	8 786
4	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	647	244
	Summe V	1 277 500	1 255 296
W	**Allgemeines Finanzwesen**		
1	Steuern, Zölle, Monopole, Finanzzuweisungen	3 500 560	3 756 090
2	Versorgung	218 883	234 661
3	Schuldendienst	1 810 351	1 677 766
4	Vermögen	143 524	164 599
6	Allgemeine Rücklagen	—	—
7	Nichtaufteilbare Posten	250 000	- 643 618
8	Abwicklung der Vorjahre	—	206 891
9	Beitrag an den außerordentlichen Haushalt	—	—
	Summe W	5 923 318	5 396 389
	Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts:	56 814 199	**53 404 353**

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Funktionenplan

(Einzelgliederung)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
A	**Bundespräsident, Gesetzgebung, Oberste Staatsorgane**			
A 1	**Bundespräsident und Bundespräsidialamt**			
11	**Bundespräsident**	404	354	0101.100—299
12	**Bundespräsidialamt**	5 969	3 438	0103
19	**Patenschaften u. a.**			
	Patenschaften, Ehrengeschenke und besondere Zuweisungen	600	500	0101.300, 301
	Ehrensolde, Unterstützungen, Beihilfen (Verfügungsmittel des Bundespräsidenten)	500	500	6002.662
	Summe A 1	7 473	4 792	
A 2	**Gesetzgebung**			
21	**Bundestag**			
	Personal und Ausstattung	15 192	15 192	0201.100—299, 850—957
	Aufwandsentschädigungen, Reisekosten und Tagegelder	19 143	19 143	0201.300, 302, 303
	Zuschüsse an die Fraktionen	1 984	1 984	0201.301
	Verfügungsfonds des Präsidenten	60	60	0201.305
	Besondere Veranstaltungen des Deutschen Bundestages (u. a. Sitzungen in Berlin)	202	202	0201.306
	Versicherung für die Abgeordneten	615	615	0201.307
	Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	612	612	0203
	Bundestagswahlen	—	100	(0602.300)
	Wiederherstellung des Reichstagsgebäudes in Berlin	2 000	5 000	2403.712
	Summe A 21	39 808	42 908	
22	**Bundesrat**			
	Personal und Ausstattung	1 890	1 722	0301.100—299, 950
	Tagegelder und Fahrkosten, Aufwendungen für Plenar- und Ausschußsitzungen	283	183	0301.300, 301
	Aufwandsentschädigung für den Präsidenten	18	—	0301.305
29	**Kongresse, Gesellschaften u. a.**			
	Parlamentarische Kongresse, Förderung der internationalen politischen Zusammenarbeit	1 316	1 316	0201.309
	Zuschüsse an parlamentarische Gesellschaften	261	261	0201.600—676
	Summe A 2	43 576	46 390	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrats (siehe A 3)	(861)	(836)	2801
A 3	**Bundesregierung und Ministerien**			
31	**Bundesregierung**	339 398	321 561	siehe auch nachrichtliche Angaben auf Seite 84
	Verstärkung der Verfügungsfonds der Leiter oberster Bundesbehörden	40	40	6002.240
32	**Presse- und Informationsdienst**	76 745	77 242	0402, 0403 (ohne 600)
35	**Sozialreform**	1 399	1 404	1109.100—299, 300
39	**Sonstiges**			
	Vergütung für die Inanspruchnahme des Kurhauses »La Redoute«	24	24	0501.331
	Summe A 3	417 606	400 271	
A 4	**Bundesrechnungshof**	11 142	11 108	2001
	Summe A	479 797	462 561	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
B	**Auswärtige Angelegenheiten**			
B 1	**Vertretung des Bundes im Ausland**			
11	**Auslandsvertretungen**	182 624	176 737	0503.100—299, 700—955
19	**Paßstellen, Wahlkonsulate u. a.**			
	Sonderaufträge	158	168	0501.326
	Wahlkonsulate	1 000	1 000	0503.322
	Aufwendungen für besondere Aufgaben bei bestimmten Auslandsvertretungen und auf Grund von Schutzmachtverträgen	1 639	1 988	0503.323, 325
	Bewilligungen für dienstunfähig gewordene Angestellte und sonstiges Hilfspersonal	120	120	0503.326
	Summe B 1	185 541	180 013	
B 2	**Einzelne auswärtige Angelegenheiten**			
21	**Förderung der europäischen Einigung**			
	Ausbildung der Beamten und Angestellten zur Verwendung bei internationalen Organisationen	108	108	0502.312
	Westeuropäische Union, Beitrag des Bundes	1 100	1 500	0502.678
	Teilnahme an Tagungen und Ausschußsitzungen des Europarates	5	5	0504.300
	Zuschüsse an den Deutschen Rat der Europäischen Bewegung, Europa Kolleg Brügge, nichtstaatl. Organisationen	357	353	0504.609, 610, 611
	Beitrag des Bundes an den Europarat	2 495	2 495	0504.675
	Summe B 21	4 065	4 461	
29	**Sonstiges**			
	Außenpolitische Ausarbeitungen	200	250	0501.970
	Geheime Ausgaben	6 000	6 000	0502.301
	Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Ausland	120 002	117 902	0502.302
	Übrige Angelegenheiten des auswärtigen Dienstes (Kommissionen, internationale Kongresse und Verhandlungen, sonstige Dienstleistungen)	2 429	2 594	0502.306, 307, 308, 399, 6002.241
	Förderung der Herausgabe außenpolitischer Dokumente und völkerrechtlicher Arbeiten	167	330	0502.309
	Zuschüsse an internationale und deutsche Gesellschaften	1 461	1 788	0502.600, 601—607, 612, 613, 616, 617, 667, 672
	Beitrag des Bundes zum zivilen Teil des Haushalts der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)	5 245	4 302	0502.673 (1 u. 3)
	Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen im Ausland	500	500	6002.679
	Beteiligung an der Sanierungsanleihe der Vereinten Nationen	—	40 000	(A 6004.530)
	Summe B 29	136 004	173 666	
	Summe B 2	140 069	178 127	
	Summe B	325 610	358 140	
	Hinweis:			
	Auswärtiges Amt (siehe A 3)	(42 362)	(39 724)	0501.100—299, 850, 951

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
C	**Verteidigung**			
C 1	**Deutsche Verteidigungsstreitkräfte**			
11	**Truppenführung, Truppenverwaltung**			
	Kommandobehörden, Truppen usw.	2 243 148	1 849 786	1403
	Bundeswehrverwaltung	1 219 998	1 001 735	1404
	Amt für Wehrtechnik und Beschaffung	187 718	133 497	1421
	Wehrersatzwesen	—	68 691	(1422)
	Summe C 11	3 650 864	3 053 709	
12	**Bekleidung**	575 062	619 104	1411
13	**Verpflegung**	253 624	275 874	1410
14	**Truppenbetreuung**			
	Bildungswesen	25 569	23 560	1405
	Seelsorge	11 258	10 335	1406
	Rechtspflege	1 533	3 207	1407
	Sanitätswesen	238 560	247 850	1408
	Fürsorge	358 680	260 913	1423
	Summe C 14	635 600	545 865	
15	**Ausrüstung** (Betrieb, Unterhaltung, Anschaffungen)			
	Pionierwesen	160 000	60 000	1413
	Fernmeldewesen	518 000	424 000	1414
	Feldzeugwesen	3 093 180	3 035 364	1415
	ABC-Schutz	64 000	54 200	1416
	Quartiermeisterwesen	326 625	261 560	1417
	Schiffe und Marinegerät	537 950	548 900	1418
	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	2 642 913	2 363 500	1419
	Summe C 15	7 341 668	6 747 524	
16	**Unterbringung**	2 839 530	2 215 809	1412/A 1412
17	**Versorgung der Soldaten der Bundeswehr**	(208 113)	(125 255)	3304
	erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222), siehe unter C 19			
	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	3 000	4 000	1110.301
19	**Allgemeine Verteidigungsaufgaben**			
	Zur Neudeckung von Ausgaberesten aus Vorjahren	—	656 500	1402.300
	Nachwuchswerbung	8 000	9 000	1402.302
	Ausbildungshilfe (Ausland)	109 000	50 000	1402.303
	Militärgeschichtliche und -politische Arbeiten	310	225	1402.307
	Wehrtechnische und militärische Forschung (Teilbetrag)	70 900	52 684	1402.308
	Wehrtechnische und militärische Entwicklung (Teilbetrag)	530 808	222 351	1402.309, 530
	Wehrtechnische und militärische Erprobung (Teilbetrag)	100 892	74 965	1402.310
	Leistungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO u. WEU	300	486	1402.311, 314, 315
	Beteiligung an den Kosten von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, Vergütungen und Entschädigungen für Erfindungen	5 550	6 700	1402.312, 313, 615

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
noch: C 19				
	NATO-Beitrag	28 250	20 200	1402.600
	NATO-Infrastruktur (Kostenanteil des Bundes)	170 362	6 510	1402.601
	Studienbeihilfen	2 300	1 889	1402.603
	Wohnungs- und Heizungskostenzuschüsse	4 500	5 000	1402.605
	NATO-Ersatzteil-Versorgungssystem (Kostenanteil des Bundes)	400	400	1402.610
	Beitrag zu den Betriebskosten der zentraleuropäischen Betriebsstoffernleitungen (Pipelines)	1 580	1 300	1402.611
	Teilnahmekosten an NATO-Produktionsgemeinschaften	4 300	3 100	1402.612
	Betrieb und Wartung der NATO-Ölleitungen	1 445	1 445	1402.613
	Beitrag zu den Gestehungskosten ausländischer militärischer Anlagen	23 000	1 000	1402.614
	Ablösung von Ansprüchen der USA auf Rückgabe von Material	200 000	100 000	1402.980
	Transport- und Nebenkosten, Einfuhrabgaben für Materiallieferungen aus dem Ausland	90 000	58 500	1402.995
	Erstattungen an andere Bundesbehörden	251 505	158 512	1402.222
	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen (04 03), Wetterdienst (12 14), Flugwissenschaftliche Institute (12 17), Versorgung der Soldaten (33 04), Herstellung und Versand von Ermittlungslisten (06 15).			
	Summe C 19	1 694 202	1 430 767	
	Summe C 1	16 903 750	14 892 652	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Verteidigung (siehe A 3)	(99 255)	(88 115)	1401, 1402.223—261, 399, 675
C 2	**Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt fremder Streitkräfte**			
21	**Stationierung ausländischer Streitkräfte**			
	Besatzungskosten in Berlin	201 527	201 527	3502
	Auftragsausgaben in Berlin I. und II. Klasse	73 049	83 108	3503/3504
	Restfinanzierung von Verpflichtungen aus der Zeit vor dem 5. Mai 1955	5 000	34 000	3506
25	**Besatzungs- und Stationierungsfolgekosten**	307 766	309 796	3511 a/b, A 3511 a/b
	Summe C 2	587 342	628 431	
C 3	**Zivile Verteidigung**			
31	**Ziviler Bevölkerungsschutz** (Bundesamt)	44 433	33 254	0619.100—310, 312—324, 720, 850—876, 950, 952
32	**Luftschutzwarndienst**			
	Bau von Luftschutzwarnämtern	20 000	6 000	0619.712
	Erprobung verbesserter Drahtfunkeinrichtungen	100	500	0619.600
	Bau von Betriebsräumen für Rundspruchsender	8 000	6 000	0619.717
	Lebensmittelbevorratung für den Luftschutzwarndienst	150	150	0619.878
	Fernmeldetechnische Einrichtungen für den Luftschutzwarndienst	30 200	39 800	0619.953—960, 3604.952
	Kosten des örtlichen Alarmdienstes, Beschaffung bzw. Instandsetzung von Luftschutzsirenen und -anlagen	33 889	22 000	3604.307, 951
	Summe C 32	92 339	74 450	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
34	**Sicherung der öffentlichen Versorgung**			
	Schutzanlagen für das Personal von Versorgungsbetrieben und die wichtigsten Einrichtungen der öffentlichen Versorgung und der Abwasserbehandlung	1 021	600	3605.570
	Vorratsbeschaffung und Vorratshaltung	5 451	3 154	3605.572, 954
	Schaffung, Instandsetzung und Unterhaltung von Versorgungsanlagen für Notzeiten	15 600	15 000	3605.573
	Vorbereitung von Notstandsmaßnahmen	1 067	1 885	3605.601
	Summe C 34	23 139	20 639	
35	**Sicherung der Ernährung**			
	Planung und Vorbereitung einer Notstandsbevorratung		1 760	3606.300—304
	Anlegung und Haltung von Notstandsvorräten in Lebens- und Futtermitteln	4 830 56 431	102 144	3606.620, 621
	Summe C 35	61 261	103 904	
36	**Sicherung des Verkehrs (einschließlich Nachrichtenwesen)**			
	Beschaffung und Unterhaltung von Fernmeldegerät für die Polizei- und ZB-Führung des Bundes und der Länder	2 200	1 250	3604.301, 958
	Beschaffung und Unterhaltung der Ausrüstung für den Schwimmbrückenbau	9 239	6 579	3604.312, 890
	Entwicklung, Erprobung und Beschaffung von Brückenbaugerät	200	100	3604.877 •
	Fernmeldetechnische Einrichtungen für die Polizei und ZB-Führung	800	500	3604.880
	Übungen und Ausbildungslehrgänge	250	290	3607.300
	Einrichtung und Führung einer Kfz-Kartei	—	450	(3607.301)
	Beschaffung von Spezialgeräten	—	130	(3607.302)
	Instandsetzung vorhandener Räumgeräte für Binnenschiffahrtsstraßen	250	300	3607.305
	Unterhaltung von Lagern zur Unterbringung von Einrichtungen und Geräten	120	83	3607.306
	Zuwendungen zum Ausbau von Häfen	13 150	11 530	3607.570
	Baumaßnahmen zum Schutz des Personals der Verkehrsverwaltung	—	200	3607.571
	Zuwendungen an Länder und Gemeinden zum Ausbau von Straßenanschlüssen	4 605	4 020	3607.572
	Wartung der Luftschutzgeräte	692	400	3607.573
	Baumaßnahmen zum Schutz des Betriebspersonals und der Anlagen der Bundesverkehrsverwaltung einschließlich der Deutschen Bundesbahn	40 000	28 500	3607.710
	Ausbau von bundeseigenen Straßenanschlüssen	465	1 000	3607.712
	Elektrifizierung von Ausweichstrecken	7 322	4 575	3607.713
	Wiederherstellung von außerhalb großer Knoten liegenden Bahnbetriebswerken	500	1 000	3607.714
	Neuschaffung und Vergrößerung von Lagerräumen für Betriebs- und Vorratsstoffe der Bundesverkehrsverwaltung	5 641	4 560	3607.716
	Hafen- und Schiffahrtsstraßenausrüstung	5 492	8 600	3607.950
	Anschluß des Flugsicherungsdienstes an den Flugmeldedienst	—	—	3607.951
	Erhöhung der Betriebssicherheit der Fernsprechnetze der Bundesverkehrsverwaltung und Überwachung der Radioaktivität	14 850	18 840	3607.952, 959
	Bevorratung von Ersatzteilen für Signal- und Fernmeldeeinrichtungen der Bundesverkehrsverwaltung	6 275	4 850	3607.953
	Bevorratung von Ergänzungsmaterial für Behelfsbrücken der Bundesverkehrsverwaltung	1 850	3 000	3607.954
	Erprobung der Fernmeldenetze der Bundesverkehrsverwaltung	900	1 080	3607.955

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
noch: C 36				
	Bevorratung von Betriebsstoffen für die Bundesverkehrsverwaltung	1 840	1 840	3607.956
	Verstärkung der Ausrüstung des Feuerlöschdienstes der Bundesverkehrsverwaltung	1 670	1 950	3607.957
	Beschaffung von Ersatzfähren	600	2 700	3607.958
	Bevorratung von Geräten für die elektrische Zugförderung	3 910	4 000	3607.961
	Bevorratung von Engpaß- und Ausweichbaustoffen für die Bundesverkehrsverwaltung	9 400	9 000	3607.963
	Sicherung der Arbeitsunterlagen für den Notstandsverkehr	614	420	3607.964
	Erhöhung der Betriebssicherheit der Verkehrseinrichtungen	1 265	1 100	3607.965
	Beschaffung von Gerät und Ausrüstung für den Wiederaufbau von Verkehrsanlagen	2 360	3 310	3607.966
	Ausbau von Brücken	830	3 995	3607.967
	Ausbau von Ausweichplätzen für die Binnenschiffahrt	800	800	3607.968
	Einbau von Spezialgeräten in Verkehrsmittel für Einsatz im Notstandsfall	750	940	3607.969
	Beschaffung zusätzlicher Zugförderungsmittel für den Notstandsfall	5 540	12 960	3607.970
	Druck von Vorschriften und Anweisungen für den Notstandsfall	45	40	3607.971
	Beschaffung von Spezialgeräten	357	—	3607.972
	Beschaffung von Entmagnetisierungsanlagen	2 000	—	3607.973
	Ausbau der Fernmeldeeinrichtungen im Nahverkehrsraum für leitende Dienststellen des Bundes	8 640	8 035	3608.300, 952
	Ausbau der Fernmeldeeinrichtungen	1 000	1 001	3604.310, 953
	Erwerb von Grundstücken und Errichtung von Unterstellräumen für Fernmeldeeinrichtungen	2 200	1 600	3608.700, 712
	Errichtung und Erwerb von Ausweichlagerstätten	5 300	6 000	3608.710
	Neu- und Ausbau vorhandener Schutzräume bei der Bundespost	11 050	9 500	3608.713, 714
	Tankanlagen und Kraftstoffvorräte für Netzersatzanlagen	2 900	1 000	3608.715, 954
	Einrichtungen für Kurierdienste	500	360	3608.850
	Bewegliche und bewegbare Fernmeldeeinrichtungen	26 500	22 000	3608.950
	Umgehungs- und Vermaschungsanlagen	53 000	49 639	3608.951
	Erprobung von Fernmeldegeräten	1 400	1 000	3608.955
	Summe C 36	259 272	245 027	
39	**Sonstige Maßnahmen**			
	Aufwendungen des Bundesluftschutzverbandes	24 664	19 340	0619.602
	Kosten für Planspiele und Übungen	60	150	3604.300
	Lagerräume für Luftschutzgerät	14 053	9 800	3604.302, 306, 572, 962
	Unterhaltung bundeseigener Luftschutzbauten	30	9	3604.303
	Zuschüsse zur Beschaffung von Luftschutzgerät, Arzneimittelreserve, Luftschutzhilfsdienst, Instandsetzung und Bau von Luftschutzanlagen, Entschädigungsleistungen	161 812	134 980	3604.304, 308, 713—715, 950
	Personelle Kosten des Luftschutzhilfsdienstes	22 211	16 270	3604.305, 309
	Kosten für den Schutz von Kulturgut im Rahmen der Maßnahmen des zivilen Luftschutzes	1 175	1 060	3604.310, 953
	Zuwendungen an Rundfunkanstalten zum Bau von Bunkern für Rundfunkanlagen	2 000	2 000	3604.600
	Zuschüsse an zentrale Hilfsorganisationen	17 160	13 360	3604.602, 603
	Unterhaltung von Hilfskrankenhäusern	—	450	(3604.605, 606)
	Planung von Evakuierungsmaßnahmen	—	4 000	(3604.607)
	Zuwendungen für Luftschutzbauten bei unterirdischen Verkehrsbauten und Tiefgaragen	11 000	3 000	3604.609
	Ausstattung der Notunterkünfte	15	20	3604.870
	Ausstattung ortsfester Anlagen des Luftschutzhilfsdienstes	200	200	3604.871
	Einrichtung von Hilfskrankenhäusern	—	10 000	(3604.878)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
noch: C 39				
	Sicherstellung der ärztlichen Versorgung	60 000	55 000	3604.879
	Ausrüstungen für Selbstschutzeinheiten	5 000	5 000	3604.889
	Ausrüstung für polizeiliche Hilfskräfte	1 500	750	3604.954
	Herausgabe eines Merkblattes über luftschutzmäßiges Verhalten	3 000	3 000	3604.956
	Beschaffung von Kraftstoffvorräten u. -behältern für den LS-Hilfsdienst	550	450	3604.957, 717
	Bauliche Herrichtung von Gebäuden zur Aufnahme von Ausweichkrankenhäusern	—	20 000	3604.960
	Beschaffung von Kraftstoffbehältern für LS-Hilfsdienst	700	1 500	3604.961
	Druck von Vorschriften für den Notstandsfall	70	70	3604.971
	Darlehen und Zuschüsse zur Vorbereitung und Errichtung von Erprobungsbauten	7 808	4 220	3609.575, 642, 710
	Summe C 39	333 008	304 629	
	Summe C 3	813 452	781 903	
	Summe C	18 304 544	16 302 986	
D	**Öffentliche Sicherheit**			
D 1	**Verfassungsschutz** (Bundesamt)	19 124	18 263	0609
D 2	**Grenzschutz**			
21	**Bundesgrenzschutz** (Betrieb und Beschaffungsstelle)	301 032	253 045	0625/0626
D 3	**Polizei**			
32	**Kriminalpolizei**			
	Bundeskriminalamt	14 718	16 086	0610
	Beitrag zur Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission	83	44	0602.675 f
	Ausstattung für die Bereitschaftspolizei der Länder	22 669	12 440	0624
	Summe D 3	37 470	28 570	
	Summe D	357 626	299 878	
E	**Rechtsschutz**			
E 1	**Verfassungsgerichtsbarkeit**			
11	**Rechtsprechung in Verfassungsfragen** (Bundesverfassungsgericht)	3 751	3 903	1901
E 2	**Ordentliche Gerichtsbarkeit**			
21	**Rechtsprechung in Straf- und Zivilsachen** einschließlich Kartellsachen und Berufsgerichtsbarkeit sowie über Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Bundespatentgerichts (Bundesgerichtshof, Generalbundesanwalt)	10 935	10 741	0704
22	**Rechtsprechung über die Erteilung und Vernichtung gewerblicher Schutzrechte** (Bundespatentgericht)	4 836	4 788	0706
23	**Rechtsprechung in Rückerstattungsverfahren** (Oberstes Rückerstattungsgericht)	1 966	1 956	0707
E 3	**Arbeitsgerichtsbarkeit**			
31	**Rechtsprechung in arbeitsrechtlichen Verfahren** (Bundesarbeitsgericht)	1 770	1 764	1105
E 4	**Sozialgerichtsbarkeit**			
41	**Rechtsprechung für das Gebiet der Sozialgerichtsbarkeit** (Bundessozialgericht)	3 340	3 330	1107

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
E 5	**Verwaltungsgerichtsbarkeit**			
51	**Rechtsprechung in allgemeinen Verwaltungsverfahren**			
	(Bundesverwaltungsgericht, Oberbundesanwalt)	4 766	4 698	0603/0604
E 6	**Finanzgerichtsbarkeit**			
61	**Rechtsprechung für das Gebiet der Finanzgerichtsbarkeit**			
	(Bundesfinanzhof)	2 618	2 541	0803
E 7	**Strafvollzug**			
	Zuschüsse für überregionale Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Strafvollzugs einschließlich Bewährungshilfe	55	55	0701.601
E 9	**Allgemeine Rechtsschutzaufgaben**			
	(Schiedsgerichte, Ausschüsse, Rechtsreform u. a.)			
	Beteiligung am Schiedsgericht (Deutschlandvertrag)	360	360	0501.965
	Beteiligung am Schiedsgerichtshof (Londoner Abkommen)	170	170	0501.967
	Kosten des Schiedsgerichts in Saarbrücken (zur Regelung der Saarfrage)	50	50	0501.973
	Beteiligung an den Kosten am Schlichtungsausschuß und Schiedsgericht zur Regelung der deutsch-österreichischen vermögensrechtlichen Beziehungen	50	50	0501.974
	Anteil an den Kosten der Paritätischen Kommission und der Schiedsstelle zur Liquidation des deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs	4	5	0501.975
	Ständiger Schiedshof in Den Haag (Beitrag des Bundes)	5	5	0502.677
	Richterwahlausschuß	5	5	0701.303
	Vorbereitung von Reformen auf den Rechtsgebieten	257	257	0701.308—313
	Besondere Aufgaben der Rechtspflege	89	76	0701.314, 315
	Beiträge an Gesellschaften und Organisationen	127	90	0701.603, 675
	Sammlung und Sichtung des Bundesrechts	107	108	0701.950
	Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Ausschüsse, Prüfungen)	40	38	0701.951, 952
	Kongresse, Tagungen	155	—	0701.957, 958
	Zeitschrift »Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht« (Zuschuß)	12	12	0802.601
	Summe E 9	1 431	1 226	
	Summe E	35 468	35 002	
	Hinweis: Bundesministerium der Justiz (siehe A 3)	(8 708)	(8 690)	0701.100—299, 850

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
F	**Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben**			
F 1	**Allgemeine innere Verwaltung**			
11	**Verwaltungsangelegenheiten**			
	Staatsangehörigkeit, Ausländerzentralregister, Entschädigungsfragen, Auswanderung (Bundesverwaltungsamt)	5 753	5 667	0615.100—299, 300, 301, 303, 306
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 60	— 60	
	Förderung des Vorschlagswesens in der Bundesverwaltung	30	30	6002.270
12	**Gemeindefreie Bezirke**			
	Verwaltung der gemeindefreien Bezirke	1 119	1 162	2403.602—605, 750
19	**Sonstiges**			
	Beitrag zur internationalen Kommission für das Zivilstandswesen in Den Haag	10	10	0602.675 e
	Anschaffung von Bundesgrenztafeln	—	8	(0602.980)
	Kennzeichnung der Bundesgrenze	50	—	0602.985
	Veranstaltungen zum 100jährigen Bestehen der deutschen Verwaltungsgerichte	25	20	0602.986
	Gemeinnützige Einrichtungen	130	130	0615.600
	Summe F 1	7 057	6 967	
F 3	**Personalwesen**			
31	**Disziplinarangelegenheiten**			
	Bundesdisziplinarhof, Bundesdisziplinaranwalt, Bundesdisziplinarkammern	2 642	2 596	0605/0606/0607
32	**Prüfungswesen**			
	Oberprüfungsamt für den höheren technischen Verwaltungsdienst	226	226	1213 (ohne 308)
39	**Einzelne Aufgaben**			
	Verschickung von Kindern Bundesbediensteter	1	2	0601.307
	Mittelrheinische Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Bonn (Zuschüsse)	8	8	0602.601
	Ausgleich überhöhter Fahrkosten im Verkehr mit Berlin	700	500	0615.304
	Mehrausgabe für Beförderung von Umzugsgut aus Berlin	20	20	0615.305
	Stipendien für Studienreisen	6	5	1213.308
	Dienstbezüge für die Vertreter von Beamten oberster Bundesbehörden, die in Fremdsprachen geschult werden	523	523	6002.101
	Rechtsschutz von Angehörigen der Bundesregierung	250	—	6002.250
	Fremdsprachlicher Unterricht	350	350	6002.260
	Fortbildung der Beamten und Angestellten	50	50	6002.262
	Förderung von Gemeinschaftsveranstaltungen		1 300	(6002.296)
	Summe F 39	1 908	2 758	
	Summe F 3	4 776	5 580	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
F 4	**Informationswesen**			
42	**Bundesnachrichtendienst**	58 093	52 498	0404
49	**Sonstiges Informationswesen**			
	Informationsreisen fremder Staatsangehöriger	801	801	0502.304
	Kassenhilfe an »Deutsche Welle«	35 000	21 840[1]	0602.987
	Aufklärung der Bevölkerung über Sinn und Zweck steuerlicher Maßnahmen	100	180	0802.301
	Öffentlichkeitsarbeit in wirtschaftspolitischen Fragen	290	290	0902.308
	Nachrichten- und Pressedienst	22	23	1001.300
	Öffentlichkeitsarbeit im Gesundheitswesen	1 500	100	1502.300
	Summe F 4	95 806	75 732	
F 6	**Statistik**			
61	**Statistischer Dienst** (Statistisches Bundesamt)	37 610	36 450	0608
69	**Sonstige Aufgaben, Beiträge**			
	Beitrag an das Internationale Statistische Institut	5	5	0602.675 a
	Finanzzuweisungen an die Länder für die Großzählungen in den Jahren 1960 bis 1962	25 278	25 230	6002.951
	Summe F 6	62 893	61 685	
F 7	**Ziviler Ersatzdienst**	5 847	4 040	1108/1110.309
F 9	**Allgemeine Staatsaufgaben**			
91	**Einzelne Maßnahmen**			
	Einführung in die Arbeit der Volksvertretung und des Bundesrates und Herausgabe von Informationsmaterial	331	301	0201.308/0301.303, 304
	Zuschuß an INTER NATIONES e. V.	2 700	3 000	0403.600
	Unterrichtung der Bevölkerung über Maßnahmen im Bereich der inneren Verwaltung	50	100	0601/301
	Volksentscheid in Baden-Württemberg	300	—	0602.302
	Veranstaltungen der Bundesregierung	16	14	0602.303, 304
	Bekämpfung des Rassenhasses (Zuschuß)	180	180	0602.607
	Förderung der Bildungsarbeit der politischen Parteien	20 000	20 000	0602.612
	Arbeiten auf dem Gebiete der rechtlichen und soziologischen Stellung der Frau	70	70	6002.613
	Schaffung und Unterhaltung von Grab- und Gedächtnisstätten verdienter deutscher Staatsmänner	1	1	0602.660 (7)
	Bundeszentrale für Heimatdienst	11 285	9 687	0635
	Zuschüsse für gesamtdeutsche Aufgaben	44 030	44 030	2702.600
	Summe F 9	78 963	77 383	
	Summe F	255 342	231 387	
	Hinweis:			
	Bundesministerium des Innern (siehe A 3)	(18 436)	(18 503)	0601.100—299, 850, 870, 880

[1]) Nachtragshaushalt.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
G	**Finanzverwaltung**			
G 1	**Steuer-, Zoll-, Vermögens- und Bauverwaltung**			
	Bundesfinanzverwaltung	589 007	579 142	0804.100—302, 700—880 (ohne 733 u. 742)
G 2	**Kassen- und Schuldenverwaltung**			
21	**Kassenverwaltung (Bundeshauptkasse)**	818	804	0808
22	**Schuldenverwaltung**	80 216	56 597[1])	3203 (ohne 302)
	Summe G 2	81 034	57 401	
G 3	**Finanzschulen**	—	—	
G 5	**Wertpapierbereinigung**			
	Wertpapierbereinigung (Bundesamt für —)	725	1 205	0807
	Bereinigungsverfahren, Börseneinführungskosten und Emissionssteuern für Auslandsbonds	60	140	3203.302
	Summe G 5	785	1 345	
G 9	**Einzelne Maßnahmen**			
	Beschaffung von Unterlagen zur Geschichte der Finanzverwaltung	10	20	0802.302
	Kosten für maschinelle Versuche bei der Veranlagung und Erhebung von Steuern	2 375	2 340	0802.305
	Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens in Brüssel (Anteil des Bundes)	260	260	0802.675
	Drucklegung des(r) Bundeshaushaltsplanes, (-rechnung)	650	500	6002.200
	Verwaltungskostenerstattung an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	1 700	1 500	6002.220
	Vermischte Ausgaben	10	10	6002.299
	Erstattungen von Verwaltungsaufwand in Einzelfällen	142 800	58 000	6002.302
	Bearbeitungsgebühren an Kreditanstalt für Wiederaufbau für Verwaltung der Anteile an der Hugo-Stinnes-Corporation	51	51	6002.304
	Vergütung an die Berliner Bank	250	270	6005.305
	Umsatzsteuerpauschale	1 900	1 500	6002.395
	Summe G 9	150 006	64 451	
	Summe G	820 832	702 339	
	Hinweis:			
	Bundesministerium der Finanzen (siehe A 3)	(37 068)	(37 758)	0801
	Bundesschatzministerium (siehe A 3)	(6 593)	(6 203)	2401
H	**Unterricht**			
H 9	**Sonstiges Unterrichtswesen**			
	Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland	47 175	44 830	0502.303
	Bureau International d'Education (Beitrag)	19	19	0502.614
	Lehranstalt für tropische und subtropische Landwirtschaft	200	200	1002.601 (B 2)
	Berufsausbildung der Seeleute	325	596	1202.604
	Schiffsjungen- und Schiffskinderheime	72	72	1202.607

[1]) Durch Nachtragshaushalt um 25 Millionen DM gekürzt (3203.301).

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
noch: H 9				
	Zuschüsse zur Förderung von Schulbauten in gefährdeten Grenzgebieten und im Zonenrandgebiet	13 000	12 125	2702.602 a
	Ausbildungsstätten für Ingenieure und Techniker auf dem Gebiet der Atomenergie	2 950	3 476	3102.601, 951
	Förderung kommunaler Maßnahmen im Raum Bonn (Schulbauten)	7 700	8 350	6002.625
	Summe H 9	71 441	69 668	
	Summe H	71 441	69 668	
J	**Hochschulen und Wissenschaft *)**			
J 1	**Hochschulen**			
	Bau und Ausstattung von Hochschulen (Zuschüsse)	219 757	199 787	0602.616 (aus 2)
	Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer	185	185	0602.654
	Förderung von gesamtdeutschen und internationalen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen	9 150	8 000	0602.656
	Studienbeihilfen	67 825	90 100	0602.657 a (1), 620
	Förderung der ideellen Bestrebungen der deutschen Studentenschaft (Studentenaustausch)	315	315	0602.657 a (2)
	Studentenförderung im Rahmen des Bundesjugendplanes	20 800	20 380	2901.571 (aus a u. c)
	Summe J 1	318 032	318 767	
J 2	**Gesundheit**			
	Bundesgesundheitsamt	13 734	12 626	1503
J 3	**Wissenschaftliche Forschung**			
31	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Rebenzüchtung	1 180	1 064	1002.605
	Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung	8 395	7 075	1010
	Milchwirtschaft	4 292	3 484	1011
	Forstpflanzenbau und -züchtung	3 532	2 248	1013
	Getreideverarbeitung	2 177	1 875	1015
	Fleischwirtschaft	1 310	2 516	1016
	Lebensmittelfrischhaltung	3 473	1 347	1017
	Qualitätsforschung	622	547	1018
	Tabakforschung	1 015	924	1019
	Forschungsaufträge			
	Agrarsoziologische und -soziale Maßnahmen (Untersuchungen im kleinbäuerlichen Bereich; Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie)	271	271	1002.601 (A IV, B 1 u. 13)
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Land- und forstwissenschaftlicher Forschungsrat	257	184	1002.601 (A I 5)
	Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft	3 250	3 210	1002.601 (A III 1 u. 2, B 12) 606
	Durchführung milchwirtschaftlicher Forschungsaufgaben	270	270	1002.601 (B 8)
	Zuschüsse an:			
	ernährungswirtschaftliche Forschungseinrichtungen und Institute	1 427	1 345	1002.601 (A II, B 9 u. 10), 1502.616
	Hochschulinstitut für ausländische Landwirtschaft	100	100	1002.601 (B 3)
	Forschungsanstalt für Landwirtschaft	10 057	6 611	1002.602
	Summe J 31	41 628	33 071	

*) Soweit nicht anderen Funktionsbereichen zugeordnet.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
noch: J 31				
32	**Tierzucht und Fischerei**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Fischereiwesen und Fischverarbeitung, Meeresforschung	3 246	3 033	1012
	Kleintierzucht	2 256	1 022	1014
	Erforschung und Bekämpfung von Viruskrankheiten	2 884	2 991	1024
	Forschungsaufträge			
	Kommission für Meeresforschung	200	200	1002.585 b 1 (a)
	Internationaler Rat für Meeresforschung	43	29	1002.675 (6)
	Durchführung von Forschungsaufträgen	120	120	1002.615 b 3
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Betrieb des Fischereiforschungsschiffes	1 575	735	1001.401
	Anschaffung eines Fischereiforschungsschiffes	3 837	4 000	1001.951
	Summe J 32	14 161	12 130	
33	**Wirtschaft und Verkehr**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	20 383	20 532	0903
	Bundesanstalt für Materialprüfung	11 271	11 394	0907
	Forschungsaufträge			
	Straßenwesen	1 800	1 240	1210.310 (1400)
	Luftfahrt	600	600	1217.303
	Bau- und betriebstechnische Fachgebiete der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung	400	400	1203.308
	Abgeltung von Aufträgen an wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute	1 800	1 800	0902.305
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Zuschüsse an:			
	Gesellschaft für Flugwissenschaften	8 100	8 100	1217.617 b
	Gesellschaft für Ortung und Navigation	43	43	1217.628
	Forschung auf dem Gebiete des Handwerks	750	750	0902.601 (1)
	Finanzwissenschaftliches Institut Köln	8	8	0802.600
	Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen, Institut für Luftrecht, wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt, Akademie für Luftfahrtforschung, Deutsche Gesellschaft für Flugwissenschaften	37 074	27 041	1202.676 (4, 12), 1217.607 (b, c), 617 a
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402.222)	— 34 237	24 206	
	Förderung			
	der Industrieforschung	15 000	15 500	0902.605
	wissenschaftlicher Zwecke auf den Fachgebieten der Verkehrsverwaltung	199	221	1202.600 C (2, 5, 6 u. 7), E
	Summe J 33	63 191	63 423	
34	**Kernforschung**			
	Wissenschaftliche Forschung und Nachwuchsausbildung	9 000	9 400	3102.600
	Zuschüsse für das wissenschaftliche Berichtswesen auf dem Gebiete der Atomenergie	1 000	924	3102.605
	Kernforschungszentrum Karlsruhe			
	Betriebszuschuß	53 600	36 919	3102.640 a, b u. d
	Investitionszuschuß	39 500	27 106	3102.960 a, b u. d
	Anteil an den Betriebskosten des Elektronen-Synchrotrons in Hamburg	3 440	1 818	3102.642

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
	Zuschuß an das Institut für Plasmaphysik	22 633	16 507	3102.643, 961
	Anteil an den Betriebskosten des Hahn-Meitner-Instituts in Berlin	1 707	1 400	3102.645
	Beitrag zur Europäischen Organisation für Kernforschung	16 474	13 699	3102.676
	Zuschüsse an wissenschaftliche Institute und Einrichtungen	40 000	37 700	3102.950
	Dokumentationsstellen für Atomenergie	396	396	3102.953
	Bau eines Hochenergie-Elektronen-Synchrotrons in Hamburg	19 579	16 598	3102.955
	Zuschüsse zur Kernforschungsanlage des Landes Nordrhein-Westfalen in Jülich	5 000	5 000	3102.962
	Beitrag zum Forschungs- und Investitionshaushalt der Europäischen Atomgemeinschaft	80 000	65 609	6006.624
	Summe J 34	292 329	233 077	
	Hinweis:			
	Atomkraft (siehe P 5)	(125 337)	(101 321)	
35	**Wasserwirtschaft, Energie und Bauwesen**			
	Forschung auf dem Gebiet des Wohnungs-, Bau- und Siedlungswesens	485	500	2502.601
	Wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft	990	975	1502.650, 655
	Forschung auf dem Gebiet des baulichen Luftschutzes	520	750	3609.640
36	**Raum- und Bodenforschung**			
	Förderungsmaßnahmen			
	Beitrag an die Europäische Organisation für photogrammetrische experimentelle Untersuchungen	5	5	0602.675 c
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Landeskunde und Raumforschung	2 100	1 981	0614
	Geodäsie	4 671	5 445	0616
	Bodenforschungsanstalt Hannover	8 195	6 383	0909
	Bundesanstalt für Naturschutz, Landschaftspflege und Vegetationskunde	716	681	1021
	Summe J 36	15 687	14 495	
37	**Weltraumforschung**			
	Förderung der Weltraumforschung	109 223	35 100	3103
39	**Sonstige wissenschaftliche Forschung**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Archäologie	9 108	7 451	0629
	Geschichte	812	525	0630
	Institut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus	1 164	1 178	0634
	Hauswirtschaft	538	543	1020

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
	Forschungsaufträge			
	Forschung, Entwicklung und Erprobung auf dem Gebiete des Luftschutzes	3 000	3 000	0619.311
	Sozialwissenschaftliche Forschung	380	380	1102.602
	Forschung auf dem Gebiet der Sozialreform	40	40	1109.600
	Forschung auf dem Gebiet der »Contergan«-Fälle	350	200[1])	1502.962 a
	Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Notstandsplanungen auf dem Gebiet des Verkehrs	595	450	3607.303
	Zuschüsse an:			
	Europäische Organisation für astronomische Forschung	500	382	0602.618
	Ostforschungsinstitute	970	970	0602.625—629
	Historische Forschungseinrichtungen	1 297	1 297	0602.631—637
	Sonstige Forschungseinrichtungen	1 201	1 302	0602.640—648
	überregionale rechtswissenschaftliche Vereinigungen und Forschungsinstitute	110	110	0701.600
	Weltorganisation für Meteorologie	125	122	1202.675 (11)
	Beitrag an das Internationale Institut für Verwaltungswissenschaft in Brüssel	20	20	0602.675 b
	Versuchsgrube Tremonia	1 400	1 150	0902.600, 956
	Jahresleistung an das Institut für Mittelstandsforschung	320	320	0902.614
	Forschung auf den Gebieten der Berufskrankheiten und Unfallverhütung	200	170	1102.601
	Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe	4 000	—	2302.302
	Summe J 39	26 129	19 610	
	Summe J 3	564 343	413 131	
J 4	**Allgemeine Förderungsmaßnahmen und Forschungsaufträge**			
	Wissenschaftliche Programme der NATO	2 505	2 198	0502.673 (2)
	Allgemeine Förderung der Wissenschaft	110 543	91 150	0602 aus 616, 619
	Zuschüsse an wissenschaftliche Akademien	1 350	1 350	0602.621—624
	Wirtschaftliche Sicherung deutscher Gelehrter im Ausland	20	20	0602.655
	Forschung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens	1 780		1502.620
	Abführung der Dividende der Volkswagenwerk AG an die »Stiftung Volkswagenwerk«	10 800	10 800	2402.600
	Summe J 4	126 998	105 518	
J 5	**Bibliotheks- und Archivwesen**			
51	**Bibliothekswesen**			
	Zuschuß zum Ausbau der Deutschen Bibliothek	—	75	(0602.984)
	Deutsche Bibliothek	1 054	905	0602.660 (5)
	Internationaler amtlicher Schriftentausch für die BRD	—	44	(0602.306)
52	**Archivwesen**			
	Bundesarchiv in Koblenz	3 506	3 408	0613
	Deutsches Literaturarchiv (Zuschuß)	109	100	0602.660 (4 b)
	Summe J 5	4 669	4 532	
	Summe J	1 027 776	854 574	
	Hinweis:			
	Bei anderen Funktionsbereichen nachgewiesen	(738 677)	(403 611)	
	Ergibt den Gesamtbetrag entsprechend Anlage 2 zu Kap. 0602 des Haushaltsplanes (1963=1 766 443 DM, 1962=1 258 365 DM)			

[1]) Nachtragshaushalt.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
K	**Kunst, Volksbildung, Heimatpflege und kirchliche Angelegenheiten**			
K 1	**Theater, Film und Musik**			
	Auszeichnungen bester Jahresleistungen und sonstige fördernde Maßnahmen auf dem Gebiete des Filmwesens	10 000	7 000	0602.611
	Baumaßnahmen an den Festspielhäusern in Recklinghausen und Bayreuth	1 350	450	0602.971, 972
	Summe K 1	11 350	7 450	
K 2	**Museen**			
	Neubau des Deutschen Gesundheitsmuseums, Köln	740	—[1]	1502.961
	Deutsches Gesundheitsmuseum, Köln	164	164	1502.668 (11)
	Freies Deutsches Hochstift	110	110	0602.660 (3)
	Stiftung »Preußischer Kulturbesitz«	7 768	7 189	0602.661
	Rhein-Museum, Koblenz	4	2	1202.676 (7)
	Deutsches Museum in München	125	175	0602.950 b
	Zuschuß für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Teile des Germanischen National-Museums in Nürnberg und des Gutenberg-Museums in Mainz	550	628	0602.950 a, 974
	Schiller-Nationalmuseum	80	74	0602.660 (4 a)
	Summe K 2	9 541	8 342	
K 3	**Heimatpflege**			
K 4	**Einzelne kulturelle Aufgaben**			
	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Beitrag)	4 117	3 210	0502.675 a
	Internationales Studienzentrum für Erhaltung und Wiederherstellung von Kulturgütern (Beitrag)	19	19	0502.675 b
	Förderung der UNESCO-Arbeit in der Bundesrepublik	593	530	0502.676
	Beitrag zum Lincoln Center in New York	5 000	5 000	0502.951
	Beitrag zum »Nubien Projekt« der UNESCO	1 000	4 000	0502.952
	Beitrag des Bundes zum Europäischen Kulturfonds	—	120	0504.676
	Zuschüsse auf dem Gebiete des Bildungswesens	530	530	0602.657 b u. c
	Förderung kultureller Bestrebungen in der Bundesrepublik	4 275	4 210[2]	0602.660 (1)
	Förderung der kulturellen internationalen Beziehungen	545	545	0602.660 (2)
	Erhaltung und Wiederaufbau von Kulturbauten mit besonderer nationaler Bedeutung (Zuschüsse)	800	800	0602.660 (6)
	Kunstinstitute in Rom und Olevano	200	200	0602.970
	Naturschutzparke und Landschaftspflege	2 000	2 000	1002.604
	Erhaltung und Auswertung des kulturellen Heimaterbes der Heimatvertriebenen und zur Förderung der kulturellen Bestrebungen der Flüchtlinge (Zuschüsse)	1 500	1 100	2602.601
	Betreuung heimatloser Ausländer	1 300	1 000	2602.603
	Kulturelle Maßnahmen im Zonenrandgebiet	4 000	4 000	2702.602 b
	Kulturpolitische Maßnahmen gesamtdeutschen Charakters in Berlin	12 050	21 050	2702.607
	Beiträge zu den Kosten der kulturellen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften	1 000	1 000	6006.626
	Summe K 4	38 929	49 314	

[1]) Durch Nachtragshaushalt um 740 000 DM gekürzt;
[2]) dgl. um 345 000 DM erhöht.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
K 5	**Kirchliche Angelegenheiten**			
	Versorgung der heimatvertriebenen Seelsorger, Kirchenbeamten, Kirchenangestellten sowie ihrer Hinterbliebenen, Zuschuß an die evangelische und katholische Kirche sowie an Freikirchen	11 500	10 170	0602.605
	Dotationen des Bundes für die derzeitigen bischöflichen Verwaltungen der ostdeutschen Diözesen jenseits der Oder und Neiße	800	600	0602.606
	Deutscher Katholikentag in Hannover (Zuschuß)	-	400	(0602.983)
	Evangelischer Kirchentag in Dortmund	600		0602.982
	Summe K 5	12 900	11 170	
	Summe K	72 720	76 276	
L	**Soziale Sicherung**			
L 1	**Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung**			
11	**Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht**			
	Arbeitsring für Lärmbekämpfung		25	(1102.604 a)
	Kommission Reinhaltung der Luft	175	175	1102.604
	Beiträge an deutsche und internationale Arbeitsorganisationen	2 485	1 983	1102.675
	Unfallverhütung und Gewerbehygiene (Bundesinstitut)	538	499	1104
	Summe L 11	3 198	2 682	
12	**Arbeitsbeschaffung**			
	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Grund- und verstärkte Förderung)			
	Darlehen	3 010	6 010	1111.580 a, 581 a
	Zuschüsse	10 990	12 240	1111.580 b
	Darlehen für Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme für Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe und für Heimkehrer	404	705	1111.535, 536
	Summe L 12	14 404	18 955	
15	**Europäischer Sozialfonds**			
	Beitrag zum Europäischen Sozialfonds	37 155	12 800	6006.621
19	**Einzelne Leistungen**			
	Berufliches Förderungsprogramm für die unselbständige Mittelschicht	10 000	10 000	1102.570, (571)
	Zinsverbilligung für Darlehen zur Existenzgründung	800	800	(1102.660)
	Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin	6 000	5 000	1102.970
	Soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie	48 580	56 000	6002.955
	Summe L 19	65 380	71 800	
	Summe L 1	120 137	106 237	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
L 2	**Versicherungswesen**			
21	**Versicherungsaufsicht**			
	Bundesversicherungsamt	2 392	2 440	1106
22	**Sozialversicherung**			
	Rentenversicherung			
	Zuschüsse des Bundes auf Grund der Rentenversicherungsneuregelungsgesetze	4 967 246	4 591 993	1113.600
	Kosten der Nachversicherung gemäß Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz	1 000	2 000	1113.607
	Erstattung der Mindestzuschläge an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	195 300	217 000	1113.612
	Zusammen	5 163 546	4 810 993	
	Knappschaftsversicherung			
	Zuschuß des Bundes an die knappschaftliche Rentenversicherung auf Grund des Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes	1 628 000	1 483 800	1113.602
	Zuschüsse an die Knappschafts-Krankenversicherung	34 600	37 000	1113.603
	Zuschüsse an die hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung im Saarland	3 000	4 000	1113.613
	Zusammen	1 665 600	1 524 800	
	Unfallversicherung (Bund als Versicherungsträger)			
	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	2 039	1 987	1103
	Erstattung des Mehraufwandes der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung an Verfolgte des Nationalsozialismus	12	12	1113.604
	Fremdrenten	23 700	22 000	1113.605
	Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für Bundesbetriebe, der BAfAVuAV, die Arbeitslosen sowie für sonstige Betriebe, für die der Bund Träger der UV ist	26 200	25 000	1113.609
	Zusammen	51 951	48 999	
	Krankenversicherung			
	Erstattung der Leistungen auf Grund des Mutterschutzgesetzes	125 000	115 000	1113.610
	Kindergeld			
	Leistungen nach den Kindergeldgesetzen	424 000	528 000	1112
	Sonstige Leistungen			
	Altershilfe für Landwirte	92 000	100 000	1002.608
	Errichtung von Rehabilitationszentren für die Spezialbehandlung bestimmter Verletzten- und Krankheitsgruppen (Darlehen und Zuschüsse)	5 000	5 000	1102.580
	Erstattungen der Aufwendungen der Heimkehrer-Krankenhilfe	600	1 200	1113.606
	Erstattung der Fürsorgeleistungen saarländischer Versicherungsträger an Versicherte im Zusammenhang mit einer versicherungspflichtigen Beschäftigung außerhalb des Saarlandes	15 400	19 000	1113.615
	Leistungen des Bundes auf Ansprüche der Rentenversicherungsträger für die Zeit vor dem Inkrafttreten der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze	483	5 000	1113.622
	Zahlungen gemäß Fremd- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz	2 000	—	6004.142
	Zusammen	113 483	130 200	
	Summe L 22	7 545 580	7 160 432	
29	**Einzelne Leistungen**			
	Zusätzliche Versicherung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	900	900	6002.322
	Summe L 2	7 548 872	7 161 332	

Kenn-ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
L 3	**Sozialhilfe**			
31	**Arbeitslosenhilfe**			
	Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe	37 536	50 000	1111.300
	Förderung der Arbeitsaufnahme, Berufsbildungsmaßnahmen (Zuschüsse)	2 500	3 500	1111.301
	Unterstützung und Berufsfürsorge für Heimkehrer	610	1 030	1111.302
	Durchführung der Arbeitslosenhilfe (Verwaltungskostenpauschale an BAfAVuAV)	2 740	3 638	1111.303
	Zuschüsse zur Arbeits- und Berufsförderung für geistig und körperlich behinderte Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe	360	300	1111.305
	Summe L 31	43 746	58 468	
32	**Allgemeine Fürsorge — Kriegsfolgenhilfe**			
	Unterstützungen und Beihilfen für Deutsche im Ausland	300	300	0502.305
	Individuelle Fürsorge (Pauschale)	242 441	258 007	0636.300
	Individuelle Fürsorge für Zugewanderte aus der sowj. Besatzungszone und der Stadt Berlin	45 000	50 000	0636.305
	Fürsorge der Flüchtlinge aus Ungarn	250	300	0636.308
	Soziale Fürsorge und Darlehen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene	165 000	170 000	0636.306, 531
	Kosten der Kriegsfolgenhilfe aus der Zeit vor dem 1. April 1955	800	1 000	0636.960
	Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz	7 000	7 000	1110.306
	Tuberkulosehilfe			
	Zuschuß an die Rentenversicherung	30 000	25 000	1113.608
	Zuschuß an Landesfürsorgeverbände	20 000	18 000	0602.677 a (1)
	Kosten der Rückführung von Deutschen	5 900	6 000	2602.311
	Einrichtungshilfe für Deutsche aus der Sowjetzone	94 300	70 000	2602.607
	Härteausgleich bei Vergewaltigungen	4 500	4 500	6004.302
	Beihilfen an Vertriebene im Ausland	6 500	6 500	6004.320
	Summe L 36	621 991	616 607	
33	**Allgemeine Fürsorge / Einrichtungen**			
	Marburger Blindenstudienanstalt und andere Einrichtungen der Blinden-, Schwerbeschädigten- und Körperbehindertenfürsorge	550	430	0602.667 b (6)
	Grenzdurchgangs- und Notaufnahmelager (Pauschale)	25 993	26 245	0636.301
	Sonstige Durchgangs- und Wohnlager (Pauschale)	83 635	85 827	0636.302
	Notaufnahmeverfahren (Dienststellen)	4 693	5 333	2603
	Summe L 33	114 811	117 835	
34	**Jugendhilfe**			
	Förderung der überregionalen Tätigkeit der Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e. V. (Zuschuß)	11	13	0701.602
	Jugendhilfe im Rahmen des Bundesjugendplanes:			
	Jugendfürsorge und -schutz, Wohnheime	8 020	7 090	2901.571 a (aus a)
	Ausbildungsbeihilfen an jugendliche Zuwanderer	9 000	9 000	2901.571 c
	Summe L 34	17 031	16 103	
36	**Förderung der freien Wohlfahrtspflege**			
	Internationales Rotes Kreuz	50	—	0502.666
	Weltkinderhilfswerk UNICEF (Beitrag)	6 000	5 500	0502.668
	Unterstützung und Förderung der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes (Zuschuß)	270	270	(1502.603)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
	Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Darlehen	12 000	12 000	0602.570
	Transportkosten für Liebesgabensendungen	200	1 000	0602.677 a (3)
	Zuschüsse an in Deutschland tätige ausländische Wohlfahrtsorganisationen	50	75	0602.677 a (4)
	Summe L 36	18 570	18 845	
39	**Allgemeine soziale Aufgaben**			
	Deutsche Seemannsheime im Ausland	355	375	0502.313
	Förderung deutscher Hilfsvereine im Ausland	350	350	0502.314
	Beitrag zum Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen	1 200	1 500	0502.674 a
	Förderung des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen für arabische Flüchtlinge aus Palästina	2 500	2 500	0502.674 b
	Zuschuß zu den Aufwendungen für die Unterstützung hilfsbedürftiger Deutscher im Ausland	2 800	2 800	0602.677 a (2)
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet der Fürsorge	30 235	29 785	0602.677 b (1, 2, 4, 5)
	Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Bundesdienststelle, Nürnberg)	1 022	948	0633
	Gesellschaft für sozialen Fortschritt, Bonn	9	9	1109.601
	Förderung von Flüchtlingsorganisationen	480	480	2702.601
	Betreuung von Besuchern aus der Sowjetzone, Förderung des Interzonenreiseverkehrs	1 000	1 000	2702.603
	Besondere Hilfsmaßnahmen gesamtdeutschen Charakters	36 250	36 250	2702.606
	Zuschüsse an Familienorganisationen	157	148	2901.660, 675
	Zuschuß für Familienferienheime	3 000	3 000	2901.661
	Ehe- und Elternberatung	75	75	2901.662
	Zuschüsse zu den Sozialwerken der Bundesverwaltung	1 000	1 000	6002.610
	Summe L 39	80 433	80 230	
	Summe L 3	896 582	908 088	
L 4	**Lastenausgleich**			
41	**Verwaltung**			
	Bundesausgleichsamt	3 197	3 146	2605
	Vom Bund zu leistende Verwaltungskosten	199 791	200 255	6004.603, 604
42	**Leistungen**			
	Zuschuß an den Ausgleichsfonds	261 200	265 233	6004.600
	Verstärkung des Härtefonds	100 000	100 000	6004.601
	Summe L 4	564 188	568 634	
L 5	**Kriegsopferversorgung**			
51	**Verwaltung**			
	Versorgungsbauten			(1110.761)
52	**Leistungen**			
	Versorgungsbezüge	3 611 080	3 750 642	1110.300
	Einmalige Unterstützungen	7 000	7 600	1110.302
	Heilbehandlung	275 900	271 107	1110.303, 304, (761)
59	**Fachliche Fortbildung, Vereine u. a.**			
	Zuschüsse an Anstalten und Einrichtungen	670	595	1102.650
	Fachliche Fortbildung im Versorgungswesen (Zuschüsse)	—	350	(1110.652, 653)
	Summe L 5	3 894 650	4 030 294	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1000 DM —		
L 6	**Sonstige soziale Kriegsfolgeleistungen**			
61	**Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen**	1 400	1 600	1110.305
62	**Leistungen an ehemalige Kriegsgefangene und politische Häftlinge**			
	Entschädigungen an ehemalige Kriegsgefangene	68 000	18 000	2602.307
	Eingliederungshilfen an ehemalige politische Häftlinge	10 000	20 000	2602.308
	Existenzaufbau, Beschaffung von Wohnraum (Darlehen)	15 000	20 000	2602.530
	Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat	1 500	3 000	2602.605
	Fahrpreisermäßigung für Spätheimkehrer (Zuschuß an Bundesbahn)	35	65	2602.606
	Summe L 62	49 535	61 065	
63	**Versorgung der verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes**	1 276 405	1 307 985	3307
64	**Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht**	7050 74	799 725	3308
65	**Umsiedlung und Auswanderung**			
	Repatriierung von Angehörigen der Ostblockstaaten, soweit der Bund die Kosten zu tragen hat	2	2	0502.315
	Auswanderung von Kriegsfolgehilfeempfängern (Pauschale)	1 930	1 384	0636.303
	Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung/ICEM	2 862	3 906	0636.675
	Rückführung von Evakuierten	755	868	2602.309, 310
	Umsiedlung von Heimatvertriebenen (Pauschale)	9 938	11 013	2602.312
	Summe L 65	15 487	17 173	
66	**Betriebliche Altersfürsorge**			
	Zuschuß zum Ausgleich von Härten	1 800	2 000	1102.600
	Pensionskasse Eisen- und Straßenbahnen (Zuschuß)	24 000	24 000	6004.641
69	**Übrige soziale Kriegsfolgeleistungen**			
	Maßnahmen für im ausländischen Gewahrsam befindliche Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene, Internierte und deren Angehörige	7 005	7 009	2602.301, 303, 304
	Unterstützungen für ehemalige Gefangene und Aussiedler	1 800	1 800	2602.305
	Härteausgleich für Personen, die von der Besatzungsmacht aus dem Saarland ausgewiesen worden sind	—	2 500	(6004.960)
	Summe L 69	8 805	11 309	
	Summe L 6	2 127 506	2 224 857	
	Summe L	15 151 935	14 999 442	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (siehe A 3)	(12 910)	(13 234)	1101/1102.603
	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (siehe A 3)	(5 139)	(5 024)	2601.100—299, 2602.300

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
M	**Gesundheit, Sport und Jugendpflege**			
M 1	**Gesundheit**			
19	**Einzelne Förderungsmaßnahmen**			
	Darlehen zur Deckung des Nachholbedarfs freier gemeinnütziger Krankenanstalten	25 000	25 000	1502.571
	Volksgesundheitliche Bestrebungen, Bekämpfung menschlicher Krankheiten, Bekämpfung der Suchtgefahren	1 429	1 336	1502.668
	Blutspendewesen (Zuschüsse)	600	600	1502.669
	Einrichtung und Unterhaltung einer medizinischen Dokumentationsstelle (Zuschuß)	90	90	1502.670
	Erfahrungsaustausch über gemeingefährliche und übertragbare Krankheiten	140	110	1502.671
	Zuschuß an Weltgesundheitsorganisation als Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Ausrottung der Malaria	250	250	1502.675 b
	Heime des Müttergenesungswerkes (Zuschuß)	3 000	3 000	0602.677 b (3)
	Internationale Ärztekongresse	—	167	(0602.981, 982)
	Gesundheitsstatistischer Atlas	150	50	1502.600
	Fachkliniken für »Contergan«-Fälle	1 650	400[1]	1502.962 b
	Medizinische Sondereinrichtungen	1 660	—	1502.610
	Entwicklung von Strahlenschutzmaßnahmen	47 00	5 000	3102.630
	Beiträge:			
	Europäischer Rat für den Codex alimentarius	60	—	1502.675 d
	Weltgesundheitsorganisation	6 566	4 798	1502.675 a
	Kosten der internationalen Rauschgiftkontrolle	187	146	1502.675 c
	Zur Erfüllung von Aufgaben des internationalen Gesundheitswesens	60	40	1502.672
	Summe M 1	45 542	40 987	
M 2	**Sport und Leibesübungen**			
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports und der Leibesübungen, Spitzenfinanzierung von Turn- und Sportstätten	33 340	32 700	0602.610, 973
M 3	**Jugendpflege**			
31	**Prüfung jugendgefährdender Schriften**			
	Bundesprüfstelle	113	109	0631
	Mitarbeit der Bewertungsstelle der Vereinigten Leihbuchhändler bei der Vorprüfung von Büchern	30	30	0602.310
39	**Einzelne Maßnahmen**			
	Durchführung des Bundesjugendplanes in Berlin	3 600	3 600	2702.605
	Errichtung eines Jugendgästehauses in Berlin	—	881	(2702.711, 870)
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet der Jugendpflege im Rahmen des Bundesjugendplanes:			
	a) Allgemeiner Bundesjugendplan	38 510	40 060	2901.571 (aus a)
	b) Ferienerholung für Kinder und Jugendliche	4 500	4 500	2901.571 b
	Summe M 3	46 753	49 180	
	Summe M	125 635	122 867	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für das Gesundheitswesen (s. A 3)	(5 350)	(2 634)	1501

[1]) Nachtragshaushalt.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
N	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**			
N 1	**Ernährung und Landwirtschaft**			
11	**Allgemeine Förderungsmaßnahmen**			
	(Förderungszuschüsse/Darlehen)			
	Allgemeine Förderungsmaßnahmen	90	100	1002.600
	Förderung der Landtechnik und des landwirtschaftlichen Bauwesens	4 430	3 225	1002.601 (A I, 2—4)
	Förderung des Weinbaues (einschl. Grüner Plan)	3 900	3 900	1002.607
	Förderung der bäuerlichen Hauswirtschaft (Grüner Plan)	50 000	50 000	1002.610
	Förderung des Gemüse-, Obst-Gartenbaues usw. (Grüner Plan)	17 500	17 500	1002.612
	Bekämpfung der pflanzlichen und tierischen Schädlinge	1 670	1 730	1002.614
	Förderung des Einsatzes von Maschinen und technischen Anlagen (Grüner Plan)	20 300	22 300	1002.618 a u. b (6)
	Einmalige Sondermaßnahme zur Verbesserung der Lage bäuerlicher Familienbetriebe			
	a) Darlehen	—	—	(1002.980 b)
	b) Zuschüsse	—	—	(1002.980 a)
	Förderung von Qualität und Absatz landwirtschaftl. Erzeugnisse (Grüner Plan)	28 000	39 900	1002.629
	Förderung der Milchwirtschaft (Grüner Plan)			
	a) Förderung von Qualität und Absatz	36 000	33 000	1002.630 a
	b) Schulmilchspeisungen	10 000	10 000	1002.630 b
	Kosten der Stillegung von Mühlen	11 850	11 000	1002.668, 669
	Beihilfen für Verluste bei tuberkulösem Schlachtvieh	—	2 000	(1002.952)
	Förderung des Absatzes von Zigarrengut		3 350	(1002.953)
	Erstattung der für bestimmte Niederungsgebiete zu erlassenden Lastenausgleichsabgaben an den LAF (Grüner Plan)	14 000	14 000	1002.963
	Maßnahmen zur Milderung der Ernte-, Frost- und Hochwasserschäden	240	460	1002.970
	Vorsorgemaßnahmen für die Berliner Bevölkerung	28 000	62 000[1]	6005.530
	Summe N 11	225 980	274 465	
	Hinweis:			
	Förderung agrarsoziologischer und agrarsozialer Maßnahmen (siehe J 3)	(271)	(271)	1002.601
12	**Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft**			
	Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft	5 366	5 007	1007
	Bundesamt für Sortenschutz	2 652	2 468	1008
14	**Vorratshaltung**	317 858	386 242	1003.620
16	**Förderungsmaßnahmen für westliche Grenzgebiete**			
	Maßnahmen auf Grund der Verträge mit Belgien, Luxemburg und den Niederlanden	1 000	3 775	6004.950

[1]) Durch Nachtragshaushalt um 25 Mill. DM erhöht.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
17	**Gutsbezirke und Domänen (Zuschüsse)** (siehe unter V 32)			
18	**Subventionen**			
	Förderung des Saatgutwesens (Vermehrungsanbau von Saatgut)	2 772	2 772	1002.609
	Einkaufsbeihilfen für landwirtschaftliche Maschinen an gewerblich-landwirtschaftliche Lohnunternehmen (Grüner Plan)	14 700	14 700	1002.618 b (a)
	Durchführung eines übergebietlichen Ausgleichs in der Milchwirtschaft (gedeckt aus den Abgaben des Milch- und Fettgesetzes)	30 000	30 000	1002.631
	Aufrechterhaltung eines angemessenen Preisstandes für angelieferte Milch (gedeckt aus Abgaben)	4 000	4 000	1002.665
	Zinsverbilligung zur Förderung agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen (Grüner Plan)	255 150	225 500	1002.673 a, b, d, e (1)
	Zinsverbilligungszuschüsse für Konsolidierung umschuldungsbedürftiger, kurzfristiger Verbindlichkeiten (Grüner Plan)	1 000	1 500	1002.673 c
	Betriebsbeihilfen zur Verbilligung von Dieselkraftstoff			
	a) nach dem Verkehrsfinanzgesetz vom 6. April 1955	195 195	180 180	1002.679 a
	b) nach dem Grünen Plan	123 500	114 000	1002.679 b
	Preisausgleich für eingeführtes Getreide und Zucker		30 000	(1002.951)
	Ausgleichsbeträge zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft	300	90 000	1002.958
	Erhöhung des Auszahlungspreises für Qualitätsmilch (Grüner Plan)	600 000	585 000	1002.961
	Verbilligung der Handelsdüngeranwendung (Grüner Plan)	80 000	185 000	1002.962
	Ausgleichsbeträge für eingeführtes Getreide	85 750	—	1003.622
	Erstattung bei der Ausfuhr landwirtschaftl. Erzeugnisse	59 600	—	1003.623
	Frachthilfe für Getreidetransporte	25 800	—	1003.624
	Summe N 18	1 477 767	1 462 652	
19	**Maschinenprüfung, Fachausbildung, Organisationen u. a.**			
	Ausbildungswesen			
	Landjugendakademie (Zuschuß)	32	32	1002.601 (B 4)
	Berufs- und Fachausbildung auf dem Lande (Zuschüsse)	25 600	26 500	1002.603
	Verbraucherberatung, Absatzförderung			
	Land- und Hauswirtschaftlicher Informationsdienst	1 800	1 800	1002.601 (A I- 1)
	Verbraucherberatung, Ernährungsaufklärung, Absatzförderung	3 261	3 250	1002.650
	Beiträge an internationale Organisationen (Weizenrat, Zuckerrat, Kommission der Ernährungsindustrie, Weinamt, Milchwirtschaftsverband, Vereinigung für Samenkontrolle, Europ. Pflanzenschutzorganisation, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO), Vereinigung für hauswirtschaftlichen Unterricht)	4 646	3 154	1002.675 (1—3, 5, 8, 9, 11, 14, 17, 18)
	Sonstiges			
	Herausgabe von Veröffentlichungen	100	98	1001.301
	Kosten der deutschen Verbindungsstelle zur FAO	86	86	1001.305
	Marktberichterstattung	243	243	1002.601 (B 7)
	Erhebungen auf dem Gebiet der Land- und Ernährungswirtschaft (Feststellungen zur Ertragslage, Berichterstatterdienst)	3 150	3 000	1002.670
	Summe N 19	38 918	38 163	
	Summe N 1	2 069 541	2 172 772	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
N 2	**Tierzucht**			
21	**Allgemeine Förderung der Tierzucht und Tiergesundheit** (ohne Pferdezucht)			
	Tierseuchenberichterstattung	19	19	1001.302
	Tierseuchenbekämpfung	2 950	14 000	1002.615
22	**Pferdezucht**			
	Förderung der Zucht des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung (Zuschüsse)	98	98	1002.601 (B 6), 613
29	**Beiträge und Zuschüsse**			
	an den Deutschen Tierschutzbund	40	40	1002.601 (B 5)
	zum Internationalen Tierseuchenamt	21	22	1002.675 (4)
	zur Europäischen Vereinigung für Tierzucht, Rom, und zur Internationalen tierärztlichen Föderation für Tierzucht, Paris	5	5	1002.675 (10, 15)
	Summe N 2	3 133	14 184	
N 3	**Forsten**			
31	**Förderung der Forst- und Holzwirtschaft**	222	173	1002.601 (A III (3), B 11)
37	**Staatsforsten** (siehe unter V 31)			
N 4	**Jagd und Fischerei**			
41	**Allgemeine Förderung der Fischerei**			
	Förderung der Fischerei			
	Darlehen	17 350	9 000	1002.585 a
	Zuschüsse	29 200	32 154	1002.585 b 1 (b u. c) 2, 3
47	**Fischereischutzboote**			
	Betrieb der Fischereischutzboote	1 913	1 868	1001.400
48	**Subventionen**			
	Zur Verbilligung von Kapitalmarktmitteln für die Hochseefischerei	1 680	1 680	1002.673 e (2)
	Marktstützung und Förderung des Fischabsatzes (gedeckt aus Abgaben gemäß Fischgesetz vom 31. August 1955)	700	700	1002.677
	Betriebsbeihilfen für die Fischerei zur Verbilligung von Dieselkraftstoff	3 700	3 700	1002.585 b (4)
49	**Jagd- und Fischereikosten u. a.**			
	Beiträge zum Internationalen Jagdrat, zur Internationalen Überfischungskonvention und zur Nordwestatlantischen Fischereikonvention	20	22	1002.675 (7, 12, 16)
	Summe N 4	54 563	49 124	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
N 5	**Ländliches Siedlungswesen**			
51	**Förderung der ländlichen Siedlung**			
	Darlehen	322 300	267 600	A 1002.571 a
	Zuschüsse	118 900	99 800	1002.571 b
	Seßhaftmachung von verheirateten Landarbeitern (Grüner Plan)	25 000	25 000	1002.965
	Ablösung von Flüchtlingssiedlungskrediten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms 1949/50	150	150	6002.550
	Summe N 5	466 350	392 550	
N 6	**Agrarstrukturelle Maßnahmen, Flurbereinigung**			
61	**Umlegung, Erschließungsprogramme**			
	Förderung der Umlegung			
	Darlehen	—	—	(1002.572 a)
	Zuschüsse	—	—	(1002.572 b)
	Grüner Plan	225 000	195 000	1002.572 b
	Aufstockung und Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe, agrarstrukturelle Maßnahmen (Grüner Plan)			
	Darlehen	270 000	200 000	1002.573/A 1002.573
	Zuschüsse	256 000	205 000	1002.573 b
	Ausbau der Wirtschaftswege (Grüner Plan)	80 000	80 000	1002.574
	Durchführung eines landwirtschaftlichen Erschließungsprogramms im Landesteil Schleswig (Nordprogramm)			
	Darlehen	—	—	(1002.579 a)
	Zuschüsse	31 000	28 000	1002.579 b
	Summe N 6	862 000	708 000	
	Summe N	3 455 809	3 336 803	
	Hinweis: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (siehe A 3)	(15 353)	(15 377)	1001.100—299, 710—870
O	**Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung**			
O 1	**Allgemeine wasserwirtschaftliche Maßnahmen**			
	Wasserwirtschaftliche und landeskulturelle Maßnahmen			
	Darlehen	35 000	35 000	A 1002.575 a
	Zuschüsse	118 200	118 600	1002.575 b 1
	Finanzhilfe für wasserwirtschaftliche Großbauten in Rheinland-Pfalz	3 000	3 000	6002.574
	Summe O 1	156 200	156 600	
O 2	**Erschließung des Emslandes**			
	Darlehen	—	1 000	(1002.570 a)
	Zuschüsse	35 000	35 000	1002.616
	Summe O 2	35 000	36 000	
O 6	**Talsperren**		—	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
O 7	**Wasserversorgung**			
71	**Ländliche Wasserversorgung, Kanalisation, Abwässerbeseitigung und -verwertung** (Grüner Plan)			
	Darlehen	—	—	(1002.576 a)
	Zuschüsse	50 000	50 000	1002.576 b
	Summe O 7	50 000	50 000	
O 8	**Küstenschutz, Dünenwesen**			
	Grundinstandsetzung der Dünenschutzwerke auf Borkum	—		
	Förderung besonderer Vorhaben auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und Landeskultur im Küstengebiet		—	(A 1203.763)
	(Zuschüsse)	100 000		
	Ausbau von Deichanlagen	1 291	100 000	1002.619
			475	2403.734, 744
	Summe O 8	101 291	100 475	
O 9	**Sonstige Aufgaben**			
	Beitrag zur internationalen Kommission für Be- und Entwässerung	2	2	1002.675 (13)
	Aufklärungsschriften zur Bekämpfung der Ölverschmutzung der deutschen Küste	2	2	1202.300 e
	Förderung der Ausbildung von Fachkräften	30	30	1502.651
	Beiträge an Vereine und Gesellschaften	34	35	1502.675 e
	Wasserkongress Berlin (Zuschuß)	590	—	1502.960
	Summe O 9	658	69	
	Summe O	343 149	343 144	
P	**Wirtschaft**			
P 1	**Allgemeine Förderung**			
12	**Notstands- und Grenzgebiete, wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen im Inland**			
	Regionale Hilfsmaßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft			
	Darlehen	87 000	87 000	6002.571 a
	Zuschüsse	55 000	55 000	6002.571 b
	Zuschuß für die Übergangshilfe zur Förderung des Absatzes saarländischer Erzeugnisse	4 000	38 000[1]	6002.601
	Summe P 12	146 000	180 000	
16	**Wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen im Ausland**			
	Unterrichtung der Öffentlichkeit über Entwicklungshilfe	6 000	3 000	2302.332
	Entwicklungshilfe aus Anleihe bei der Deutschen Wirtschaft	—	—	(A 6007.570)
	Förderung von Entwicklungsländern	786 200	340 000	2302.300, 301/A 2302.570
	Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer	8 068	6 115	2302.600
	Entwicklungsgesellschaft	25 000	25 000	2302.571
	Beitrag zum Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder	—	308 000	(6006.622)
	Beteiligung am Grundkapital der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA)	40 739	40 779	A 6004.893
	Lieferung von Ernährungsgütern in Sonderfällen	25 000	—	2302.572
	Reisekosten für ausländische Besucher	2 000	—	2302.601
	Vorhaben der Kirchen in Entwicklungsländern	54 000	—	2302.610
	Indusbecken-Entwicklungsfonds	17 926	—	2302.640
	Sonderfonds der Vereinten Nationen	30 000	—	2302.641
	Summe P 16	994 933	722 894	

[1]) Durch Nachtragshaushalt um 13 Mill. DM erhöht.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
19	**Europäische Zusammenarbeit u. ä.**			
	Erhaltung des deutschen Auslandsvermögens	80	100	0501.964
	Beitrag an die Europäische Wirtschaftskommission (ECE)	700	560	0502.615
	Für Informationen über ausländische Wirtschaftsgesetze	110	90	0901.301
	Maßnahmen im Rahmen der amerikanischen Wirtschaftshilfe und der europäischen Zusammenarbeit (Veröffentlichungen, Erfahrungsaustausch, Einfuhrkontrolle)	530	620	0901.306—308
	Kosten des deutschen Mitgliedes des Direktoriums des Europäischen Währungs-Abkommens	—	47	(0901.309)
	Auslagen der deutschen Vertreter in internationalen Organisationen	33	14	0902.307
	Veröffentlichungsverpflichtungen im Rahmen der amerikanischen Wirtschaftshilfe und Aufklärung über die Privatisierung des Bundesvermögens	400	400	2402.300
	Betreuung von Delegationen und Besuchergruppen	80	80	2302.330
	Beobachtung der Wirkung der deutschen Entwicklungshilfe	2 000	2 000	2302.331
	Beitrag zum Verwaltungshaushalt der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	36 000	32 498	6006.620
	Beitrag zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD)	8 190	4 078	6006.625
	Beitrag zum Europäischen Ausrichtungs- u. Garantiefonds	60 000	—	6006.630
	Zinsvergütung für Darlehen an Griechenland	360	—	6006.632
	Summe P 19	108 483	40 487	
	Summe P 1	1249 416	943 381	
P 2	**Bergbau**			
21	**Aufschlußarbeiten, Uranabbau u. a.**			
	Untersuchungs- und Aufschlußarbeiten im Eisenerzbergbau (Zuschuß)	—	450	(0902.611)
	Förderung des Abbaues und der Aufbereitung von Uranvorkommen (siehe auch J 34)	520	1 320	3102.611
28	**Subventionen**			
	Förderung der Rationalisierung und der Wettbewerbsfähigkeit	88 500	78 500[1])	6002.954, 956
	Frachthilfe für die Beförderung von Steinkohlen und energiepolitische Maßnahmen	98 000	94 000	6002.957
29	**Einzelne Förderungsmaßnahmen**			
	Zeitschrift für Bergrecht und Bergwesen (Kostenzuschuß)	15	15	0901.302
	Energiepolitische Maßnahmen	20 000	10 000	6002.960
	Summe P 2	207 035	184 285	
P 3	**Elektrizitätsversorgung**			
	Verstärkung der elektrischen Stromversorgung und Durchführung der Restelektrifizierung (Grüner Plan)			
	Darlehen	—	—	(1002.577 a)
	Zuschüsse	5 000	5 000	1002.617
	Summe P 3	5 000	5 000	
P 4	**Gasversorgung**	—	—	
P 5	**Atomkraft**			
	Zuschüsse für Patentanmeldungen im öffentlichen Interesse	9	9	3102.608
	Förderung der Entwicklung der Atomtechnik	14 000	12 700	3102.610
	Atomtechnik und Strahlennutzung	7 700	4 500	3102.620

[1]) Nachtragshaushalt.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
noch: P 5				
	Berufliche Fortbildung auf dem Gebiete des Strahlenschutzes	30	150	3102.631
	Zuschuß an die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt, Hamburg	8 390	6 954	3102.644, 963
	Beiträge an deutsche Vereine und die internationale Atomenergieorganisation	1 860	1 555	3102.675, 677
	Kernforschungszentrum Karlsruhe (Investitionszuschuß)	39 400	28 000	3102.960 c
	Förderung der Projektierung und Errichtung von Versuchsreaktoren	39 700	32 560	3102.970
	Förderung von Versuchsanlagen für die Atom- und Isotopentechnik	200	620	3102.975
	Beteiligung an der Atomausstellung in Genf	88	88	3102.980
	Beitrag zum Verwaltungshaushalt der Europäischen Atomgemeinschaft	12 000	11 247	6006.623
	Einzahlung aus dem Kapitalanteil bei der EUROCHEMIC	1 960	2 940	A 6006.892
	Summe P 5	125 337	101 321	
P 6	**Gewerbe und Handel**			
62	**Einrichtungen zur Gewerbeförderung**			
	Patentwesen (Deutsches Patentamt)	33 960	32 782	0705
	Durchführung von Rechtsvorschriften für die gewerbliche Wirtschaft (Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft)	7 635	10 454	0905
	Außenhandelsinformation (Bundesstelle für —)	3 715	3 586	0906
	Kartellwesen (Kartellamt)	3 353	3 318	0908
	Institut für chemisch-technische Untersuchungen	1 179	1 814	0911
	Summe P 62	49 842	51 954	
63	**Handwerk und Kleingewerbe**			
	Getränkeschankanlagen (Prüfstelle für —)	25	25	0902.306
	Förderung des Handwerks	4 350	4 650	0902.601 (2—7)
64	**Handel, Export und einzelne Gewerbezweige**			
	Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland	1 810	1 710	0902.606
	Förderung des Handels, Hotel- und Gaststättengewerbes	1 800	1 800	0902.610
	Förderung des Fremdenverkehrs in Deutschland	6 000	6 000	1202.601
	Darlehen zum Bau von Handelsschiffen	47 000	47 000	A 1202.599
65	**Bürgschaften**			
	Inanspruchnahme au s Bürgschafts-, Gewähr- oder anderen ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen (einschl. der anfallenden Kosten)	100 000	100 000[1])	3208.525
68	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für versteuertes Gasöl an gewerbliche und sonstige Betriebe der Wirtschaft	27 900	23 400	0902.679
	Zinsverbilligung bei der Umschuldung von Krediten von Flüchtlingsbetrieben	850	600	0902.954
	Zinsverbilligung bei der Umschuldung von Krediten von Kriegssachgeschädigten-Betrieben	350	250	0902.957
	Betriebsbeihilfen für die Hochsee-, Küsten- und Binnenschiffahrt zur Verbilligung von Dieselkraftstoff	—	8 900	(1202.679 a)
	Zinszuschüsse für private Darlehen zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte	38 000	39 500	1202.950, 951
	Summe P 68	67 100	72 650	

[1]) Durch Nachtragshaushalt um 100 Mill. DM gekürzt.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
69	**Sonstige Maßnahmen**			
	Messen			
	Förderung des deutschen Messewesens	140	162	0902.603
	Beteiligung an ausländischen Messen (Kostenbeitrag)	10 500	12 000	0902.602
	Ausstellungen, Messen und Ausfuhrwerbung	6 000	6 000	1002.652
	Beiträge an			
	West-Ost-Handelssekretariat	5	5	0502.679
	Internationale Organisationen	842	733	0902.675
	Beschaffung wirtschaftlichen Materials zu Außenhandelszwecken	330	330	0502.300
	Betriebsprüfungen im Auftrage Dritter (Ausgaben für —)	25	25	0901.300
	Berufungskammer in Börsengerichtssachen	2	2	0901.303
	Verbraucherberatung	500	500	0902.615
	An Frauenverbände für hauswirtschaftliche Beratung	90	90	0902.608
	Internat. Ingenieurkongreß und internat. Kältekongreß 1963 in München (Zuschuß)	120	50	0902.961, 962
	Beihilfen im norddeutschen Küstengebiet aus Anlaß der Flutkatastrophe vom 16./17. Februar 1962	118 000	100 000[1])	6002.575
	Zinsendienst für hochwassergeschädigte Betriebe	—	18 369	(6002.958)
	Summe P 69	136 554	138 266	
	Summe P 6	414 481	424 055	
P 7	**Bank- und Versicherungswesen**			
72	**Einrichtungen für das Bank- und Versicherungswesen**			
	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	1 550	1 681	0910
	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen	4 504	4 648	0904
77	**Unternehmen**			
	Aufstockung des Grundkapitals der Deutschen Landesrentenbank	—	—	(A 6002.890)
79	**Sonstige Maßnahmen**			
	Deutsch-Schweizerische Vertrauensstelle für Goldhypotheken (Kostenanteil des Bundes)	10	10	0901.304
	Abwicklung von Ansprüchen aus Hinterlegungen bei Berliner Hinterlegungsstellen	10	20	0902.955
	Summe P 7	6 074	6 359	
P 8	**Münzwesen**			
	Prägekosten, Materialbeschaffungskosten, Unterhaltung des Münzumlaufs, Bekämpfung der Falschmünzerei	20 000	20 000	6002.396
	Summe P	2 027 343	1 684 401	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Wirtschaft (siehe A 3)	(32 716)	(32 945)	0901.100—299, 712—870
	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (s. A 3)	(4 729)	(3 797)	2301
Q	**Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen**	—	—	

[1]) Nachtragshaushalt.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
	Verkehr			
R 1	**Allgemeine Verkehrsmaßnahmen**			
11	**Sicherung des Güterverkehrs mit Berlin**	10 000	11 000	2702.604
19	**Verkehrsrat, Selbstkostenausschuß**			
	Leistungs- und Kostenermittlung sowie verkehrs- und tarifpolitische Untersuchungen	271	300	1202.600 A u. B
	Förderung allgemein wirtschaftlicher Zwecke auf allen Fachgebieten der Verkehrsverwaltung	245	270	1202.600 (teilw.)
	Summe R 1	10 516	11 570	
R 2	**Straßenwesen**			
22	**Besondere Einrichtungen**			
	Kraftfahrt-Bundesamt	16 608	14 550	1212 (ohne 303)
	Bundesanstalt für Straßenbau	2 672	4 071	1211, 1210.310 (1900)
23	**Bundesautobahnen, Bundesstraßen**			
	Bundesautobahnen			
	Unterhaltung, einfacher Um- und Ausbau der Bundesautobahnen	64 000	65 781	1210.310 (1200—1219)
	Um-, Aus- und Neubau von Bundesautobahnen	905 155	909 972	1210.310 (1220—1264)
	Um-, Aus- und Neubau von Hochbauten an Bundesautobahnen	4 810	4 233	1210.310 (1271—1279)
	Grunderwerb, Ersatzbetriebsraumbeschaffung und Abwicklung	3 800	6 850	1210.310 (1280—1287) (ohne 1284)
	Bundesstraßen			
	Unterhaltung, einfacher Um- und Ausbau der Bundesstraßen	352 074	238 605	1210.310 (1000—1019)
	Um-, Aus- und Neubau von Bundesstraßen	626 605	505 776	1210.310 (1020—1029, 1060—1069)
	Um-, Aus- und Neubau von Hochbauten an Bundesstraßen	11 500	3 959	1210.310 (1070—1079)
	Ausbau von Ortsdurchfahrten in Gemeinden bis 50 000 Einwohnern	73 680	79 076	1210.310 (1030—1039)
	Grunderwerb und Ersatzbetriebsraumbeschaffung	19 000	21 294	1210.310 (1080—1089) (ohne 1084)
	Höhengleiche Bahnübergänge (Beseitigung, Änderung)	52 544	35 663	1210.310 (1040—1049)
	Bau von Umgehungsstraßen	198 724	142 378	1210.310 (1050—1059)
	Kosten durch Aufstufung von Landstraßen I. Ordnung	83 000	185 000	1210.310 (1091)
	Zuschüsse an fremde Baulastträger (Autobahnzubringer, Ortsdurchfahrten, Brücken)	155 000	169 500	1210.310 (1500—1529)
	Kosten für neue Kredite	—	—	1210.310 (1800—1809)
	Beteiligung an den Kosten für Planung und Bauaufsicht	50 805	43 000	1210.310 (1600—1909)
	Kürzung des Straßenbauplanes	— 272 000	— 270 000[1]	12 10.310
	Autobahnbrücke über Mittellandkanal (Beitrag)	40	80	1203.964 (teilw.)
	Summe R 23	2 322 737	2 141 167	

[1]) Davon 180 Mill. DM durch Nachtragshaushalt

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
24/25	**Landstraßen I. und II. Ordnung**	—	—	
26	**Sonstige Straßen, Brücken**			
	Beteiligung am Ausbau der Ederseerandstraße zwischen Niederwerbe und Café Seeblick	—	232	(1203.779)
	Aufwendungen für Folgemaßnahmen Dritter im Zusammenhang mit dem Bundesfernstraßenbau	11 000	18 000	1210.310 (1910—1919)
	Unterhaltung, Um- und Ausbau der Roßfeldstraße bei Berchtesgaden	500	200	1210.310 (1100—1109)
28	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfe für den Werkfernverkehr	500	1 200	1202/679 c
29	**Einzelne Maßnahmen**			
	Nürburgring GmbH (Zuschuß)	90	90	1202.608
	Internationaler Verband der Straßenkongresse	5	5	1202.675 (5)
	Veröffentlichungen, Beschaffung technischen und wissenschaftlichen Materials auf dem Gebiet des Straßenwesens	240	120	1210.310 (1410)
	Verkehrswirtschaftliche Untersuchungen	5 500	4 000	1210.310 (1700—1709)
	Motorsportliche Veranstaltungen	3	3	1212.303
	Summe R 29	5 838	4 218	
	Summe R 2	2 359 855	2 183 638	
R 3	**Schienenverkehr**			
37	**Nicht bundeseigene Eisenbahnen**			
	Darlehen nach Maßgabe des Abschn. V des Verkehrsfinanzgesetzes	7 500	10 000	1202.533
	Beitrag an Eisenbahnen für die Kosten der Unterhaltung höhengleicher Kreuzungen	700	650	1210.310 (1920—1929)
	Summe R 37	8 200	10 650	
38	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für Verkehrsbetriebe zur Verbilligung von Gasöl zum Betrieb schienengebundener Fahrzeuge	62 000	57 150	1202.679 b
39	**Einzelne Förderungsmaßnahmen**			
	Beitrag an das Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr	85	90	1202.675 (3, 4)
	Summe R 3	70 285	67 890	
	Hinweis:			
	Deutsche Bundesbahn (siehe V 11)	(1 060 093)	(1 057 591)	
R 4	**Schiffahrt**			
41	**Wasserstraßenverwaltung**	79 507	79 046	1203.100—299, 850, 960
42	**Besondere Einrichtungen**			
	Bundesanstalt für Gewässerkunde	1 363	1 323	1207
	Schiffsvermessung (Bundesamt für —)	642	608	1208
	Sicherung der Schiffahrtswege (Deutsches Hydrographisches Institut)	10 758	11 071	1209/1202.675 (10)
	Summe R 42	12 763	13 002	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw. (1 000 DM)	Haushaltsplan 1962 (1 000 DM)	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
43	**Wasser- und Schiffbau**			
	Bundesanstalt für Wasserbau	1 476	1 411	1206
44	**Bundeswasserstraßen**			
	Unterhaltung und Betrieb der			
	Binnenwasserstraßen	70 500	68 500	1203.300
	Seewasserstraßen	67 700	67 700	1203.301
	Westberliner Wasserstraßen (Zuschuß an Land Berlin)	1 700	2 100	1203.600
	Eisbrechdienst, Saarschiffsschleppdienst	560	550	1203.304, 309
	Beseitigung der Sturmflutschäden vom 16./17. Februar 1962	14 700	—	1203.710
	Ersatz schwimmenden Gerätes	3 000	3 000	1203.305
	Betrieb und Unterhaltung der Lotseneinrichtungen	5 200	5 200	1203.306 a
	Reinhaltung der Bundeswasserstraßen	1 000	—	1203.310
	Baumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal	10 610	9 719	1203.711—714
	Wiederaufbau der Wasserbau- und Seezeichenanlagen auf Helgoland	2 000	2 400	1203.724
	Neubau von Leuchttürmen	2 100	3 600	1203.725, 748
	Bau einer Staustufe bei Geesthacht/Elbe	5 800	5 500	1203.733
	Verbesserung des Fahrwassers der Elbe	7 000	18 300	1203.734, 735
	Sonstige Baumaßnahmen	95 531	88 765	1203.719—723, 727—732, 744—746, 750—771, 773—813, 815—819, 821—825, 951—959, A 1203.726
	Beschaffung von Fahrzeugen und Gerät	6 538	4 550	1203.852—873
	Räumung der Wasserläufe	1 570	1 570	1203.963
	Schiffahrtssicherung (Radaranlagen u. ä.)	2 500	3 400	1203.965
	Summe R 44	298 009	284 854	
47	**Unternehmen**			
	Darlehen an die Donauschiffahrt	2 700	—	1202.534
	Beteiligung an Bauvorhaben			
	Mittelweser-AG	9 500	8 305	1203.772
	Rhein-Main-Donau-AG	9 000	9 000	1203.820
	Neckar-AG	9 000	9 000	1203.950
	Anteil am Stammkapital der Internationalen Mosel-GmbH.	11 000	28 165	1203.814
	Erhöhung des Eigenkapitals der Rhein-Main-Donau-AG.	2 400	2 400	1203.891
	Teltow-Kanal-AG, Berlin	400	—	1203.892
	Summe R 47	44 000	56 870	
49	**Einzelne Maßnahmen**			
	Veröffentlichungen und Entscheidungen des Bundesoberseeamtes und der Seeämter	3	3	1202.300 c
	Verkehrswerbung Nordostseekanal	25	25	1202.300 d
	Beiträge an internationale Organisationen	308	295	1202.675 (1, 2, 6, 7, 8, 12)
	Kosten für Ausführung des Seeunfall- und Untersuchungsgesetzes	58	58	1202.304
	Kosten des funkärztlichen Beratungsdienstes für die Seeschiffahrt	7	5	1202.306
	Erprobung technischer Einrichtungen	385	430	1202.600 D
	Zuschuß zu den Kosten eines Versuchs der Stationierung eines Fahrzeuges für den Wetter- und Rettungsdienst in der mittleren Nordsee	28	28	1202.605

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
noch: R 49	Seemannskartei, Durchführung der Schiffssicherheitsvorschriften (Beiträge an Berufsgenossenschaften)	715	715	1202.606
	Ausbildungsstätten für Nachwuchsschulung, Lehrkurse	27	27	1203.302
	Ersatzleistungen infolge von Schiffsunfällen	200	200	1203.303
	Freie Lotsen (Persönliche Ausgaben)	14 400	14 400	1203.306 b
	Kosten der Besichtigungen und Beschickung von Ausstellungen	18	18	1203.307
	Erstattung von Befahrungsabgaben an Dritte	200	200	1203.320
	Kosten des Frachtprüfungsausschusses für das Rheinstromgebiet	150	150	1203.321
	Abwicklung der Planfeststellungsverfahren für die durchgeführten Ausbauten der Unterweser	200	400	1203.740, 741
	Aufstellung eines Entwurfs für den Bau einer Staustufe im Mainbecken 76,0 (Kleinostheim)	—	346	(1203.821)
	Vermessungsarbeiten, Anfertigung von Bestandszeichnungen, Brückenbüchern und Bauunterlagen	180	180	1203.962
	Summe R 49	16 904	17 480	
	Summe R 4	452 659	452 663	
R 5	**Luftfahrt**			
52	**Besondere Einrichtungen**			
	Flugsicherung (Bundesanstalt für —)	61 585	52 297	1215
	Zulassungs- und Prüfungswesen (Luftfahrtbundesamt)	1 324	1 136	1216
59	**Flugsicherung, Ausbildung, Beiträge**			
	Institut du Transport Aérien, Paris (Beitrag)	3	3	1202.675 (13)
	Arbeitsgemeinschaft deutscher Flughäfen (Zuschuß) ..	32	32	1217.607 a
	Deutscher Aero-Club (Zuschuß)	150	150	1217.618
	Internationale Civil Aviation-Organisation (Beitrag) ..	1 285	968	1217.619 (1)
	Atlantischer Flugsicherungsdienst (Beitrag)	2 123	1 960	1217.619 (2)
	Summe R 59	3 593	3 113	
	Summe R 5	66 502	56 546	
R 7	**Reiseverkehr**			
	Förderung des Flugverkehrs nach Berlin	25 000	21 000	6005.602
R 8	**Wetterdienst**			
	Deutscher Wetterdienst	36 058	35 138	1214
	darunter Minderausgaben, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (14 02. 222)	— 983	— 882	
	Summe R 8	35 075	34 256	
R 9	**Sonstige Aufgaben**			
	Veröffentlichungen auf allen Gebieten der Verkehrsverwaltung	10	10	1202.300 a
	Fachwissenschaftliche Beiträge zur internationalen technischen Organisation und für sonstige technische Veranstaltungen	5	5	1202.300 b, 675 (9)
	Arbeitsgemeinschaft Leichtbau der Verkehrsflugzeuge	2	2	1202.676 (14)
	Summe R 9	17	17	
	Summe R	3 019 909	2 827 580	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Verkehr (siehe A 3)	(22 224)	(21 639)	1201/1202.955
	Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen, Bezüge des Ministers (siehe A 3)	(83)	(83)	1301

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
S	**Bau- und Wohnungswesen**			
S 1	**Allgemeine Maßnahmen des Bauwesens**			
12	**Versuchsbauten**			
	Förderung der Bauausführung von Versuchs- und Vergleichsbauten; Entwicklung neuer Baustoffe, Baugeräte und Bauarten			
	Darlehen	25 000	1 2 000	2502.570 a
	Zuschüsse	1 200	1 150	2502.570 b u. c
	Durchführung von Freilandversuchen in Holzkirchen	41	41	2502.604
19	**Einzelne Förderungsmaßnahmen, Zuschüsse und Beiträge**			
	Beiträge an Vereine, Verbände, Ausschüsse u. ä.	8	8	1202.676 (teilw.)
	Förderung der Schinkel-Wettbewerbe	3	3	2402.601
	Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiete der Raumordnung	6 000	—	2502.571
	Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens im zentralen Aufgabenbereich (Zuschüsse)	291	310	2502.612
	Zuschuß zu den Kosten der Dokumentationsarbeit auf dem Gebiet des Wohnung-, Bau- und Siedlungswesens sowie des Städtebaues	250	250	2502.613
	Zuschüsse an das deutsche Volksheimstättenwerk e. V., den deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau- und Raumplanung und die deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung	365	176	2502.614
	Durchführung von Studienreisen (Zuschüsse)	11	11	2502.615
	Beiträge an Vereine und internationale Organisationen	6	6	2502.675
	Summe S 19	6 934	765	
	Summe S 1	33 175	13 956	
S 2	**Bauverwaltung**			
	Bundesbaudirektion	14 057	12 550	2404
	Verwaltungskostenerstattung	49 200	42 200	2403.220
	Summe S 2	63 257	54 750	
S 3	**Vermessung und Landesplanung**	—	—	
S 6	**Wohnungsbau**			
61	**Sozialer Wohnungsbau**			
	Darlehen			
	für den mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbau zugunsten der Umsiedlung von Land zu Land	—	8 000	(A 2502.535)
	an die Deutsche Bau- und Bodenbank zur Finanzierung von Familienheimen	6 000	6 000	2502.540
	für den mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbau	224 188	313 195	2502.580 a, 581 a
	an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaues zugunsten der Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone und Berlin sowie der ihnen gleichgestellten Personen	350 000	582 282	2502.582 a
	zur sonstigen Förderung von Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues	29 235	23 400	2502.588
	Zuschüsse zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues	89 982	91 256	2502.580 b bis 588 b,
	Verbilligung der Finanzierung des Baues von Familienheimen und Eigentumswohnungen im sozialen Wohnungsbau (Zuschüsse)	420	750	2502.616
	Summe S 61	699 825	1 024 883	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
62	**Besondere Maßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungsbaues**			
	Ersatzwohnraumbeschaffung (aus dem Straßenbauplan)	16 000	15 000	1210.300 [1084, 1284]
	Freimachung von Bundeswohnungen	30	10	2502.315
	Förderung von Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden			
	Darlehen	19 000	12 000	A 2502.531
	Zuschüsse	19 300	9 400	2502.609
	Darlehen an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaus zugunsten der Evakuierten	4 000	1 000	A 2502.534
	Wohnungsbau zugunsten der Bewohner von Wohnbaracken und Wohnlagern	57 000	45 000	2502.536
	Darlehen zur Wohnungsbeschaffung für junge Ehepaare	1 000	20 000	2502.545
	Zuschüsse zur Förderung des Baues von Familienheimen und Eigentumswohnungen	34 000	25 000	2502.606
	Baulandbeschaffung und -erschließung	2 000	—	2502.611
	Prämien nach dem Wohnungsbauprämiengesetz	295 000	320 000	2502.620
	Darlehen zur Schaffung von Wohnraum für Verwaltungsangehörige des Bundes (ausgenommen für die Bundesbahn, Bundespost, die Bundeswehr und Bundeswehrverwaltung)	79 000	52 000	2502.830 a
	Zuschüsse und Beihilfen im Rahmen der Wohnungsfürsorge für Angehörige der Bundesverwaltung	380	500	2502.830 b, c
	Bundeseigener Wohnungsbau für Angehörige der Bundesverwaltung	—	—	(2502.830 d)
	Schaffung von Wohnraum für Abgeordnete des Deutschen Bundestages (Darlehen und Zuschüsse)	—	850	(2502.833)
	Schaffung von Wohnraum für Angehörige ausländischer Missionen (Darlehen)	500	600	2502.834
	Summe S 62	527 210	501 360	
67	**Wohnungswirtschaftliche Unternehmen**			
	Erwerb von Beteiligungen	5 715	19 500	2502.890, 895
69	**Sonstige Maßnahmen**			
	Miet- und Lastenbeihilfen nach dem Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und dem Zweiten Wohnungsbaugesetz	20 000	5 000	2502.619
	Summe S 6	1 252 750	1 550 743	
	Hinweis:			
	Unterbringung von nichtkasernierten Angehörigen der Bundeswehr und von Angehörigen der Bundeswehrverwaltung (siehe C 16)		(263 623)	1412.830/A 1412.830, 831
	Summe S	1 349 182	1 619 449	
	Hinweis:			
	Bundesministerium für Wohnungsbau (siehe A 3)	(6 574)	(6 629)	2501

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
T	**Wiedergutmachung**			
T 1	**Entschädigungsbehörden**			
	Verwaltungsamt für innere Restitutionen	211	225	0810
T 2	**Wiedergutmachungsleistungen**			
21	**Leistungen nach dem BEG**			
	Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung	1 500 000	1 500 000	6004.311
22	**Leistungen auf Grund von Staatsverträgen**			
	Wiedergutmachung an Israel	250 000	250 000	3209.681
23	**Sonstige Entschädigungsleistungen**			
	Leistungen auf Grund der Rückerstattungsgesetze	450 000	470 000	6004.350
	Entschädigung von ehemaligen Bediensteten jüdischer Gemeinden	16 631	16 880	0615.609
	Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes	3 800	7 560	6004.140
	Summe T 2	2 220 431	2 244 440	
T 9	**Sonstige Maßnahmen**			
	Stiftung »Hilfswerk 20. Juli«	310	460	0602.602
	Summe T	2 220 952	2 245 125	
U	**Besondere Kriegsfolgeaufgaben**			
U 1	**Kriegsfolgeleistungen**			
	Leistungen nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz	46 000	46 000	6004.315
	Leistungen auf Grund des Finanz- und Ausgleichsvertrages mit Österreich	4 000	84 750	6004.954
	Leistungen auf Grund der Verträge mit Italien und den Niederlanden	70 000	—	6004.958, 959
	Entschädigung für Sachschäden bei der Explosion deutscher Munition	—	50	(6004.961)
	Summe U 1	120 000	130 800	
U 9	**Sonstige Kriegsfolgeaufgaben**			
	Rechtsschutz von Deutschen im Ausland im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen	812	812	0502.311
	Kosten der Erhaltung deutscher Kriegsgräber im Ausland	8 300	10 500	0502.630
	Zuschuß für die Dienststelle für die Benachrichtigung der Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen Wehrmacht	12 786	10 047	0602.600
	Wiederherstellung jüdischer Friedhöfe	900	769	0602.608
	Aufwendungen für Kriegsgräber	9 661	9 570	0615.302
	Umstellung der Reichsmark-Uraltkonten in Berlin	100	100	0901.951
	Beseitigung militärischer Anlagen des Westwalls	2 000	4 000	2403.960
	Zuwendung für die Erfüllung von Suchdienstaufgaben und die dokumentarische Erfassung der Kriegsgefangenen, Heimatvertriebenen u. ä.	9 761	10 506	2602.302, 306, 602

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
noch U 9				
	Vertriebenen-, Flüchtlings- und Kriegsgeschädigtenorganisationen	270	255	2602.600
	Internationaler Suchdienst Arolsen	2 301	2 078	2602.675
	Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten	1 622	1 609	2602.950
	Summe U 9	48 513	50 246	
	Summe U	168 513	181 046	
V	**Wirtschaftsunternehmen**			
V 1	**Verkehrsunternehmen**			
11	**Deutsche Bundesbahn**			
	Darlehen nach Maßgabe des Abschn. V des Verkehrsfinanzgesetzes	146 250	145 000	1202.510 (1)
	Ausgleich von betriebsfremden Versorgungslasten	313 000	310 000	1202.510 (2 aa)
	Ausgleich zur Deckung von Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Bundesbank	33 200	34 000	1202.510 (2 bb)
	Beitrag zu den weiteren Versorgungslasten der Bundesbahn	285 000	275 000	1202.510 (2 b)
	Zuschuß und Darlehen an die Deutsche Bundesbahn für den Wiederaufbau			
	a) der Eisenbahnbrücke Kehl–Straßburg und für die Höherlegung des Bahnhofs Kehl	2 000	3 000	1202.510 (2 c)
	b) der Eisenbahnbrücke Neuburg–Chalampè	—	—	1202.510 (2 d)
	Anpassungshilfe an die Deutsche Bundesbahn für die Rationalisierung im Personenzugverkehr	170 000	170 000	1202.510 (2 e)
	Übernahme des Kapitaldienstes für Anleihen zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Bundesbahn	47 550	10 000	1202.510 (2 f)
	Darlehen zur Erhaltung der Liquidität	50 000	100 000	1202.510 (2 h)
	Beitrag für die Kosten der Unterhaltung höhengleicher Kreuzungen	12 500	10 000	1210.310 (1920—1929)
	Wiederherstellung von Brücken	593	591	1203.964 (tw)
	Summe V 11	1 060 093	1 057 591	
12	**Deutsche Bundespost**			
	Zinsendienst für Bundespostanleihe	14 000	14 000	3205.689
19	**Sonstige Verkehrsunternehmen**			
	Flughafengesellschaften	12 262	15 527	1217.570/A 1217.893
	Deutsche Lufthansa AG	86 300	86 300	1217.571/A 1217.892
	Vorortbahn Wilhelmshaven	840	505	2403.501
	Lübecker Hafengesellschaft	500	500	1203.603
	Summe V 19	99 902	102 832	
	Summe V 1	1 173 995	1 174 423	
V 2	**Gewerbe, Industrie und Handel**			
21	**Banken**			
	Tilgung des durch die Aufwertung der Deutschen Mark entstandenen buchmäßigen Verlustes bei der Bundesbank	70 000	50 000	6002.635

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
22	**Sonstige Unternehmen**			
	Staatswerft Rendsburg-Saatsee	565	565	1204.901
	Bundesdruckerei	3 778	2 778	1303.901
	Saarbergwerke AG	18 500	18 500	A 2402.891
	Summe V 2	92 843	71 843	
V 3	**Staatsforsten und Domänen**			
31	**Staatsforsten**			
	Forstdienstgebäude	210	180	0804.733, 742
	Bewirtschaftung von Forsten	9 408	8 528	2403.420, 865
32	**Gutsbezirke und Domänen**			
	Gutsbezirk Meppen	397	78	2403.502
	Summe V 3	10 015	8 786	
V 4	**Sonstige Wirtschaftsunternehmen**			
41	**Übrige Unternehmen**			
	Reichsrundfunkgesellschaft mbH. i. L.	—	232	(2403.714)
	Wasserwerk Klötzin	637	—	2403.901
	Helgoland-Aufbau GmbH	10	12	6002.622
	Summe V 4	647	244	
	Summe V	1 277 500	1 255 296	
W	**Allgemeines Finanzwesen**			
W 1	**Steuern, Zölle, Monopole, Finanzzuweisungen**			
11	**Steuern**			
	Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten	3 000	5 000	2502.600
	Abführung der Ausgleichsabgaben an den LA-Fonds	1 755 000	2 040 000	6004.602
12	**Zölle und Monopole**			
	Gewinnanteile der Svenska-Tändsticks-Aktiebolaget, Schweden, aus dem Zündwarenmonopol	3 500	3 300	6002.301
13	**Finanzzuweisungen, Allgemeine —**			
	Zuschuß an den Landeshaushalt Berlin, Zuschuß zum Aufbauplan, Bundesdarlehen	1 687 000	1 703 190[1])	6005.570
	Finanzhilfe an das Saarland			
	Darlehen		—	(A 6002.574 a)
	Zuschuß		—	(6002.601 a)
19	**Sonstige Leistungen**			
	Zahlungen nach dem Sparprämiengesetz	50 000	2 000	6004.620
	Erstattung von Zöllen und Steuern auf saarländische Warenvorräte	100	2 600	6002.600
	Umwandlung von RM-Guthaben im Saarland	1 625	—	6002.952
	An Saarland zur Beseitigung von Härten	335	—	6004.961
	Summe W 1	3 500 560	3 756 090	

[1]) Durch Nachtragshaushalt um 150 Mill. DM erhöht.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
W 2	**Versorgung**			
	Versorgung der Bundesbeamten	140 683	138 331	3303
	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 24. August 1951 (BGBl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	78 200	96 330	3306
	Summe W 2	218 883	234 661	
	Hinweis:			
	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr (siehe C 1)	(208 113)	(125 255)	3304
W 3	**Schuldendienst**			
31/32	**Verzinsung und Tilgung**			
	Inlandsschulden			
	Verzinsung der Anleihen des Bundes (einschl. der laufenden jährlichen Tilgung)	838 899	693 551[1]	3205.680 (ohne 1)
	Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse aufgenommenen Mittel	50 000	20 000[2]	3205.681
	Gewährung von Entschädigungen für Gewinne auf verspätet vorgelegte Prämienschatzanweisungen	9	9	3205.682
	Bedienung der verbrieften Reichsschuldentitel	90 000	127 000	3205.683
	Einlösung von Bundesanleihen und Schatzanweisungen	273 214	107 250	3205.687
	Bedienung der Altsparerentschädigung auf die Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen	36 000	40 000	3205.690
	Tilgung des Sonderkredits Saarland	85 000	82 500	3205.691
	Erstattung der Aufwendungen für die Ausgleichsforderungen der verlagerten Deutschen Pfandbriefanstalt an die Länder	1 278	1 272	3209.683
	Erstattung der Zinsen und Tilgungsleistungen für Ausgleichsforderungen aus der Umstellung überörtlicher Berliner Uraltguthaben	4 092	4 092	3209.685
	Erstattung der Aufwendungen für den Schuldendienst für die Ausgleichsforderungen, deren Schuldner die Länder sind	125 000	287 000	3209.686
	Auslandsschulden			
	Verzinsung der Anleihen des Bundes (einschl. der laufenden jährlichen Tilgung)	190 209	203 398	3205.680 (1)
	Tilgung der durch das Londoner Schuldenabkommen und im Zusammenhang damit entstandenen Verbindlichkeiten	19 350	18 150	3205.685
	Zahlungen nach dem Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz	26 620	22 000	3205.692
	Leistungen des Bundes nach dem Gesetz zur Ausführung des Abkommens vom 27. Januar 1953 über deutsche Auslandsschulden	—	934	(3209.682)
	Verzinsung und Tilgung der durch das Abkommen mit der Schweiz vom 26. August 1952 geregelten Verbindlichkeiten (ohne Verbindlichkeiten für Investitionszwecke)	20 680	20 600	3209.680
	Summe W 31/32	1 760 351	1 627 756	
33	**Rückkauf**			
	Rückkauf von Schuldurkunden des Bundes	—	10	3207.300
	Ankauf von Schuldurkunden des Bundes und vom Bund verbürgter Schuldurkunden	50 000	50 000	3207.301
	Summe W 3	1 810 351	1 677 766	
	Hinweis:			
	Bundesschuldenverwaltung (siehe G 2)	(80 216)	(56 597)	3203 (ohne 302)

[1]) Durch Nachtragshaushalt um 31 Mill. DM gekürzt; [2]) dgl. um 30 Mill. DM gekürzt.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963 Reg.-Entw.	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
W 4	**Vermögen**			
	Kapitalvermögen			
	Erhöhung des Kapitalanteils bei der Weltbank	31 200	31 200	A 6004.892
	Subskriptionszahlungen an Internationalen Währungsfonds	—	—	(A 6004.894)
42	**Allgemeines Grund- und Sachvermögen**			
	Vermögensabgabe nach dem Gesetz über den Kostenausgleich für das ehemalige Reichsvermögen	8 000	8 000	2403.223
	Unterhaltung der Gebäude des allgemeinen Sachvermögens	34 500	33 500	2403.400
	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Erwerb von Haus- und Baugrundstücken des allgemeinen Sachvermögens	6 900	6 900	2403.401
	Bewirtschaftung von Grundstücken des allgemeinen Sachvermögens	29 000	28 000	2403.402
	Kosten bei der Bergung von Schrott und Altmaterial	25	65	2403.405
	Ausgaben aus Anlaß der Übergabe von Liegenschaften an den Bund	200	200	2403.468
	Vermischte Ausgaben für das allgemeine Sachvermögen (ohne Forsten)	1 100	290	2403.469
	Mietrückzahlungen an die Länder für ehemalige reichseigene Liegenschaften	2 000	7 000	2403.470
	Entschädigung oder Darlehen an Gemeinden aus Anlaß der Übernahme der Baulast für ehemalige Privatstraßen des Bundes	2 000	2 000	2403.601
	Erwerb von Grundstücken für das allgemeine Sachvermögen	7 000	12 000	2403.706
	Vorsorglicher Grunderwerb in Berlin für Zwecke der Bundesregierung	1 000	1 300	2403.707
	Instandsetzung bundeseigener Straßen und Wege in Wildflecken	167	500	2403.710
	Instandsetzung, Beseitigung von Kriegsschäden und Umbauten von bundeseigenen Gebäuden	11 032	24 244	2403.713, 716, 717, 718 719—732, 735—743, 745, 820
	Anliegerbeiträge für bundeseigene Grundstücke	300	300	2403.821
	Erstattung von Investierungen Dritter, Ablösung von Hypotheken	4 000	4 000	2403.951
	Abwicklung von Siedlungsvorhaben	100	100	2403.952
	Um- und Erweiterungsbauten von Dienstgebäuden einschließlich vorsorglicher Grunderwerb	5 000	5 000	6002.700, 710
	Summe W 42	112 324	133 399	
43	**Sondervermögen**	—	—	
	Summe W 4	143 524	164 599	
W 6	**Allgemeine Rücklagen**			
	Betriebsmittelrücklage	—	—	(6002.520)
W 7	**Nicht aufteilbare Posten**			
71	**Verstärkungsmittel**			
	Verstärkung der Mittel für Personalausgaben des Bundes	250 000	92 200[1])	6002.199
72	**Globalabstriche**			
	Minderausgabe im Bundeshaushalt	—	– 735 818[2])	6002.300

[1]) Nachtragshaushalt; [2]) durch Nachtragshaushalt um —114 745 000 DM erhöht.

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereich	Haushaltsplan 1963	Haushaltsplan 1962	Fundstelle im Haushaltsplan 1963
		— 1 000 DM —		
79	**Sonstiges**			
	Rückzahlung der Deutschen Bundesbank aus dem Garantiekonto für Rüstungskäufe im Ausland	—	—	(3208.990)
W 8	**Abwicklung der Vorjahre**			
	Zur Deckung von Fehlbeträgen aus den Vorjahren ...	—	206 891	(6002.999)
W 9	**Beitrag an den außerordentlichen Haushalt**	—	—	
	Summe W	5 923 318	5 396 389	
	Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	56 814 199	**53 404 353**	
	Nachrichtlich: Bundesregierung (Aufgliederung der Kennziffer A 31)			
	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	4 431	4 798	0401
	Auswärtiges Amt	42 362	39 724	0501.100—299, 850, 880, 951
	Bundesministerium des Innern	18 436	18 503	0601.100—299, 850, 880
	Bundesministerium der Justiz	8 708	8 690	0701.100—299, 301, 850
	Bundesministerium der Finanzen	37 068	37 758	0801
	Bundesministerium für Wirtschaft	32 716	33 011	0901.100—299, 305, 712 bis 870
	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15 353	15 377	1001.100—299, 850
	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	12 910	13 234	1101, 1102.603
	Bundesministerium für Verkehr	22 224	21 639	1201/1202.955
	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	83	83	1301
	Bundesministerium für Verteidigung	99 255	88 115	1401, 1402.219, 223—261, 399, 675
	Bundesministerium für das Gesundheitswesen	5 350	2 634	1501
	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4 729	3 797	2301
	Bundesschatzministerium	6 593	6 203	2401
	Bundesministerium für Wohnungsbau, Städtebau und Raumordnung	6 574	6 629	2501
	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	5 139	5 024	2601, 2602.300
	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	5 797	5 956	2701
	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	861	836	2801
	Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen ..	2 175	2 098	2901.100—299, 300, 850
	Bundesministerium für besondere Aufgaben	438	532	3001
	Bundesministerium für Atomkernenergie	8 196	6 920	3101, 3102.218, 225, 301
	Summe A 31	339 398	321 561	

205 252 5 400 10. 62

Anlage 2

Änderungsvorschläge und Bemerkungen des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung zu den Änderungsvorschlägen und Bemerkungen des Bundesrates

A. Haushaltsgesetz 1963

1. Die in **§ 1** des Haushaltsgesetzes aufgeführten Beträge sind den Änderungsvorschlägen unter C (Bemerkungen zu den Einzelplänen) entsprechend zu ändern.

Zu 1.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten, soweit die Bundesregierung den Änderungsvorschlägen des Bundesrates nicht folgt.

2. In **§ 3 Abs. 4** sind die Worte „zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung" und „der Forschungseinrichtungen oder zentralen Forschungsorganisationen" zu streichen.

   Zur Vermeidung von unerwünschten haushaltsrechtlichen Schwierigkeiten in Fällen, in denen bei gleicher Sachlage diese ausdrückliche Zweckbestimmung fehlt, empfiehlt es sich, der Vorschrift eine allgemeiner gehaltene Fassung zu geben.

Zu 2.

Die Ermächtigung in § 3 Abs. 4 soll es ermöglichen, Forschungsgegenstände, die aus Zuwendungen des Bundes beschafft sind und formal im Eigentum des Bundes stehen, im Interesse der Verwaltungsvereinfachung und einer verstärkten Förderung der wissenschaftlichen Forschung den Trägern der Forschungseinrichtungen oder zentralen Forschungsorganisationen nach Grundsätzen unentgeltlich zu übereignen. Die Grundsätze ermöglichen eine Übereignung von Forschungsgegenständen auch dann, wenn die ausdrückliche Zweckbestimmung fehlt. Es besteht aus dem Grunde kein Bedürfnis, die Vorschrift des § 3 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1963 zu ändern.

3. Folgender **§ 8 a** ist einzufügen:

   „§ 8 a

   Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die nach § 8 Abs. 1 gesperrten Mittel bis zur Höhe von 100 000 000 Deutsche Mark zu kürzen."

   Sachzusammenhang mit Einzelplan 60 Kap. 60 02 Tit. 300 (neu).

Zu 3.

Siehe Stellungnahme zu Kap. 60 02 Tit. 300 (neu).

4. Der Bundesrat erwartet, daß die in § 9 des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1963 vorgesehene Beschränkung der Zweckbindung des Aufkommens an Mineralölsteuer nach Artikel 1 Abs. 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes bis zum Betrag von 2 372 000 000 DM in den kommenden Rechnungsjahren sobald als möglich wieder rückgängig gemacht wird. Keinesfalls darf die Auswirkung der Haushaltslage des Bundes dazu führen, daß der Sockelbetrag immer wieder erhöht wird und schließlich der Grundsatz der Zweckgebundenheit eines Teils der Mittel für den Straßenbau ganz in Wegfall kommt.

Zu 4.

Die Bundesregierung wird sich bemühen, der Zielsetzung des Straßenbaufinanzierungsgesetzes Rechnung zu tragen.

Stellungnahme des Bundesrates

5. In **§ 10 Abs. 5** sind vor den Worten „Kapitel 12 17 Titel 570 a und 570 b," die Worte „Kapitel 05 02 Titel 302 und 303," einzufügen.

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit der angegebenen Titel erscheint notwendig, um unter allen Umständen die Unterhaltung des Auslandsschulwesens auf der gegenwärtigen Höhe zu gewährleisten.

Stellungnahme der Bundesregierung

Zu 5.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Eine Notwendigkeit, die Mittel der beiden Titel als gegenseitig deckungsfähig zu bezeichnen, hat sich bisher nicht ergeben. Auch ohne Anordnung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ist die Förderung des Auslandsschulwesens mindestens im bisherigen Umfange gewährleistet.

B. Allgemeine Bemerkungen

1. Der Bundesrat hat wiederholt auf die grundsätzlichen Bedenken gegen die im Bundeshaushalt vorgesehenen Dotationsauflagen hingewiesen. Er wendet sich vor allem auch mit Nachdruck gegen jede Neueinführung solcher Auflagen und gegen jede Verschärfung oder Ausweitung bestehender Regelungen, auch soweit sie etwa im Haushaltsvollzug beabsichtigt sein sollten. Die bisher innerhalb der verschiedenen Förderungsbereiche bestehende Relation zwischen Bundesmitteln und Landesmitteln darf künftig keinesfalls zum Nachteil der Länder verändert werden. Abgesehen von den gegen alle Dotationsauflagen bestehenden verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Bedenken wäre eine Ausweitung oder Verschärfung der bisherigen Praxis für die Länder auch finanziell untragbar.

Zu 1.

Über die Zulässigkeit von Dotationsauflagen haben in den Jahren 1957 bis 1959 Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Verständigung zwischen Bund und Ländern geführt haben. Nach dieser Verständigung sollen Dotationsauflagen nach Möglichkeit vermieden werden; sie sind aber unvermeidlich, wenn nur durch sie eine nachhaltige Erfüllung einer bestimmten Aufgabe im gesamtstaatlichen Interesse erreichbar ist. Die im Bundeshaushaltsplan vorgesehenen Dotationsauflagen halten sich in diesem Rahmen.

2. Im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens ist zu prüfen, ob nicht einzelne Positionen des Bundeshaushalts ganz oder zum Teil in Bindungsermächtigungen umzuwandeln sind.

Bei vielen Positionen ist offensichtlich, daß im Haushaltsjahr 1963 die für die entsprechenden Aufgaben kassenmäßig bereitzustellenden Mittel nicht in Anspruch genommen werden können. Es erscheint daher zweckmäßig, bei diesen Positionen die Ansätze ganz oder teilweise in Bindungsermächtigungen umzuwandeln. Das hätte eine fühlbare Entlastung der Haushaltslage zur Folge.

Zu 2.

Bei der Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1963 hat die Bundesregierung sich mit Rücksicht auf die Deckungsschwierigkeiten von dem Grundsatz leiten lassen, daß der Haushalt nur nach dem „Kassenbedarf" aufgestellt werden dürfe. Deshalb sind schon überall da, wo das vertreten werden konnte, Bindungsermächtigungen vorgesehen worden. Eine weitere Entlastung der Haushaltslage durch teilweise Umwandlung von Ansätzen in Bindungsermächtigungen ist daher unreal und aus Gründen der Haushaltswahrheit nicht zu vertreten.

Stellungnahme des Bundesrates / Stellungnahme der Bundesregierung

C. Bemerkungen zu den Einzelplänen

Einzelplan 04 — Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes —

Kap. 04 03 — Presse- und Informationsamt der Bundesregierung —

Tit. 710 — Neubau zur Erweiterung des Dienstgebäudes für das Presse- und Informationsamt —

Der Ansatz von 300 000 DM ist zu streichen und ein Leertitel auszubringen.

Mit dem Neubau ist noch nicht begonnen worden. Aus den Vorjahren stehen im übrigen 1 500 000 DM zur Verfügung.

Dem Vorschlag des Bundesrates wird zugestimmt.

Auf Grund des späteren Baubeginns, mit dem nunmehr — auch im Hinblick auf die mögliche Verlängerung des Baustopps — gerechnet werden muß, erscheint es trotz des dringenden Raumbedarfs des Presse- und Informationsamtes vertretbar, auf die Bereitstellung von weiteren 300 000 DM für den Erweiterungsbau im Jahre 1963 zu verzichten.

Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern —

Kap. 06 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Titel 570 — Darlehen zugunsten der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege —

Der Ansatz von 12 000 000 DM ist um 5 000 000 DM auf 7 000 000 DM herabzusetzen.

In die Zweckbestimmung ist der Übertragbarkeitsvermerk aufzunehmen.

Eine Bindungsermächtigung in Höhe von 5 000 000 DM ist in den Erläuterungen auszubringen.

Die Ist-Ergebnisse der letzten Jahre und die Erfahrungen bei der Bewilligung und dem Abruf der Mittel haben gezeigt, daß jährlich erhebliche Mittel nicht den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege zugeführt werden können. Die Mittel waren — und sollen auch künftig — deshalb übertragbar sein mit Rücksicht auf die erheblichen jährlichen Reste. Es erscheint deshalb nicht möglich, den Betrag von weiteren 12 000 000 DM in 1963 zu verausgaben. Der Ansatz ist daher um 5 000 000 DM gekürzt und dafür eine gleich hohe Bindungsermächtigung ausgebracht worden.

Die Bundesregierung ist damit einverstanden, daß der Ansatz von 12 000 000 DM um 3 000 000 DM auf 9 000 000 DM gekürzt und in die Zweckbestimmung der Übertragbarkeitsvermerk aufgenommen wird. Eine weitergehende Kürzung des Ansatzes erscheint nicht vertretbar. Die Ausbringung einer Bindungsermächtigung wird nicht für erforderlich gehalten.

Tit. 611 — Für Auszeichnung bester Jahresleistungen in der deutschen Filmproduktion und für sonstige fördernde Maßnahmen auf dem Gebiete des Filmwesens und Filmschaffens —

Der Ansatz ist von 10 000 000 DM um 4 000 000 DM auf 6 000 000 DM herabzusetzen.

Zum Entwurf des Bundeshaushalts 1962 hat der Bundesrat vorgeschlagen, den ursprünglichen Ansatz 1962 von 8 000 000 DM um 2 344 000 DM auf 5 656 000 DM zu vermindern. Der Haushaltsausschuß des Bundestags hat sich auf eine Kürzung um 1 000 000 DM beschränkt. Der Bundesrat ist

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Eine verstärkte Förderung des Filmwesens, insbesondere von Spiel- und Kulturfilmen, wird für erforderlich gehalten.

Stellungnahme des Bundesrates

weiterhin der Meinung, daß der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg nicht das geeignete Mittel ist, die notwendige Förderung des Kultur- und Spielfilms zu erreichen. Eine Erhöhung auf 10 000 000 DM ist daher nicht gerechtfertigt.

Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 616 — Allgemeine und langfristige Förderung der Wissenschaft —

Der Bundesrat spricht die Erwartung aus, daß der Bund mit dem Zustandekommen des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern zur Förderung kulturpolitischer Aufgaben bereits für das Rechnungsjahr 1963 für die Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtungen die erforderlichen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen schafft.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Bundesregierung wird sich bemühen, mit dem Abschluß des Verwaltungsabkommens auch die haushaltsmäßigen Voraussetzungen zur Erfüllung des Abkommens zu schaffen.

Tit. 656 — Förderung von gesamtdeutschen und internationalen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen —

Der Ansatz von 9 150 000 DM ist um 1 150 000 DM auf 8 000 000 DM herabzusetzen.

Der Ansatz ist bereits 1962 um fast 1 000 000 DM gegenüber 1961 erhöht worden. Es erscheint vertretbar, es dabei zu belassen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Das Ist-Ergebnis 1961 kann nicht als Vergleichsmaßstab für das Rechnungsjahr 1963 herangezogen werden, weil 109 zusätzliche Planstellen erst Ende 1961 geschaffen und damals nicht mehr voll besetzt worden sind. Der Ansatz ist nach der Zahl der Planstellen im Rechnungsjahr 1963 entsprechend dem tatsächlichen Bedarf genau berechnet worden.

Tit. 656 — Förderung von gesamtdeutschen und internationalen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen —

Tit. 657 — Zuschüsse auf dem Gebiete des Bildungswesens —

a) Studentenförderung

b) Zuschuß für den Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen

Der in den Erläuterungen unter Nr. 1 zu Tit. 656 veranschlagte Betrag und damit der Haushaltsansatz ist um 25 000 DM zu kürzen.

Es handelt sich um die Finanzierung des sog. „Mitteldeutschen Hochschulprogramms". Im wesentlichen erhalten jetzt aus Mitteldeutschland geflüchtete Wissenschaftler hieraus ihre Vergütungen als Dozenten oder Assistenten, aber auch als Lehrbeauftragte an Hochschulen in der Bundesrepublik.

Für 1963 erhöht sich der Gesamtbedarf generell durch die inzwischen erfolgten Gehaltserhöhungen (6 v. H.). Die vorgesehene Verstärkung (14,4 v. H. gegenüber 1962) des Haushaltsansatzes liegt wesentlich höher.

Der Ansatz unter Tit. 657 b) ist um 25 000 DM zu erhöhen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Mittel sind entsprechend dem Zuschußbedarf des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen veranschlagt, der sich gegenüber dem Rechnungsjahr 1962 nicht erhöht hat.

Stellungnahme des Bundesrates

Im Bundeshaushaltsplan für 1962 war eine Erhöhung des Ansatzes aus 1961 (55 000 DM) auf 120 000 DM vorgesehen. Der Ausschuß hatte sich seinerzeit dafür ausgesprochen, diesen Ansatz auf 100 000 DM zu kürzen, da die Mittel für den Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen vom Bund und den Ländern je zur Hälfte zur Verfügung gestellt werden und die Kultusministerkonferenz für 1962 nur einen Zuschuß von 100 000 DM bewilligt hatte (vgl. Punkt 1 der Niederschrift über die 52. Sitzung des Ausschusses vom 7. Februar 1962, S. 12). Der Bundesrat hatte diese Empfehlung zwar nicht aufgenommen, der Bundestag kürzte den Ansatz jedoch für 1962 auf 75 000 DM.

Der Bundeshaushaltsplan für 1963 sieht diesen Ansatz wieder in unveränderter Höhe (75 000 DM) vor. Die Länder werden für 1963 mindestens wieder 100 000 DM (wie 1962) zur Verfügung stellen.

Deckungsvorschlag bei Tit. 656.

Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 657 — Zuschüsse auf dem Gebiete des Bildungswesens —

a) Studentenförderung

In den Erläuterungen bei Tit. 657 a) zu Nr. 1 cc) ist der zweite Satz zu streichen.

Der Hinweis ist nicht erforderlich, weil sich die Sach- und Rechtslage bereits aus Satz 1 ergibt.

Die Bundesregierung ist mit dem Vorschlag des Bundesrats einverstanden.

Kap. 06 36 — Kriegsfolgenhilfe und gleichartige Leistungen —

Tit. 531 — Darlehen im Rahmen der Kriegsopferfürsorge und entsprechende Darlehen für Angehörige von Kriegsgefangenen, Beschädigte der Bundeswehr und deren Hinterbliebene, Beschädigte des zivilen Ersatzdienstes und deren Hinterbliebene sowie für ehemalige politische Häftlinge —

Absatz 2 der Erläuterungen ist zu streichen.

In Absatz 2 der Erläuterungen zu Tit. 531 ist vorgesehen, bei der Verrechnung der Darlehensmittel mit dem Bund von den Ländern eine angemessene Selbstbeteiligung zu fordern. Der Bundesrat fordert seit 1961, diese Dotationsauflage zu streichen, weil es sich ausschließlich um eine Bundesaufgabe handelt.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Stellungnahme des Bundesrates — Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 10 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten —

Kap. 10 02 — Allgemeine Bewilligungen —

1. Die allgemeine Dotationsauflage vor Tit. 571 ist zu streichen.

Es besteht keine Notwendigkeit, eine generelle Möglichkeit zu schaffen, die Länder im Rahmen des Grünen Planes zur Mitleistung verpflichten zu können. Im übrigen wird auf „B. Allgemeine Bemerkungen" verwiesen.

Zu 1.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

2. Die neuen Dotationsauflagen bei den Tit. 604 (Förderung von Naturparken und Landschaftsschutzmaßnahmen), Tit. 610 (Förderung der bäuerlichen Hauswirtschaft) und Tit. 618 (Förderung des Einsatzes von Maschinen und technischen Anlagen) sind zu streichen.

Nachdem bisher keine Mitleistung verlangt worden ist, besteht kein Anlaß, hiervon abzuweichen, zumal diese neuen Dotationsauflagen mit den Ländern nicht abgestimmt und letztere schon dadurch höheren Belastungen ausgesetzt sind, daß eine Reihe von Ansätzen, mit denen Dotationsauflagen verknüpft sind, erhöht worden sind.

3. Die Zusätze bei den Dotationsauflagen der Tit. 575 (Wasserwirtschaft), 579 (Nordprogramm), 616 (Emslanderschließung) und 619 (Küstenschutz), wonach die Bundesleistung das Zweifache bzw. Zweieinhalbfache der Landesleistung nicht übersteigen darf, sind zu streichen.

Die Begrenzung der Bundesleistung auf einen Höchstbetrag engt den Verhandlungsspielraum, der mit der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Festlegung einer „angemessenen" Beteiligung der Länder geschaffen werden sollte, von vornherein ein und verhindert, daß in den Verhandlungen über die „Angemessenheit" den besonderen Gegebenheiten einzelner Länder Rechnung getragen werden kann.

Zu 2. und 3.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Zu Tit. 575, 579, 604, 616, 619

Es handelt sich um Regionalprogramme der Länder, an deren Finanzierung sich der Bund mit Zuwendungen freiwillig beteiligt. Die beanstandeten Zusätze sind bereits im Rechnungsjahr 1962 vom Bundestag verabschiedet worden. Maßgebend für die Einfügung dieser Bewirtschaftungsvorschriften war der Umstand, daß sich in der Vergangenheit zwischen der Interessenlage und den Finanzierungsbeiträgen ein zunehmendes Mißverhältnis ergeben hatte.

Hinsichtlich der für 1963 neu aufgenommenen Bewirtschaftungsvorschrift in den Erläuterungen zu Tit. 604 „Zuschüsse zur Förderung von Naturparken und Landschaftsschutzmaßnahmen" gilt die vorstehende Stellungnahme sinngemäß; eine Abweichung besteht nur insoweit, als es sich nicht um ein Regionalprogramm eines Landes, sondern um eine Länderaufgabe allgemeiner Art handelt.

Zu Tit. 610 und 618

Die Bundesregierung hält es für notwendig, auch bei diesen Aufgaben zur Erhöhung des Förderungseffektes eine Selbstbeteiligung der Länder zu fordern.

4. Die Dotationsauflagen bei den Tit. 617 (Elektrifizierung), 629 (Absatz und Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse) und 630 b (Schulmilchspeisungen) sind zu streichen.

Nachdem die genannten Positionen 1963 aus den Maßnahmen des Grünen Planes herausgenommen worden sind, stellt die Aufrechterhaltung der Dotationsauflagen eine neue Mitleistungsverpflichtung im Sinne der Vorbemerkungen dar.

Zu 4.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Verlagerung der Zweckbestimmungen innerhalb des Einzelplanes begründen allein keinen Verzicht auf die bisherige Selbstbeteiligungsauflage, da sich die Auflagen aus den Maßnahmen und nicht aus der formellen Darstellung im Haushalt ergeben.

Stellungnahme des Bundesrates — Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 585 — Förderung der Fischerei —

Stellungnahme des Bundesrates:

In Tit. 585 ist der Zweckbestimmung folgender Satz anzufügen:

„Die Ansätze zu Titel 585 a) 2. und b) 2. und 3. sind gegenseitig deckungsfähig."

Die im Haushaltsjahr 1962 vom Bundestag beschlossenen Hilfsmaßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise der deutschen Seefischerei sind als zusammenhängende Maßnahmen gedacht und die hierfür veranschlagten Haushaltsmittel für Neubaudarlehen, Zahlung einer Fangprämie und einer Abwrackhilfe aufgegliedert worden.

Um die zweckentsprechende Verwendung und Ausschöpfung der für die Hilfsmaßnahmen vorgesehenen Mittel zu gewährleisten, ist es erforderlich, die gegenseitige Deckungsfähigkeit festzulegen.

Stellungnahme der Bundesregierung:

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die in § 6 Abs. 3 RWB genannten Voraussetzungen für die Zulassung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit (ähnliche oder nahe verwandte Aufgaben) sind nicht erfüllt.

Tit. 601 — Zuschüsse an Anstalten außerhalb der Bundesverwaltung —

Stellungnahme des Bundesrates:

Der Ansatz ist um 1 007 200 DM auf 8 073 700 DM zu ermäßigen.

In Höhe des bereits gesperrten Betrages von 1 007 200 DM dient die Kürzung in erster Linie der Unterstützung der Bestrebungen des Bundes, Stellenvermehrungen entgegenzutreten.

Stellungnahme der Bundesregierung:

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderung wird nach Auffassung der Bundesregierung bereits durch die ausgebrachten Sperrvermerke hinreichend Rechnung getragen. Die Sperre wird nur im Falle eines unabweisbaren Bedarfs aufgehoben werden.

Tit. 613 — Zuschüsse zur Förderung der Zucht des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung in den Ländern Niedersachsen und Rheinland-Pfalz —

Stellungnahme des Bundesrates:

In der Erläuterung ist der letzte Satz in Absatz 1 zu streichen.

Der gestrichene Satz steht im Widerspruch zu dem Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, in dem zum Ausdruck kommt, daß die Förderung der Zucht des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung bis zur Wiedervereinigung eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern sei.

Stellungnahme der Bundesregierung:

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 616 — Zuschüsse zur Erschließung des Emslandes —

Stellungnahme des Bundesrates:

In Absatz 3 der Erläuterungen ist der Satz

„Die hierfür bereitgestellten Bundesmittel sind auf dem Behördenweg den Bauträgern unmittelbar zuzuleiten."

zu streichen.

Bis 1961 einschließlich wurden die Bundesmittel der Emsland-GmbH unmittelbar zugewiesen. Seit 1962 werden sie im Landeshaushalt in Einnahme und Ausgabe veranschlagt und durch die Landeskasse geleitet. Unter Beachtung des § 3 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages, wonach die Finanzierung und die Geldmittelbewirtschaftung der Emsland-GmbH obliegen, werden die Bundesmittel vom Land der Emsland-GmbH durch Zuwendungsbescheid unter Beachtung der Zuwendungsrichtlinien bewilligt. Die neue Bestimmung in den Erläuterungen würde ein Abweichen von dem bisherigen Verfahren sein, gegen den Gesellschaftsvertrag verstoßen und einen unerträglichen Eingriff in die Verwaltungshoheit des Landes bedeuten.

Stellungnahme der Bundesregierung:

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Nach der Regierungsvorlage soll die Bewirtschaftung des Bundeszuschusses unter der Verantwortlichkeit des Landes durch dessen zuständige Behörden erfolgen. Die Bundesregierung vermag nicht zu erkennen, daß hierin ein Eingriff in die Verwaltungshoheit des Landes gesehen werden kann.

Tit. 965 — Seßhaftmachung von verheirateten Landarbeitern („Grüner Plan 1962") —

Stellungnahme des Bundesrates:

Die Erläuterungen sind wie folgt zu ergänzen:

„Es können auch Maßnahmen gefördert werden, die der baulichen Verbesserung, insbesondere der hygienischen und sanitären Anlagen, in Landarbeitereigenheimen und Werkswohnungen dienen."

Die Seßhaftmachung von Landarbeitern kann auch durch solche Maßnahmen nachhaltig gefördert werden.

Stellungnahme der Bundesregierung:

Die Bundesregierung wird den Ergänzungsvorschlag des Bundesrates prüfen.

Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung —

Kap. 11 05 — Bundsarbeitsgericht in Kassel —

Kap. 11 07 — Bundessozialgericht in Kassel —

Tit. 101 — Dienstbezüge, Zulagen und Zuwendungen für Richter und planmäßige Beamte (einschließlich der in Planstellen angestellten Beamten auf Probe) —

Stellungnahme des Bundesrates:

Die kw-Vermerke „1. Januar 1964" sind jeweils in „1. Januar 1965" zu ändern.

Die Geschäftslage des Bundesarbeitsgerichts und des Bundessozialgerichts macht es dringend erforderlich, daß die kw-Vermerke noch nicht ab 1. Januar 1964 zum Zuge kommen. Es sollte im übrigen bei den weiteren Haushaltsberatungen nochmals geprüft werden, ob sich eine Vollziehung der kw-Vermerke rechtfertigen läßt.

Stellungnahme der Bundesregierung:

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Kap. 11 10 — Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen —

Tit. 300 — Versorgungsbezüge —

a) Die für Kapitalabfindungen vorgesehenen Mittel in Höhe von 155 000 000 DM reichen erfahrungsgemäß nicht aus. Um die Auszahlung der bewilligten Kapitalabfindungen nicht zu gefährden, mußten in den Rechnungsjahren 1961 und 1962 vorschußweise Landesmittel bereitgestellt werden. Diese Hilfestellung der Länder kann im Hinblick auf die eindeutige Zuständigkeit des Bundes im Rechnungsjahr 1963 nicht erneut in Betracht kommen.

Der Bundesrat geht deshalb von der Erwartung aus, daß erforderlichenfalls so ausreichende Mittel für Kapitalabfindungen zur Verfügung gestellt werden können, daß daraus die vorschußweise von den Ländern verausgabten Beträge abgedeckt und die laufenden Neuanträge bewilligt und ausbezahlt werden können.

Zu a)

Die Bundesregierung hat von der Bemerkung des Bundesrates Kenntnis genommen.

b) Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die auch von der Bundesregierung als notwendig anerkannte Fortführung der Neuordnung des Kriegsopferrechts vorrangig ist. Nach seiner Auffassung muß das vorgesehene Zweite Neuordnungsgesetz im Laufe des Haushaltsjahres 1963 verabschiedet werden.

Zu b)

Die Bundesregierung hat die Neuordnung des Kriegsopferrechts ohnhin in ihre Planungen eingeschlossen.

Tit. 303 — Kosten der Heilbehandlung —

Nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 des Vierten Überleitungsgesetzes vom 27. April 1955 (BGBl. I S. 189) trägt der Bund die Kosten der Heilbehandlung. Er hat daher den Ländern die für die Heilbehandlung in versorgungseigenen Krankenanstalten und Heilstätten entstehenden Kosten nach näherer Bestimmung einer Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zu ersetzen.

Der Bundesrat muß zu seinem Bedauern erneut feststellen, daß die Rechtsverordnung trotz wiederholter Vorstellungen der Länder bisher noch nicht ergangen ist. Nachdem seit dem Auftrag durch den Gesetzgeber zum Erlaß der Rechtsverordnung nahezu 8 Jahre vergangen sind, ist die Ablösung des Schwebezustandes durch eine rechtsverbindliche Regelung über die den Ländern zu erstattenden Pflegekosten für die Heilbehandlung in den Versorgungskrankenhäusern, -krankenanstalten und -heilstätten dringend geworden.

Auch die Bundesregierung bedauert, daß die Rechtsverordnung noch nicht erlassen werden konnte. Auf die Ursachen der Verzögerung wurde bereits in der Stellungnahme der Bundesregierung zu den Bemerkungen des Bundesrates zum Bundeshaushalt für das Rechnungsjahr 1961 hingewiesen. Die Länder haben inzwischen nach einem von der Bundesregierung vorbereiteten Selbstkostenblatt Selbstkostenberechnungen für die in Betracht kommenden Versorgungskrankenanstalten aufgestellt. Diese Selbstkostenberechnungen sollen nach entsprechender Auswertung als Grundlage für die weitere Behandlung der Angelegenheit dienen.

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

Kap. 11 11 — Arbeitslosenhilfe —

Tit. 300 — Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe —

Stellungnahme des Bundesrates:

Der Ansatz von 37 536 000 DM ist um 2 208 000 DM auf 35 328 000 DM herabzusetzen.

Die Schätzung der Zahl der Hauptbetragsempfänger (HbE) in der Arbeitslosenhilfe, die der Veranschlagung der Unterstützungsmittel bei diesem Titel zugrunde gelegt wird, lag in den letzten Jahren erheblich über der Zahl der tatsächlich angefallenden Unterstützungsfälle, wie nachstehende Übersicht ergibt:

	Schätzung.	Ist	Weniger	
1959	151 000	90 668	50 332	(33,3 v. H.)
1960	96 000	51 092	44 908	(46,8 v. H.)
1961	52 200	23 748	28 452	(54,3 v. H.)

Für 1962 schätzte die Bundesregierung die Zahl der HbE auf 31 000. Bereits der Bundestag hatte diese Schätzung im Zuge der Haushaltsberatungen um 8350 auf 22 635 reduziert mit der Begründung, daß die anhaltende gute Beschäftigungslage auch für 1962 eine weitere Herabsetzung der Unterstützungsmittel aus der Arbeitslosenhilfe rechtfertigt. Nach neuesten Schätzungen kann jedoch mit einem noch stärkeren Rückgang auf etwa 19 000 Fälle im Jahre 1962 gerechnet werden.

Bei dieser Sachlage erscheint die Schätzung der Bundesregierung für 1963, die nur von einem weiteren Rückgang um 2000 auf 17 000 Unterstützungsfälle ausgeht, nicht als ausreichend. Da infolge der anhaltenden Vollbeschäftigung und des starken Überhangs an offenen Stellen die Lage auf dem Arbeitsmarkt auch im kommenden Jahr äußerst angespannt bleiben wird, kann in Anpassung an die tatsächliche Entwicklung für 1963 ohne Bedenken eine Minderungsquote zwischen 15 und 20 v. H. zugrunde gelegt werden, was einem Rückgang der Unterstützungsfälle von 19 000 um 3000 auf 16 000 entspricht.

Bei einem Unterstützungskopfsatz von jährlich 2208 DM vermindert sich der Ansatz entsprechend um 2 208 000 DM.

Stellungnahme der Bundesregierung:

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Gegenüber den Vorjahren hat sich in den Sommermonaten dieses Jahres die Zahl der Arbeitslosen nur noch geringfügig verringert. Bei dem anhaltend starken Überhang an offenen Stellen konnte der Arbeitsmarkt im wesentlichen nur durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte entlastet werden. Damit dürfte nunmehr der „harte Kern" an Arbeitslosen erreicht sein, so daß kaum ein noch ins Gewicht fallendes Absinken der Zahl der Empfänger von Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe erwartet werden kann.

Tit. 303 — Pauschalabgeltung der persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Durchführung der Arbeitslosenhilfe —

Stellungnahme des Bundesrates:

Der Ansatz vermindert sich von 2 739 800 DM um 110 400 DM auf 2 629 400 DM.

Infolge der Kürzung des Ansatzes bei Kap. 11 11 Tit. 300 verringert sich zwangsläufig auch die Verwaltungskostenpauschale um 5 v. H. des Kürzungsbetrages von 2 208 000 DM = 110 400 DM.

Stellungnahme der Bundesregierung:

An der Regierungsvorlage wird festgehalten (siehe Stellungnahme zu Kap. 11 Tit. 300).

Stellungnahme des Bundesrates — Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 12 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr —

Kap. 12 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 604 — Durchführung notwendiger Maßnahmen auf dem Gebiet der Berufsausbildung der Seeleute —

Stellungnahme des Bundesrates:

a) Absatz 2 der Erläuterungen ist wie folgt zu fassen:

„Der Titel wird für Zuschüsse an die Zentralorganisation für seemännische Ausbildung, für die Bordausbildung auf geeigneten Seeschiffen und für die Vorausbildung an Land verwendet."

b) In Absatz 3 der Erläuterungen sind die Worte „Zu a):" zu streichen.

Die Neufassung erlaubt eine Verwendung der Mittel gemäß dem Bedarf.

Stellungnahme der Bundesregierung:

Zu a) und b)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die von der Bundesregierung gewählte Veranschlagungsart gestattet es, zu Buchstaben a und b der Erläuterungen nicht in Anspruch genommene Mittel im Bedarfsfalle für die Vorausbildung von Seeleuten an Land gemäß Buchstabe c der Erläuterungen zu verwenden.

Kap. 12 03 — Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung —

Tit. 713 — Anpassung des Nord-Ostsee-Kanals an den gesteigerten Schiffsverkehr, 4. Teilbetrag —

Stellungnahme des Bundesrates:

Über den Ansatz von 10 000 000 DM hinaus ist eine Bindungsermächtigung von 3 000 000 DM aufzunehmen.

Die Ansätze im Haushaltsentwurf 1963 für die Anpassung des Nord-Ostsee-Kanals an den gestiegenen Schiffsverkehr sind in Ansehung des dringlichen Nachholbedarfs des in seinen Einrichtungen teilweise überalterten Kanals unbefriedigend.

Für den Nachholbedarf und die Modernisierung dieses am meisten befahrenen Seekanals der Welt müssen Beträge ausgeworfen werden, die zulassen, wirklich durchgreifende Maßnahmen in wesentlich kürzerer Zeit auszuführen. Diese Wasserstraße mußte bereits 1962 gegenüber der Vorkriegszeit einen doppelt so großen Verkehr aufnehmen.

Bei den im Haushaltsentwurf vorgesehenen Jahresraten würde sich der Ersatz der überalterten Anlagen und ihrer Modernisierung auf einen zu langen Zeitraum erstrecken, so daß die Verkehrsbedürfnisse nicht mehr ausreichend befriedigt werden könnten.

Stellungnahme der Bundesregierung:

Die Bundesregierung hält an der Regierungsvorlage fest.

Zum Eingehen vertraglicher Verpflichtungen in dem vom Bundesrat vorgesehenen Rahmen bietet bereits § 45 b RHO ausreichende Möglichkeiten.

Stellungnahme des Bundesrates

Tit. 820 — Beteiligung an den Bauvorhaben der Rhein-Main-Donau AG durch Gewährung von Darlehen, 17. Teilbetrag —

Tit. 821 — Bau einer Staustufe im Main beim km 76,0 (Kleinostheim), 1. Teilbetrag —

In Tit. 820 ist der Ansatz von 9 000 000 DM um 2 000 000 DM auf 11 000 000 DM zu erhöhen,

in Tit. 821 ist der Ansatz von 3 000 000 DM um 2 000 000 DM auf 1 000 000 DM zu kürzen und

in Tit. 820 ist die Zweckbestimmung durch folgenden Vermerk zu ergänzen:

„Der Bundesminister für Verkehr wird ermächtigt, über die im Rechnungsjahr 1963 als 17. Teilbetrag veranschlagte Summe hinaus eine weitere Darlehnszusage gegenüber der Rhein-Main-Donau AG bis zur Höhe von 9 000 000 DM zu gewähren."

Die Projektierung des Neubaues der Staustufe Kleinostheim ist zwar abgeschlossen, aber die Genehmigung des Projektes und das entsprechende Planfeststellungsverfahren werden noch mindestens ein Jahr beanspruchen. Der angesetzte Ausgabebetrag kann im Rechnungsjahr 1963 nicht verbraucht werden.

Die Ausgabemittel sollen vielmehr zur Aufstokkung der Beteiligung des Bundes an den Bauvorhaben der RMD-AG durch Gewährung von Darlehen verwendet werden. Die für den Weiterbau der RMD-Großschiffahrtsstraße auf der Strecke Bamberg-Nürnberg bisher vorgesehenen Bundesmittel sind unzureichend. Die Zurückführung weiterer Haushaltsmittel ist im Hinblick auf die hohe wirtschafts- und verkehrspolitische Bedeutung der RMD-Großschiffahrtsstraße und zur Erreichung der nach der Planung vorgesehenen Bauziele dringend erforderlich.

Bei der interministeriellen Besprechung vom 10. September 1958 in Bonn wurde der grundsätzliche Baubeschluß für den Kanalabschnitt Bamberg-Nürnberg vom Bund und Bayern gefaßt. Der damals eingehend erörterte Finanzierungsplan baute bereits auf der Annahme auf, daß der Bund ab 1963 einen Beitrag für den Kanalbau von jährlich 20 000 000 DM und das Land Bayern einen Beitrag von jährlich 10 000 000 DM leistet. Der Bundesminister für Verkehr erklärte seinerzeit dazu, daß die Erhöhung im Rahmen des Plafonds der Bundeswasserstraßen aufgefangen werden könne, da zur gleichen Zeit durch Beendigung anderer großer Bauvorhaben (Dortmund-Ems-Kanal, Neckarkanalisierung) entsprechende Haushaltsbeträge verfügbar sein würden. Der Bundesminister der Finanzen betonte, daß er den Willen habe, dieses Projekt im Rahmen des Möglichen zu fördern.

Auf der Grundlage der Besprechung des Jahres 1958 wurde von der RMD-AG mit dem Bau des Kanalabschnitts Bamberg-Nürnberg im Jahre 1959 ausschließlich mit Mitteln der Gesellschaft begonnen und die Bauarbeiten seither beträchtlich vorangetrieben. Eine Kürzung der beantragten Bauzuweisungen nach dem Ansatz im Haushaltsplan 1963 würde es der RMD-AG jedoch unmöglich machen,

Stellungnahme der Bundesregierung

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Durch den Bau einer neuen Staustufe bei Kleinostheim im Main — Tit. 821 — sollen drei aus den Jahren 1913 bis 1921 stammende Nadelwehre bei Großwelzheim, Kleinostheim und Stockstadt ersetzt werden. Dieser Ersatz ist nicht aufschiebbar, da die genannten Nadelwehre den heutigen Verkehrsanforderungen nicht mehr entsprechen und ihr Bestand nicht mehr gesichert ist. Die laufende Planung und Planfeststellung werden daher beschleunigt durchgeführt, damit die Bauarbeiten im Rechnungsjahr 1963 anlaufen und zügig fortgeführt werden können.

Der Aufnahme einer Bindungsermächtigung als Zusatz zur Zweckbestimmung bei Tit. 820 bedarf es nicht, da bei Vorliegen der Voraussetzungen auf Grund der Ermächtigung des § 45 b RHO geholfen werden kann.

Stellungnahme des Bundesrates

in dieser Weise weiter zu verfahren. Die Lage wird ferner dadurch beträchtlich erschwert, daß es bisher noch völlig offen ist, mit welchen Bundesbeiträgen für die Jahre ab 1964 gerechnet werden kann.

Um wenigstens für das Jahr 1964 eine, wenn auch begrenzte, Planung zu ermöglichen, soll die Bindungsermächtigung von 9 000 000 DM ausgebracht werden.

Stellungnahme der Bundesregierung

Kap. 12 10 — Bundesfernstraßen —

Tit. 310 — Aufwendungen für den Straßenbauplan —

Dem Ansatz bei Kap. 12 10 Tit. 310 wird zugestimmt mit der Maßgabe, daß es sich um den Betrag für das erste Jahr des 2. Vierjahresplans für den Ausbau der Bundesfernstraßen handelt, der Bestandteil des Haushaltsplans bleiben muß. Die Zustimmung zu Tit. 310 bedeutet keine Stellungnahme zu dem in der einschlägigen Erläuterung erwähnten Straßenbauplan, da dieser zur Zeit der Beratung nicht vorgelegen hat.

Bei dem Ansatz bei Kap. 12 10 Tit. 310 handelt es sich um den Betrag für das erste Jahr des 2. Vierjahresplans.

Das Programm des 2. Vierjahresplans ist in dem Straßenbauplan, der dem Haushalt 1963 Kap. 12 10 als Anlage beigefügt wird, enthalten.

Einzelplan 15 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen —

Kap. 15 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 670 — Zuschuß zu den Kosten der Errichtung und Unterhaltung eines Deutschen Instituts für medizinische Dokumentation —

Der Titel ist in einen Leertitel umzuwandeln.

Der Ansatz von 90 000 DM für die Errichtung und Unterhaltung eines Deutschen Instituts für medizinische Dokumentation ist unverändert und auch mit dem gleichen Sperrvermerk aus dem Vorjahreshaushalt des Bundesministers des Innern (Epl. 06) übernommen. Nach den Erläuterungen zu diesem Titel ist vorgesehen, daß Bund und Länder je zur Hälfte die Kosten für Errichtung und Unterhaltung des Instituts für medizinische Dokumentation tragen. Die Verhandlungen hierüber sind bisher nicht abgeschlossen. Auch stehen den Ländern Mittel zur Aufbringung der Hälfte der Gesamtkosten zur Zeit nicht zur Verfügung. Die Kosten der Errichtung des Instituts stehen zudem noch nicht fest. Es sollte deshalb für 1963 hier nur ein Leertitel ausgebracht werden.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der veranschlagte Betrag wird zur Vorbereitung der Errichtung des Instituts bereits 1963 benötigt.

Stellungnahme des Bundesrates — Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 961 — Zuschuß für den Neubau des Deutschen Gesundheitsmuseums in Köln —

Stellungnahme des Bundesrates:

Der Titel ist in einen Leertitel umzuwandeln. Der Ansatz von 740 000 DM für den Neubau des Deutschen Gesundheitsmuseums in Köln ist unverändert aus dem Vorjahreshaushalt des Bundesministers des Innern (Epl. 06) übernommen worden. Nach den Erläuterungen zu diesem Titel ist vorgesehen, daß die Baukosten zu je einem Drittel vom Bund, dem Lande Nordrhein-Westfalen und von der Gesamtheit der übrigen Länder aufgebracht werden. Die Ausbringung eines Ansatzes für 1963 erscheint entbehrlich, da bis Mitte 1963 ein Baustopp besteht und nicht abzusehen ist, ob mit dem Neubau noch im Jahre 1963 begonnen werden kann.

Stellungnahme der Bundesregierung:

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Tit. 962 — Förderung der Entwicklung von technischen Hilfen für Kinder mit schweren Mißbildungsformen (sogenannte Contergan-Fälle) sowie Zuschüsse zur Förderung der notwendigen Erweiterung bestehender Fachkliniken und Sonderschulen insbesondere von freien gemeinnützigen Krankenanstalten und privaten Krankenanstalten, die die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeitsverordnung erfüllen (§ 10 Abs. 2 und 3 Gem.VO), für diese Kinder —

a) Forschungsaufträge

b) Zuschüsse zur Erweiterung von Fachkliniken und Sonderschulen

Stellungnahme des Bundesrates:

a) In der Zweckbestimmung sind die Worte „insbesondere von freien gemeinnützigen Krankenanstalten und privaten Krankenanstalten," zu streichen,

Stellungnahme der Bundesregierung:

zu a)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.
Die Zuschüsse sollen in erster Linie solchen Fachkliniken und Sonderschulen zugute kommen, die die erforderlichen Mittel nicht oder nicht in voller Höhe von ihren Trägern erhalten können.

Stellungnahme des Bundesrates:

b) Die Erläuterungen unter Nr. 2 Abs. 4 sind wie folgt zu ergänzen:

„Es dürfen nur Fachkliniken gefördert werden, die Sonderstationen im Einvernehmen mit der Regierung des Sitzlandes einrichten."

In jedem Bundesland sind nur wenige Sonderstationen für den genannten Zweck erforderlich und möglich. Die Auswahl dieser Stationen erfolgt durch die zuständigen obersten Landesbehörden ausschließlich nach besonderer fachlicher Eignung und Verkehrslage. Eine Vergabe der vorgesehenen Bundesmittel nach dem sachfremden Gesichtspunkt der Trägerschaft ist nicht vertretbar. Jede Überkapazität der zu schaffenden Spezialeinrichtungen führt zur Bindung von Fachärzten und Fachkräften, die an anderer Stelle unentbehrlich sind.

Stellungnahme der Bundesregierung:

zu b)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Stellungnahme des Bundesrates:

c) In der Zweckbestimmung ist das Wort „Sonderschulen" jeweils durch das Wort „Sonderbetreuungsstätten" zu ersetzen.

Die Änderung empfiehlt sich zur Vermeidung einer Verwechslung mit der landesrechtlich bestehenden Schulform der Sonderschule, die hier nicht gemeint sein kann.

Stellungnahme der Bundesregierung:

Zu c)

Die Frage einer Ersetzung des Wortes „Sonderschulen" durch „Sonderbetreuungsstätten" wird geprüft werden.

Stellungnahme des Bundesrates

d) Der letzte Absatz der Erläuterungen ist zu streichen. Die hier ausgewiesenen Mittel sollen nach dem Vorwort zum Entwurf des Einzelplans 15 für 1963 u. a. „zur Erfüllung bundeswichtiger Aufgaben von großer gesundheitspolitischer Bedeutung" dienen. Es widerspricht der getrennten Aufgabenverantwortung und Finanzhoheit von Bund und Ländern, daß die Länder zu Bundesaufgaben Beiträge leisten sollen. Ferner ist zwischen dem Bund und den Ländern 1959 vereinbart worden, daß neue Dotationsauflagen nicht eingeführt werden sollen.

Stellungnahme der Bundesregierung

Zu d)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Einzelplan 25 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung —

Kap. 25 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 545 — Darlehen an die Länder zur wohnungsmäßigen Unterbringung junger Ehepaare in b) Familienheimen und Eigentumswohnungen —

a) Der Ansatz von 1 000 000 DM ist um 2 000 000 DM auf 3 000 000 DM zu erhöhen.

Die Praxis in den Ländern hat erwiesen, daß die angesetzten Kassenmittel mit Sicherheit zu gering sein werden. Auch nach dem Auslaufen der bisherigen Aktion „Junge Familie" bleibt ein zahlenmäßig großer Personenkreis, der gezwungen ist, die neuen Mittel in Anspruch zu nehmen.

Zu a)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates unter der Voraussetzung einer gleich hohen Kürzung bei Tit. 588 zu.

b) In den Erläuterungen „Zu Unterteil b):" ist die Bindungsermächtigung von 5 000 000 DM auf 10 000 000 DM zu erhöhen.

Siehe Begründung zu dem Änderungsvorschlag unter Buchstabe a.

Zu b)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Gegenüber der bisherigen Maßnahme ist der begünstigte Personenkreis schärfer abgegrenzt und eingeschränkt worden. Eine Erhöhung der vorgesehenen Bindungsermächtigung ist deshalb nicht erforderlich.

Tit. 588 — Sonstige Förderung von Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues —

Der Ansatz bei „a) Darlehen" ist von 29 235 200 DM um 2 000 000 DM auf 27 235 200 DM zu kürzen.

Deckungsvorschlag für die Erhöhung des Ansatzes bei Tit. 545.

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu.

— Allgemeine Ausgaben —

Die Bundesregierung wird um Prüfung gebeten, welche Möglichkeiten bestehen, die Aktionen „Junge Familie" und „Besser und schöner wohnen" nicht zu dem vorgesehenen Termin abzuschließen, sondern eine längere Auslauffrist vorzusehen.

Die Aktionen haben sich sehr gut bewährt. Es ist bedauerlich, wenn sie abrupt beendet werden.

Die Aktionen sind bei den durchführenden Kreditinstituten mit Wirkung vom 22. Oktober 1962 abgeschlossen worden. Eine Verlängerung der Auslauffrist ist nicht mehr möglich.

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 26 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte —

Kap. 26 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 307 — Entschädigungen an ehemalige Kriegsgefangene —

Der Ansatz von 68 000 000 DM ist um 50 000 000 DM auf 18 000 000 DM herabzusetzen.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Zahlung der Entschädigungen sind unverändert geblieben, und der Empfängerkreis wird naturgemäß immer kleiner.

Eine Erhöhung des Ansatzes ist somit nicht begründet und die Kürzung um 50 000 000 DM gerechtfertigt.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Ein Teilbetrag von 50 000 000 DM wird gesperrt.

Tit. 607 — Beihilfen an Deutsche aus der Sowjetzone oder aus dem Sowjetsektor von Berlin zur Beschaffung von Möbeln und sonstigem Hausrat (Einrichtungshilfe) —

Der Ansatz von 94 300 000 DM ist um 70 000 000 DM auf 24 300 000 DM herabzusetzen.

Nach den Feststellungen der Bundesländer nimmt der Kreis der Anspruchsberechtigten ab. In ihren Haushalten haben sie unter Berücksichtigung der Istausgaben daher Mittel eingesetzt, die eine Bundesbeteiligung von höchstens 24 300 000 DM erfordert. Die Kürzung des Ansatzes um 70 000 000 DM ist daher begründet.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Ein Teilbetrag von 70 000 000 DM wird gesperrt.

Einzelplan 29 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Familien- und Jugendfragen —

Kap. 29 01 — Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen —

Tit. 571 — Bundesjugendplan —

c) Beihilfen (Überbrückungsvorschüsse und Zuschüsse) an jugendliche Zuwanderer für ihre Schul- und Berufsausbildung (einschließlich Umschulung und Fortbildung)

Absatz 4 der Erläuterungen ist zu streichen.

Da die Gewährung der betreffenden Beihilfen nicht eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern, sondern allein eine Aufgabe des Bundes ist, kann bei der Gewährung der Bundesmittel eine angemessene Selbstbeteiligung der Länder nicht zur Auflage gemacht werden.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Stellungnahme des Bundesrates — Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 661 — Zuwendungen für Familienferienstätten —

a) Absatz 1 der Erläuterungen ist durch folgenden Satz zu ergänzen:

„Die Verplanung der Mittel erfolgt im Benehmen mit dem jeweiligen Sitzland."

Auch bei Gewährung von Bundesmitteln für Familienferienstätten von zentraler Bedeutung ist eine Abstimmung mit dem jeweiligen Sitzland erforderlich, um eine sachgerechte und sparsame Verwendung der für Familienerholung zur Verfügung stehenden Bundes- und Landesmittel sicherzustellen.

zu a)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

b) Absatz 2 der Erläuterungen ist zu streichen.

Eine Ausweitung der Dotationsauflagen über das bisher bestehende Maß hinaus sollte vermieden werden, solange nicht eine grundsätzliche Regelung zwischen Bund und Ländern in dieser Frage herbeigeführt worden ist.

zu b)

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Einzelplan 32 — Bundesschuld —

Kap. 32 03 — Bundesschuldenverwaltung in Bad Homburg v. d. Höhe und Berlin —

Tit. 301 — Ausgaben aus Anlaß der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits —

Der Ansatz von 66 893 600 DM ist um 18 000 000 DM auf 48 893 600 DM zu kürzen.

Im Entwurf der Bundesregierung ist ein Anleihedisagio von 2 v. H. zugrunde gelegt. Nach den bisherigen Erfahrungen und der voraussichtlichen Lage auf dem Kapitalmarkt im Jahr 1963 ist ein Disagio um 1 v. H. als ausreichend zu erachten. Hierdurch ergibt sich eine Minderausgabe von 18 000 000 DM (1 v. H. von 1 800 000 000 DM).

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Das veranschlagte Disagio von 2 v. H. stellt einen Durchschnittssatz dar, ein Satz von 1 v. H. ist zu niedrig. In dem veranschlagten Betrag sind auch die Ausgaben für Bankenprovision und sonstige Unkosten enthalten. Sie sind mit 3 v. H. anzusetzen. Bei der Veranschlagung ist auch bereits berücksichtigt, daß nicht der ganze Anleihebedarf langfristig, sondern ein Teil mittelfristig durch Ausgabe von Kassenobligationen, bei denen Ausgaben für Bankenprovision und sonstige Unkosten entfallen, beschafft wird. Der veranschlagte Betrag ist eher zu niedrig als zu hoch.

Kap. 32 05 — Verzinsung und Tilgung —

Tit. 680 — Verzinsung der Anleihen des Bundes (einschließlich der jährlichen Tilgung) —

Der Ansatz von 1 029 108 000 DM ist um 18 000 000 DM auf 1 011 108 000 DM zu kürzen. In der Erläuterung zu Tit. 680 Buchstabe r ist ein Zinsbetrag von 72 000 000 DM für Bundesanleihen 1962 eingesetzt. Dieser Ansatz geht von in 1962 aufzunehmenden Bundesanleihen in Höhe von 1 200 000 000 DM (6 v. H. = 72 000 000 DM) aus. Der tatsächliche Umfang der Bundesanleihen 1962 ist mit 900 000 000 DM anzunehmen. Dies ergibt bei einem Zinsfuß von 6 v. H. eine Minderausgabe von 18 000 000 DM.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die bisher in diesem Jahr aufgenommenen Anleihen erfordern einen Zinsaufwand von rd. 55 000 000 DM. Da damit gerechnet werden muß, daß der Bund zur Deckung des Kreditbedarfes für den o. a. Haushalt 1962 weitere Anleihen in Höhe von 400 bis 500 000 000 DM aufnehmen wird, ist der Ansatz berechtigt.

Stellungnahme des Bundesrates / Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 681 — Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse aufgenommenen Mittel —

Der Ansatz von 50 000 000 DM ist um 20 000 000 DM auf 30 000 000 DM zu kürzen.

Der auf 30 000 000 DM herabgesetzte Ansatz erlaubt dem Bund eine ständige Unterhaltung eines Kassenkredits von 900 000 000 DM. Unter Berücksichtigung der fortgesetzten Schwankungen des Bedarfs von Kassenmitteln dürften mit diesem Ansatz auch vorübergehende Anspannungen in der Kassenlage überbrückt werden können.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der Betrag von 50 000 000 DM ist geschätzt. Der Bund wird genötigt sein, auf den Kreditplafond bei der Deutschen Bundesbank im kommenden Jahr weit stärker als bisher zurückzugreifen; dabei ist auch der Zinsendienst für die Regelung von Schatzwechseln und Schatzanweisungen zur kurzfristigen Deckung des Kreditbedarfs berücksichtigt.

Tit. 683 — Bedienung der Ablösungsschuld für die Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Deutschen Reiches und des ehem. Landes Preußen —

Der Ansatz von 90 000 000 DM ist um 20 000 000 DM auf 70 000 000 DM zu kürzen. Nach dem Stand der bisherigen Istausgaben und der Ausgabereste ist Ansatz von 70 000 000 DM ausreichend.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Istausgaben haben für die ersten 9 Monate des Rechnungsjahrs 1962 64 600 000 DM betragen. Für die letzten 3 Monate werden sie danach auf ein Drittel = 21 500 000 DM geschätzt, so daß sich ein Istergebnis von 86 000 000 DM ergibt. Der Ansatz von 90 000 000 DM ist hiernach gerechtfertigt und für eine Kürzung kein Raum.

Kap. 32 07 — Zum Ankauf von Schuldurkunden des Bundes —

Tit. 301 — Zum Ankauf von Schuldurkunden des Bundes und vom Bund verbürgter Schuldurkunden sowie von anderen Wertpapieren, die auf Grund von Schuldurkunden des Bundes begeben sind —

Der Ansatz von 50 000 000 DM ist um 20 000 000 DM auf 30 000 000 DM zu kürzen.

Nach den Erfahrungen der Vorjahre und der voraussichtlichen Entwicklung der Kurse der Bundesanleihen ist ein Ansatz von 30 000 000 DM ausreichend, um den Erfordernissen der Kurspflege für Bundesanleihen vollauf zu genügen.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Entwicklung im Jahre 1962 kann nicht ohne weiteres auf das Jahr 1963 übertragen werden. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß der Bund sich dem Bundesanleihenkonsortium gegenüber verpflichtet hat, angemessene Kurspflegemittel bereitzustellen. Allgemein wird ein Satz von 10 v. H. der begebenen Anleihen als angemessen angesehen. Dieser Betrag wird mit dem Ansatz bei weitem nicht erreicht.

Es ist weiterhin zu berücksichtigen, daß die Anleihen des Bundes nicht unbeträchtlich zugenommen haben und daß der Bund im Jahre 1963 in erhöhtem Maße den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen wird, während der Ansatz seit mehreren Jahren unverändert geblieben ist. Im Interesse des Bundeskredits ist eine wirksame Kurspflege unerläßlich.

Stellungnahme des Bundesrates / Stellungnahme der Bundesregierung

Kap. 32 09 — Schulden des Bundes, die nicht der Verwaltung der Bundesschuldenverwaltung unterliegen —

Tit. 686 — Erstattung der Aufwendungen für den Schuldendienst für Ausgleichsforderungen, deren Schuldner die Länder sind —

Ein Betrag für die Erstattung der Zinsen ist im Tit. 686 nicht veranschlagt. Es wird erwartet, daß die der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern entsprechenden Gesetzentwürfe alsbald den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden.

Die Bundesregierung nimmt Kenntnis.

Einzelplan 35 — Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte —

Die vorgesehenen Gesamtausgaben sind global um 25 000 000 DM zu kürzen.

Eine globale Kürzung ist gerechtfertigt, da die Gesamtausgaben eine sinkende Tendenz aufweisen. Nach dem Haushaltsgesetz 1961 hat das Soll 1961 552 600 000 DM betragen. Das Ist 1961 belief sich nur auf 497 000 000 DM. Das Soll 1962 beträgt 628 400 000 DM, im 1. Rechnungshalbjahr sind 201 900 000 DM, d. h. 32,1 v. H. des Solls, ausgegeben worden (vergleichbares Halbjahresergebnis 1961: 210 800 000 DM).

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Höhe der Istausgaben während der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1962 bildet keine ausreichende Grundlage für die Schätzung des voraussichtlichen Jahresergebnisses der Istausgaben der Rechnungsjahre 1962 und 1963, weil erfahrungsgemäß die Ausgaben gegen Ende des Rechnungsjahres erheblich ansteigen. Auch das Jahresergebnis der Istausgaben für das Rechnungsjahr 1961 gibt keine geeignete Vergleichsmöglichkeit, da das Haushaltssoll der Jahre 1962 und 1963 durch die vermehrten Ausgaben aufgrund der Berlin-Situation bestimmt wird.

Einzelplan 36 — Zivile Notstandsplanung —

Kap. 36 04 — Notstandsmaßnahmen im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern —

In Kap. 36 04 ist ein Leertitel mit folgender Bezeichnung aufzunehmen:

„Tit. ... Schutz und Bevorratungsmaßnahmen aus Anlaß der sich aus Kernwaffenversuchen ergebenden Gefahren"

Nach § 1 in Verbindung mit § 10 AtG führen die Länder derartige Schutzmaßnahmen im Auftrage des Bundes aus.

Da es sich um Maßnahmen des zivilen Bevölkerungsschutzes handelt, muß die Möglichkeit vorgesehen werden, dem Bund gegebenenfalls entstehende Kosten anzulasten.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Von § 1 in Verbindung mit § 10 AtG werden Vorsorgemaßnahmen gegen Gefahren aus Strahlenquellen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nicht erfaßt. Die Durchführung der Maßnahmen ist eine Katastrophenschutzaufgabe, die gemäß Artikel 30 in Verbindung mit Artikel 70 GG als Angelegenheit der Länder anzusehen ist und gemäß Artikel 106 Abs. 4 Nr. 1 GG auch in deren Finanzverantwortung liegt.

Stellungnahme des Bundesrates | Stellungnahme der Bundesregierung

Kap. 36 06 — Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung —

Tit. 302 — Aufklärung der Bevölkerung über eine freiwillige Lebensmittelbevorratung in den Haushaltungen —

Tit. 303 — Erstellung von Informationsmaterial über Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Produktion und des Bestandes von Nahrungsmitteln in Betrieben und Einrichtungen der Land- und Ernährungswirtschaft —

Die Tit. 302 und 303 sind als gegenseitig deckungsfähig zu erklären.

Der Ansatz im Tit. 303 erscheint zu gering. Sofern die in Tit. 302 ausgebrachten Mittel nicht verwendet werden, sollten sie zur Verstärkung der im Tit. 303 angesetzten Beträge herangezogen werden, weil die Erstellung von Informationsmaterial über Schutzmaßnahmen vordringlich erscheint.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Titelansätze sind entsprechend den Planungen gebildet worden. Etwaige Mehrausgaben bei Tit. 303 können bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen gemäß § 33 RHO in Verbindung mit Artikel 112 GG geleistet werden, wobei Einsparungen bei Tit. 302 zur Deckung dienen können.

Einzelplan 60 — Allgemeine Finanzverwaltung —

Kap. 60 01 — Steuern und Abgaben —

Tit. St 1 — Umsatzsteuer —

Der Ansatz von 18 500 000 000 DM ist um 50 000 000 DM auf 18 550 000 000 DM zu erhöhen.

Schon die bisherige Entwicklung im laufenden Rechnungsjahr läßt die sichere Erwartung zu, daß der von der Bundesregierung veranschlagte Ansatz überschritten wird. Auch unter Zugrundelegung gleichbleibender Preise ist eine Erhöhung gerechtfertigt. Da das Haushaltsvolumen hierdurch nicht erhöht wird, wird auch das Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung hiervon nicht berührt.

Der Bundesrat begründet seinen Erhöhungsvorschlag mit der Aufkommensentwicklung im laufenden Rechnungsjahr. Das Aufkommen aus der Umsatzsteuer wird jedoch im Rechnungsjahr 1962 mit höchstens 17 600 000 000 DM (= + 7,2 v. H.) gegenüber dem im Haushaltsplan veranschlagten Soll von 17 800 000 000 DM um mindestens 200 000 000 DM zurückbleiben. Bei einer voraussichtlichen Steigerung des Sozialprodukts um 7,9 v. H. im Jahre 1962 wird sich die Umsatzsteuer nur um 7,2 v. H. gegenüber 1961 erhöhen und damit nicht einmal proportional zum Sozialprodukt entwickeln. Für 1963 hat die Bundesregierung das Aufkommen aus der Umsatzsteuer optimistisch veranschlagt, indem sie eine Zunahme der Einnahmen um 5,1 v. H. bei einem erwarteten Wachstum des Bruttosozialprodukts um 5,0 v. H. unterstellt hat. Einen noch höheren Ansatz hält die Bundesregierung für nicht gerechtfertigt.

Tit. St 9 — Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer —

Der Ansatz von 15 090 000 000 DM ist um 1 881 700 000 DM auf 13 208 300 000 DM herabzusetzen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß im Rechnungsjahr 1963 im Bundesgebiet (einschließlich Berlin) ein Aufkommen dieser Steuern von 37 260 000 000 DM zu erwarten sein wird. Die Gesamtheit der Länder hat jedoch ihren Landeshaushalten 1963 ein Aufkommen von 37 738 000 000 DM zugrunde gelegt. Für das Rechnungsjahr 1963 müssen Bund und Länder bei den gemeinschaftlichen Steuern von derselben Steuerschätzung ausgehen.

Der Bundesrat begründet seinen Erhöhungsvorschlag damit, daß für das Rechnungsjahr 1963 Bund und Länder bei den gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen wegen ihrer Risikogemeinschaft auch von einem gemeinsamen Steuersoll ausgehen müßten. Die Bundesregierung hält es ebenfalls für wünschenswert, daß Bund und Länder zu einem gemeinsamen Ansatz für die Einkommen- und Körperschaftsteuer kommen. Der vom Bundesrat geforderte Ansatz von 37 738 000 000 DM für die Steuern vom Einkommen ist jedoch nicht das addierte Soll der 11 Länderhaushalte, da von 3 Ländern die Haushalts-

Stellungnahme des Bundesrates

Mit Rücksicht auf diese „Risikogemeinschaft" ist eine Erhöhung des Ansatzes notwendig. Mit diesem Ansatz bleibt die Bundesregierung noch unter ihrer Schätzung vom 15. Juni 1962, die mit allen wissenschaftlichen Instituten abgestimmt war.

35 v. H. Bundesanteil an dem in den Länderhaushalten 1963 insgesamt veranschlagten Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer von 37 738 000 000 DM ergeben 13 208 300 000 DM. Der Differenzbetrag zwischen dem vom Bund in Tit. St 9 veranschlagten Betrag und dem soeben genannten Betrag beläuft sich auf 1 881 700 000 DM. Werden von diesem Betrag die sich aus den vorgeschlagenen Verbesserungen ergebenden 919 775 600 DM abgesetzt, so verbleibt eine Deckungslücke von 961 924 400 DM.

Stellungnahme der Bundesregierung

entwürfe noch nicht vorliegen. Wegen der in den letzten Monaten rückläufigen Entwicklung der Steuereinnahmen werden einzelne Länder im Verlauf der Haushaltsberatungen wahrscheinlich noch Herabsetzungen ihrer ursprünglichen Ansätze vornehmen müssen. Ein gemeinsamer Schätzungsbetrag für die Steuern vom Einkommen setzt ferner voraus, daß hinsichtlich der wesentlichen Bestimmungsgründe für die Schätzung des Aufkommens der vier Steuern vom Einkommen Bund und Länder von denselben Annahmen ausgehen. Dies trifft aber besonders für die Schätzung der Lohnsteuereinnahmen für das Jahr 1963 nicht zu. Die Ansätze für die Lohnsteuer sind in einigen Länderhaushalten so hoch, daß sie sich nur bei Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme von über 7 v. H. realisieren lassen. Dies aber verstößt gegen den auch von den Ländern akzeptieren Grundsatz, bei den Steuerschätzungen keine inflationistische Entwicklung zu unterstellen.

Die Bundesregierung hält deshalb an ihren Schätzungsgrundlagen sowie an der Veranschlagung eines erhöhten Bundesanteils bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer fest.

Tit. St 11 — Tabaksteuer —

Der Ansatz von 4 320 000 000 DM ist um 120 000 000 DM auf 4 440 000 000 DM zu erhöhen.

Siehe Begründung für den Änderungsvorschlag zu Tit. St 1.

Der Bundesrat begründet seinen Erhöhungsvorschlag mit der Aufkommensentwicklung im laufenden Rechnungsjahr. Das Aufkommen aus der Tabaksteuer wird in 1962 mit höchstens 4 130 000 000 DM (= + 6,1 v. H.) gegenüber dem Haushaltsansatz von 4 200 000 000 DM um mindestens 70 000 000 DM zurückbleiben. Das bedeutet, daß die Einnahmen aus der Tabaksteuer 1962 wesentlich langsamer zunehmen als die für die Verbrauchsausgaben maßgebenden Masseneinkommen, die bisher um über 10 v. H. gestiegen sind. Auch bei der Tabaksteuer ist die Bundesregierung für 1963 von der optimistischen Annahme ausgegangen, daß bei einer Zunahme der Masseneinkommen um etwa 5 v. H. das Tabaksteueraufkommen in etwa demselben Maße, nämlich um 4,6 v. H. steigt. Der Erhöhungsvorschlag des Bundesrates bedeutet eine Zunahme der Einnahmen aus der Tabaksteuer in 1963 um 7,5 v. H. Da der Bundesrat die der Steuerschätzung der Bundesregierung zugrunde gelegten Annahmen hinsichtlich der Lohnentwicklung in 1963 für richtig hält, geht der Vorschlag des Bundesrates weit über die beim Tabakkonsum zu erwartende Verbrauchssteigerung hinaus und ist deshalb abzulehnen.

Stellungnahme des Bundesrates / Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. St 12 — Kaffeesteuer —

Der Ansatz von 810 000 000 DM ist um 30 000 000 DM auf 840 000 000 DM zu erhöhen.

Siehe Begründung für den Änderungsvorschlag zu Tit. St 1.

Der Bundesrat begründet seinen Erhöhungsvorschlag mit der Aufkommensentwicklung im laufenden Rechnungsjahr. Das Aufkommen aus der Kaffeesteuer wird 1962 mit höchstens 780 000 000 DM (= + 4,7 v. H.) gegenüber dem Haushaltsansatz von 820 000 000 DM um mindestens 40 000 000 DM zurückbleiben. Das bedeutet, daß die Einnahmen aus der Kaffeesteuer im Jahre 1962 wesentlich langsamer zunehmen als die für den Kaffeekonsum maßgebenden Masseneinkommen, die bisher um über 10 v. H. gestiegen sind. Auch bei der Kaffeesteuer ist die Bundesregierung für 1963 von der optimistischen Annahme ausgegangen, daß bei einer Zunahme der Masseneinkommen um etwa 5 v. H. das Kaffeesteueraufkommen um 3,8 v. H. steigt. Der Erhöhungsvorschlag des Bundesrates bedeutet eine Zunahme der Einnahmen aus der Kaffeesteuer in 1963 um 7,7 v. H. Da der Bundesrat aber die der Steuerschätzung der Bundesregierung zugrunde gelegten Annahmen hinsichtlich der Lohn- und Rentenentwicklung in 1963 für richtig hält, geht der Vorschlag des Bundesrates weit über die beim Kaffeekonsum zu erwartende Verbrauchssteigerung hinaus und ist deshalb abzulehnen.

Tit. St 24 — Mineralölsteuer —

Der Ansatz von 3 900 000 000 DM ist um 100 000 000 DM auf 4 000 000 000 DM zu erhöhen.

Siehe Begründung für den Änderungsvorschlag zu Tit. St 1.

Der Bundesrat begründet seinen Erhöhungsvorschlag mit der Aufkommensentwicklung im laufenden Rechnungsjahr. Das Aufkommen aus der Mineralölsteuer wird nach letzten Ergebnissen mit höchstens 3 650 000 000 DM (= + 9,8 v. H.) den Haushaltsansatz um 30 000 000 DM unterschreiten; diesem Einnahmezuwachs entspricht eine Sozialproduktszunahme von 7,9 v. H. Wenn der Bundesrat für 1963 bei einem Wachstum des Bruttosozialprodukts um 5,0 v. H. eine Steigerung des Mineralölsteueraufkommens um fast das Doppelte, d. h. um 9,6 v. H. annimmt, so geht auch dieser Erhöhungsvorschlag weit über die zu erwartenden Verbrauchssteigerungen beim Mineralöl hinaus. Die Bundesregierung hält auf Grund der Erfahrungsziffern nur eine Aufkommenserhöhung um 6,8 v. H. für gerechtfertigt.

Kap. 60 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 199 — Verstärkung der Mittel für Personalausgaben — ohne den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung — für Beamte, Richter sowie Versorgungsempfänger —

Der Ansatz von 250 000 000 DM ist um 100 000 000 DM auf 150 000 000 DM herabzusetzen.

Bei Durchsicht der Personalhaushalte hat der Bundesrat festgestellt, daß in zahlreichen Fällen die Personalausgaben wesentlich zu hoch angesetzt sind. Er mußte feststellen, daß — bei gleichem oder fast gleichem Personalbestand — die Haushaltsansätze 1963 weit über den entsprechenden Istausgaben des Rechnungsjahres 1961 liegen. Selbst wenn man die Mittel für freie Planstellen und die

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der vorgeschlagenen Kürzung kann aus folgenden Gründen nicht zugestimmt werden:

1. Der Ansatz von 250 000 000 DM liegt bereits unter dem tatsächlichen Mehrbedarf, der sich aus dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes — Drucksache IV/625 — sowie aus dem Entwurf eines Dritten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Ver-

Stellungnahme des Bundesrates

zwischenzeitlichen und noch zu erwartenden Lohn- und Gehaltserhöhungen berücksichtigt, sind die Ansätze übersetzt. Deswegen konnten in den vergangenen Jahren auch die Istausgaben nie das Haushaltssoll für Personalausgaben erreichen. So wurden

das Soll 1958	um	233 100 000 DM
das Soll 1959	um	108 300 000 DM
der Verstärkungsbetrag 1960	um	110 000 000 DM und
das Soll 1961	um	182 000 000 DM

unterschritten.

Angesichts dieser Zahlen erscheint die vorgeschlagene Kürzung gerechtfertigt.

Stellungnahme der Bundesregierung

sorgungsbezügen — BR-Drucksache 311/62 — ergibt.

Darüber hinaus sind in dem Ansatz von 250 000 000 DM nicht die automatischen Auswirkungen auf die Angestelltenvergütungen aus der Erhöhung des Ortszuschlages berücksichtigt worden.

2. Die vom Bundesrat angegebenen früheren Personalminderausgaben enthalten die Personalkosten des Bundesministeriums der Verteidigung, dessen personelle Schwierigkeiten in erster Linie diese Minderausgaben verursacht haben. Der Personalverstärkungstitel für das Rechnungsjahr 1963 hat den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung ausdrücklich ausgeschlossen.

   Im übrigen sind die früheren Minderausgaben bei den Personaltiteln der zivilen Haushalte nicht erheblich; sie sind durch die von der Bundesregierung bereits vorgenommene Kürzung des Ansatzes gegenüber dem tatsächlichen Bedarf berücksichtigt worden.

— Allgemeine Ausgaben —

Es ist folgender neuer Titel auszubringen:

„Tit. 300 (neu) — Minderausgabe wegen 20%iger Kürzung eines Teils der zivilen Bauausgaben mit einem Ansatz von 100 000 000 DM."

Im Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1962 ist eine Kürzung der zivilen Bauausgaben um 114 745 000 DM vorgesehen. Für das volle Rechnungsjahr 1963 ist daher mit dem Betrag von mindestens 100 000 000 DM Einsparung zu rechnen.

Die Bundesregierung muß dem Vorschlag des Bundesrates widersprechen.

Die Mittel für Bauausgaben sind im Rechnungsjahr 1963 mit Rücksicht auf die konjunkturellen Überhitzungserscheinungen auf dem Bausektor unter Anlegung eines strengen Maßstabes veranschlagt worden. Sämtliche Bauvorhaben sind vom Bedarf her notwendig. Die von der Bundesregierung auch für 1963 vorgesehene allgemeine 20 v. H.-Sperre ist ausschließlich unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten und nicht aus Deckungsgründen beschlossen worden. Die teilweise Umwandlung der Sperre in eine Kürzung verkennt den Zweck der Sperre.

Tit. 954 — Leistungen des Bundes zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau —

1. Der Bundesrat erwartet, daß das gesamte Aufkommen an Heizölsteuer entsprechend der Bestimmung des Artikels 4 des Mineralölsteueränderungsgesetzes vom 26. April 1960 (BGBl. I S. 241) für energiepolitische Zwecke, insbesondere für Maßnahmen zur Anpassung des Steinkohlenbergbaues an die veränderte Lage auf dem Energiemarkt, verwendet wird und nach Möglichkeit auch revierfernen Gebieten zugute kommt.

   Nach Artikel 120 GG trägt der Bund die Lasten der Sozialversicherung. Er kann daher nicht einen Teil der hierfür nicht vorgesehenen Einnahmen aus der Heizölsteuer heranziehen. Nach Artikel 4 des Mineralölsteueränderungsgesetzes dienen diese Einnahmen nur energiepolitischen Zwecken.

Zu 1.

Die Rationalisierung im Steinkohlenbergbau ist in erster Linie Aufgabe der davon betroffenen Länder. Der Bund hat das überregionale Interesse an den vorgesehenen Maßnahmen durch die Haushaltsansätze Kap. 60 02 Tit. 954 und 956 anerkannt. Die Mittel hierfür stehen aus dem Heizölsteueraufkommen zur Verfügung. Die Leistungen der Länder können daraus nicht finanziert werden (Artikel 109 GG).

Stellungnahme des Bundesrates

2. Der Bundesrat stellt fest, daß die Erläuterungen zu Kap. 60 02 Tit. 954 und 956 das noch zu erlassende Gesetz nicht präjudizieren können.

Aus den Erläuterungen geht hervor, daß die Beteiligung des Bundes an den aufzubringenden Beträgen eine Beteiligung anderer öffentlicher Geldgeber voraussetzt. Das dahingehende Gesetz ist noch nicht verabschiedet; die Erläuterungen können daher dieses Gesetz nicht präjudizieren.

Stellungnahme der Bundesregierung

Zu 2.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

— Einmalige Einnahmen —

Es ist ein neuer Titel

„Mehreinnahme aus den sonstigen öffentlichen Einnahmen" mit einem Ansatz von „100 000 000 DM" auszubringen.

Der Finanzausschuß des Bundesrates hat in zahlreichen Stichproben feststellen können, daß die Bundesregierung in ihrem Entwurf die Sonstigen Einnahmen erheblich zu niedrig veranschlagt hat. In Anbetracht der Vielzahl von Einzeltiteln war der Finanzausschuß aus Zeitmangel nicht in der Lage, alle in Frage kommenden Titel einzeln zu behandeln und für jeden Titel einen Antrag auf Erhöhung zu stellen. Die Auffassung des Finanzausschusses, daß in den Einnahmetiteln erhebliche Reserven enthalten sind, bestätigt sich, wenn man die Isteinnahmen der vergangenen Jahre mit den Haushaltsansätzen vergleicht. Danach waren in den Jahren 1957 bis 1961 allein bei den Titeln für ordentliche Sonstige Einnahmen (unter Ausschaltung aller außergewöhnlichen und das Bild verfälschenden Ergebnisse) Reserven von jeweils 100 bis 300 000 000 DM enthalten. Im ersten Halbjahr 1962 sind bei diesen Titeln ebenfalls bereits Mehreinnahmen in Höhe von 60 000 000 DM festzustellen. Der Finanzausschuß hat zur Erfassung der zu erwartenden Mehreinnahmen aus den Sonstigen Einnahmen daher die Einrichtung eines globalen Einnahmetitels vorgeschlagen.

Dem Vorschlag kann nicht gefolgt werden.

Die Verwaltungseinnahmen sind bereits gegenüber dem Vorjahr um 500 000 000 DM erhöht worden. Der Hinweis auf die Mehreinnahmen in 1961 läßt außerdem unberücksichtigt, daß es sich bei einem großen Teil dieser Einnahmen nur um durchlaufende Posten handelt, denen entsprechende Mehrausgaben gegenüberstehen, und daß insoweit die bei diesen Titeln gebuchten Beträge dem Bund nicht als echte Deckungsmittel verbleiben. So entfallen von dem 1961 nachgewiesenen Mehr von 302 000 000 DM allein rd. 200 000 000 DM auf solche haushaltsneutralen Geldbewegungen.

Im übrigen kann den Schätzungen der Einnahmeansätze ohnehin nicht in jedem Fall das Aufkommen des Vorjahres zugrunde gelegt werden, weil es sich hierbei der Art nach weitgehend nicht um regelmäßig wiederkehrende, sondern um außergewöhnliche Einnahmen handelt.

Kap. 60 04 — Sonderleistungen des Bundes —

Tit. 315 — Leistungen auf Grund des Gesetzes zur allgemeinen Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reichs entstandener Schäden (Allgemeines Kriegsfolgengesetz) vom 5. November 1957 (einschließlich der Kosten der bei der Darlehensgewährung eingeschalteten Kreditinstitute ohne Verwaltungskosten der Lastenausgleichsbank) —

Der Ansatz von 46 000 000 DM ist um 5 000 000 DM auf 41 000 000 DM zu kürzen.

In der Vergangenheit haben die Ausgaben nie das Soll erreicht. Deswegen sind auch im ersten Rechnungshalbjahr 1962 aus diesem Ansatz erst 8 400 000 DM gezahlt worden. Der gekürzte Ansatz reicht voll aus, die zu erwartenden Ausgaben zu bestreiten.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die bisherige Istausgabe kann nicht als Grundlage für die Bemessung des Haushaltsansatzes 1963 dienen.

Für die Ausgaben auf Grund des II. Teiles des AKG (Nr. 1 der Erläuterungen) betrug die Ausgabe im Rechnungsjahr 1961 rd. 38 900 000 DM bei einem Soll von 25 000 000 DM. Für das Rechnungsjahr

Stellungnahme des Bundesrates

Stellungnahme der Bundesregierung

1963 muß wiederum mit einer Ausgabe mindestens in Höhe des Haushaltsansatzes von 25 000 000 DM gerechnet werden. Die Istausgabe für das erste Halbjahr 1962 von 8 400 000 DM bezieht sich auch nicht auf den gesamten Titelansatz, sondern nur auf Nr. 1 der Erläuterungen. Im übrigen sollen aus dem Ansatz nunmehr auch die Mehrbelastungen gedeckt werden, die durch die von der Bundesregierung am 30. April 1962 beschlossene Erweiterung der Richtlinien über die Gewährung von Überbrückungsdarlehen für Reparations- usw. -geschädigte entstehen. Diese Erweiterung ist der Ausgleichsverwaltung erst jetzt mit den Durchführungsbestimmungen des Bundesausgleichsamts bekanntgegeben worden. Danach muß nunmehr auch mit der vollen Inanspruchnahme des nach den Erläuterungen für diesen Zweck angesetzten Betrages von 20 000 000 DM gerechnet werden.

Tit. 350 — Leistungen auf Grund des Bundesrückerstattungsgesetzes und der alliierten Rückerstattungsgesetze —

Der Ansatz von 450 000 000 DM ist um 50 000 000 DM auf 400 000 000 DM zu kürzen.

In der Vergangenheit haben die Ausgaben nicht das Soll erreicht. Der gekürzte Ansatz reicht völlig aus, die zu erwartenden Ausgaben zu bestreiten. Die Istausgaben im 1. Rechnungshalbjahr 1962 betrugen 174 400 000 DM; es ist nicht damit zu rechnen, daß die sich hieraus ergebende Ausgabenentwicklung 1963 wesentlich anders verlaufen wird.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die Bearbeitung der noch anhängigen Verfahren wird durch Verstärkung des Personals beschleunigt. Die veranschlagten Haushaltsmittel werden deshalb im Rechnungsjahr 1963 schneller abfließen, so daß der Haushaltsansatz in voller Höhe benötigt wird.

Tit. 620 — Zahlungen nach dem Spar-Prämiengesetz vom 5. Mai 1959 —

Der Ansatz von 50 000 000 DM ist um 10 000 000 DM auf 40 000 000 DM herabzusetzen.

Die von der Bundesregierung vorgesehene Erhöhung ist nicht realistisch, da im Augenblick noch nicht übersehen werden kann, wieviel Zahlungen durch den Tod, Heirat oder Erwerbslosigkeit der Sparer anfallen werden.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der von der Bundesregierung vorgesehene Haushaltsansatz von 50 000 000 DM ist nicht überhöht, da im Rechnungsjahr 1963 nicht nur die durch Tod, Heirat oder Erwerbsunfähigkeit von Sparern vorzeitig fällig werdenden Sparprämien zu leisten sind, sondern auch die Sparprämien für die im Mai und Juni 1959 abgeschlossenen allgemeinen Sparverträge, soweit die Kreditinstitute von der Möglichkeit Gebrauch machen, diese für die Sparer erst am 1. Januar 1964 fällig werdenden Sparprämien bereits ab Juli 1963 bei den Finanzämtern anzufordern. Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß schon nach der jetzigen Rechtslage in den nächsten Jahren wesentlich höhere Zahlungen geleistet werden müssen, für die keinerlei Rücklagen zur Verfügung stehen.



Anlage
zum Funktionenplan
für das Rechnungsjahr 1963
— Regierungsentwurf —

Haushaltsquerschnitt

(Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Rechnungsjahr 1963)

– Regierungsentwurf –

Aufgabenbereiche des Funktionenplans	Einnahmen					
	Fortdauernde Einnahmen					
	Verwaltungseinnahmen	Betriebseinnahmen	Gewinne aus Unternehmen, Einnahmen aus Sondervermögen	Zinsen und Tilgung	Zuweisungen von Gebietskörperschaften/LAF/SV (Z) / Zuschüsse	Steuern (St) / Sonstige Einnahmen
Titel	1 — 14	15 — 24	25 — 44	45 — 60	61 — 65	St, 66 — 69
	1	2	3	4	5	6
Ordentlicher Haushalt						
A. Bundespräsident, Oberste Staatsorgane...	1,4	0,1	—	1,0	—	0,9
B. Auswärtige Angelegenheiten............	4,1	—	—	0,2	—	0,2
C. Verteidigung (einschl. zivile Verteidigung)	42,8	0,4	0.0	68,1	3,0	65,2
D. Öffentliche Sicherheit	0,8	—	—	0,6	—	0,5
E. Rechtsschutz	2,9	—	—	0,0	—	0,0
F. Inn. Verwaltung u. allgem. Staatsaufgaben	0,3	3,0	—	—	—	0,1
G. Finanzverwaltung......................	32,4	—	—	5,5	—	1,0
H. Unterricht	—	—	—	—	—	—
J. Hochschulen und Wissenschaft	8,0	1,6	—	2,6	(Z) 0,0 1,1	3,1
K. Kunst, Volksbildung usw.	—	—	—	—	—	—
L. Soziale Sicherung	26,3	0,0	—	39,2	(Z) 1,5	20,5
M. Gesundheit, Sport, Jugendpflege	0,0	—	—	1,0	—	—
N. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten..	5,7	0,1	0,1	63,4	(Z) 4,7 30,0	1 025,7
O. Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung	—	—	—	2,8	—	—
P. Wirtschaft	60,6	—	—	115,8	20,0	0,2
R. Verkehr (einschl. Straßenwesen).........	138,2	0,2	—	37,2	1,1	4,0
S. Bau- und Wohnungswesen [4])	0,0	—	2,7	189,6	—	5,2
T. Wiedergutmachung	—	—	—	—	—	—
U. Besondere Kriegsfolgeaufgaben	—	—	—	2,6	—	—
V. Wirtschaftsunternehmen	1,6	13,6	641,0	4,9	0,6	—
W. Allgemeines Finanzwesen	—	119,9	—	81,1	—	(St) 51 908,6 81,4
Ordentlicher Haushalt zusammen........	325,0	138,9	643,8	[7]) 615,9	(Z) 6,2 55,8	(St) 51 908,6 1 208,0
Außerordentlicher Haushalt						
C. Verteidigung (einschl. zivile Verteidigung)	—	—	—	—	—	—
N. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	—	—	—	—
O. Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung	—	—	—	—	—	—
P. Wirtschaft	—	—	—	—	—	—
R. Verkehr	—	—	—	—	—	—
S. Bau- und Wohnungswesen	—	—	—	—	—	—
V. Wirtschaftsunternehmen	—	—	—	—	—	—
W. Allgemeines Finanzwesen	—	—	—	—	—	—
Außerordentlicher Haushalt zusammen....	—	—	—	—	—	—
Gesamtsumme....	325,0	138,9	643,8	[7]) 615,9	62,0	53 116,6
darunter: *Durchlaufende Mittel*	—	—	*10,8*	—	—	(St) *1 755,0*

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — [1]) Einschl. 251,5 Mill. DM Erstattungen (14 02/222). — [2]) Darunter 361,2 Mill. DM an Lastenausgleichsfonds. — [3]) Abweichend von der Veranschlagung im Haushaltsplan sind hier Bauten und Grunderwerb für Bundesfernstraßen nicht in Spalte 12, sondern in den Spalten 21 und 22

Haushaltsquerschnitt

Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Rechnungsjahr 1963 — Regierungsentwurf —

Haushalts-Soll in Millionen DM *)

Einmalige Einnahmen: Anleihen (A)	Insgesamt	Ausgaben: Personalausgaben / Versorgung (V)	Sachausgaben	Allgemeine Ausgaben: Zuweisungen an Gebietskörpersch./LAF/SV (Z) / Zuschüsse, Beihilfen	Renten, Unterstützungen (R) / Sonstige Ausgaben	Betriebsausgaben	Zuschüsse an Unternehmen, Ausgaben an Sondervermögen, Rücklagen / Bürgschaften (B)	Darlehen an Gebietskörperschaften/LAF/Sozialversicherung	Sonstige Darlehen	Zuweisungen an Gebietskörperschaften/LAF/Sozialversicherung	Zuschüsse und Beihilfen	Schuldendienst (Sch) / Übrige Ausgaben	Zusammen	Einmalige Ausgaben: Erwerb von Grundstücken	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten / Dahrlehen (D)	Anschaffung von Fahrzeugen, Einrichtungsgegenständen u. dgl.	Erwerb von Beteiligungen	Subventionen (S) / Sonstige einmalige Ausgaben	Zusammen	Insgesamt	Aufgabenbereiche
70—99	1—99	100—199	200—299	300—399		400—499	500—529	530—569, 570 a—599 a		570 b—599 b, 600—679		680—699	300—699	700—709	710—849	850—889	890—900	901—999	700—999	100—999	
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	
0,1	3,6	293,1	66,3	—	110,1	—	—	—	—	0,2	1,2	—	111,4	—	2,8	4,5	—	1,6	9,0	479,8	A.
0,2	4,7	125,4	28,3	—	131,3	—	—	—	—	—	11,2	—	142,4	1,5	25,0	2,3	—	0,8	29,5	325,6	B.
6,7	186,2	3 672,2 (V) 208,1	1) 600,6	(Z) 55,6 20,3	(R) 3,0 3 320,0	0,4	—	5,8	5,8	184,0	382,9	—	3 977,7	130,7	1 742,3 (D) 20,0	1 787,3	—	5 654,2	9 334,5	17 793,1	C.
0,4	2,2	143,2	17,6	0,3	53,2	—	—	0,7	—	0,1	2,5	—	56,7	—	52,8	70,1	—	17,2	140,1	357,6	D.
0,0	2,9	28,8	2,8	—	1,6	—	—	—	—	—	0,2	—	1,8	—	1,0	0,1	—	0,9	2,0	35,5	E.
0,0	3,3	36,9	4,8	(Z) 0,0 0,7	(R) 0,0 77,2	—	—	—	—	—	68,0	—	146,0	—	0,5	0,1	—	67,1	67,7	255,3	F.
0,4	39,4	444,0	139,1	—	221,2	—	—	—	—	—	0,3	—	221,5	0,8	6,8 (D) 1,8	4,4	—	2,5	16,2	820,8	G.
—	—	—	—	47,2	—	—	—	—	—	20,9	0,6	—	68,6	—	—	—	—	2,8	2,8	71,4	H.
1,3	17,6	57,2	20,0	0,2	27,6	2,9	—	—	—	230,2	579,3	—	840,2	0,0	14,8	5,5	—	130,2	150,5	1 027,8	J.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16,1	47,1	—	63,2	—	—	—	—	9,6	9,6	72,7	K.
0,8	88,3	14,1 (V) 1 981,5	1,8	(Z) 655,1 2,9	(R) 3 949,3 14,3	—	—	8,0	36,9	2) 7 724,3	708,4	—	13 099,2	—	—	0,0	—	55,4	55,4	15 151,9	L.
—	1,0	0,1	0,0	—	0,0	—	—	—	25,0	3,6	65,2	—	93,9	—	—	—	—	31,7	31,7	125,6	M.
0,0	1 129,8	5,1	1,8	—	1,3	1,9	—	28,0	237,5	895,2	1 192,1	—	2 356,0	—	—	0,0	—	(S) 680,3 40,2	720,6	3 083,5	N.
—	2,8	—	—	—	0,0	—	—	—	—	271,2	35,1	—	306,3	—	1,3	—	—	0,6	1,9	308,1	O.
0,0	196,7	40,8	6,5	—	153,3	—	(B) 100,0	—	87,0	177,0	371,4	—	888,7	—	0,2	0,2	—	(S) 225,7 105,5	331,6	1 267,6	P.
1,2	181,9	139,8	17,8	(Z) 205,9	3) 623,8	0,1	—	7,5	2,7	1,7	115,0	—	956,7	18,0	1 834,0	21,3	2,8	21,4	1 897,5	3 011,9	R.
—	197,6	6,0	57,2		0,1	—	—	689,4	6,0	406,2	59,7	—	1 161,4	—	0,4 (D) 95,5	—	5,7	—	101,6	1 326,2	S.
1,0	1,0	4,0	0,0	(Z) 1 500,0	450,0	—	—	—	—	—	16,9	250,0	2 216,9	—	—	—	—	—	—	2 221,0	T.
1,1	3,7	—	—	(Z) 9,7	48,0	—	—	—	—	13,7	19,4	—	90,8	—	—	—	—	77,7	77,7	168,5	U.
20,3	681,9	—	—	—	12,5	9,4	1 048,2	—	5,4	—	120,6	14,0	1 210,1	—	0,2	0,0	—	5,6	5,8	1 215,9	V.
76,4	52 267,4	(V) 468,9	8,0	—	53,5	73,7	—	275,0	—	5) 3 172,1	50,0	(Sch) 6) 1 760,4	5 384,7	13,0	11,5	—	—	6,1	30,6	5 892,1	W.
109,9	55 012,0	5 010,3 (V) 2 658,5	8) 932,6	(Z) 2 426,3 71,5	(R) 3 952,3 5 299,1	88,5	1 048,2 (B) 100,0	1 014,4	406,3	13 116,4	3 846,9	(Sch) 1 760,4 264,0	33 394,4	164,0	3 693,5 (D) 117,3	1 895,8	8,5	(S) 906,0 6 231,0	13 016,1	55 012,0	
—	—	—	—	—	—	—	—	19,2	—	—	—	—	19,2	88,0	(D) 404,2	—	—	—	492,2	511,4	C.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	372,3	—	—	—	372,3	—	—	—	—	—	—	372,3	N.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	35,0	—	—	—	35,0	—	—	—	—	—	—	35,0	O.
3,0	3,0	—	—	—	—	—	—	—	47,0	—	670,0	—	17,0	—	—	—	42,7	—	42,7	759,7	P.
—	—	—	—	—	—	—	—	23,0	—	—	—	—	—	—	8,0	—	—	—	8,0	8,0	R.
(A) 1 799,2	1 799,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23,0	—	—	—	—	—	—	23,0	S.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	35,0	—	—	—	—	—	—	—	61,6	—	61,6	61,6	V.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31,2	—	31,2	31,2	W.
3,0 (A) 1 799,2	1 802,2	—	—	—	—	—	—	42,2	454,3	—	670,0	—	1 166,5	88,0	8,0 (D) 404,2	—	135,5	—	635,7	1 802,2	
1 912,1 —	56 814,2 *1 765,8*	7 668,8 —	8) 932,6	2 497,8 —	9 251,4 —	88,5 —	1 148,2 —	1 056,6 —	860,6 —	13 116,4 *1 755,0*	4 516,9 *10,8*	2 024,4 —	34 541,4 *1 765,8*	252,0 —	4 223,0 —	1 895,8 —	144,0 —	7 137,0 —	13 651,8 —	56 814,2 *1 765,8*	

nachgewiesen. — [4]) Ohne Straßenwesen. — [5]) Darunter 1 755 Mill. DM an Lastenausgleichsfonds. — [6]) Einschließlich 125,0 Mill. DM Erstattung der Tilgung für die Ausgleichsforderungen, deren Schuldner die Länder sind. — [7]) Davon: 196,6 Mill. DM Zinsen und 419,2 Mill. DM Tilgung. — [8]) Darunter 182,1 Mill. DM Erstattung von Verwaltungskosten an Gebietskörperschaften.

Titelübersicht zum Haushaltsquerschnitt

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes nach Titelgruppen

Titel bzw. Titelgruppe	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
		— in Millionen DM —				
	I. Einnahmen					
	Ordentlicher Haushalt					
	Fortdauernde Einnahmen					
St 1—42	Steuern					
St 1—3	Besitz- und Verkehrsteuern	21 035,0		20 260,0		60 01/St 1—3
St 9	Einkommen- und Körperschaftsteuer	15 090,0		12 082,0		60 01/St 9
St 10—24	Zölle und Verbrauchsteuern	14 020,0		13 551,0		60 01/St 10—25
St 35	Abgabe »Notopfer Berlin«	5,0		15,0		60 01/St 35, 36
St 39	Ausgleichszahlungen aus dem Spielbankaufkommen	3,6		3,2		60 01/St 39
St 40—42	Lastenausgleichsabgaben (durchlaufende Mittel)	1 755,0	51 908,6	2 040,0	47 951,2	60 01/St 40—42
1—14	Verwaltungseinnahmen					
1	Mieten und Pachten	40,9		37,1		Sämtl. Einzelpläne
2 u. 14 02/4	Verkauf von Geräten und Ausstattungsgegenständen	27,9		28,1		Sämtl. Einzelpläne
3 u. 12 02/4	Gebühren	183,7		183,1		Sämtl. Einzelpläne
4	Ausgleichsbeträge nach dem Gesetz zu Art. 131 Grundgesetz	1,0		1,0		33 07/4
4	Aus Untersuchungen, Vorträgen usw.	0,4		0,4		Sämtl. Einzelpläne
5	Geldstrafen und Geldbußen	3,5		3,1		Sämtl. Einzelpläne
6	zugunsten der Bundeskasse eingezogene Vermögenswerte	0,6		0,7		Sämtl. Einzelpläne
7	Veröffentlichungen	7,8		7,6		Sämtl. Einzelpläne
8	Erstattung von Prozeßkosten	0,1		0,1		Sämtl. Einzelpläne
9	Erstattung von Verwaltungskosten	14,7		21,9		Sämtl. Einzelpläne
10—13	Erstattungen (hier auch Verwaltungskosten)	44,0		36,0		Sämtl. Einzelpläne
14	Verkauf von Altstoffen	0,4	325,0	0,4	319,4	Sämtl. Einzelpläne
15—24	Betriebseinnahmen		138,9		135,8	Sämtl. Einzelpläne
25—44	Gewinne aus Unternehmen, Einnahmen aus Sondervermögen		643,8		590,5	Sämtl. Einzelpläne
45 a—60 a	Tilgung					
	von Gebietskörperschaften	221,9		256,9		Sämtl. Einzelpläne
	von Dritten	197,3	419,2	131,3	388,2	Sämtl. Einzelpläne
45 b—60 b	Zinsen					
	von Gebietskörperschaften	85,6		93,7		Sämtl. Einzelpläne
	von Dritten	111,0	196,6	92,3	186,0	Sämtl. Einzelpläne

Titel bzw. Titelgruppe	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
		— in Millionen DM —				
61—65	**Zuweisungen und Zuschüsse**					
	von Gebietskörperschaften	34,0		34,0		10 02/61, 64 a, 65
	von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	1,0		1,0		11 13/61
	von Dritten	5,3		5,5		Sämtl. Einzelpläne
	Abgaben	0,7		0,7		10 02/64 b
	Unfallversicherungsbeiträge	1,0		10,0		35 11 a/63
	aus Ansprüchen an Europäischen Ausrichtungs- u. Garantiefonds	20,0	62,0	—	51,2	60 06/61
66—69	**Übrige Einnahmen**					
67	Abschöpfung	1 010,0		400,0		10 03/67
68	Aus der Prägung von Münzen	80,0		80,0		60 02/68
66—68	Einnahmen im Zusammenhang mit Besatzungs- und Stationierungskosten	9,7		9,5		35
Rest 66—68	Sonstige Einnahmen	64,1		116,2		Sämtl. Einzelpläne
69	Vermischte Einnahmen	44,2	1 208,0	32,1	637,7	Sämtl. Einzelpläne
	Fortdauernde Einnahmen insgesamt		54 902,1		50 260,0	
	Einmalige Einnahmen					
70—79	**Verkaufserlöse**		80,6		80,4	Sämtl. Einzelpläne
80—89	**Kapitalrückzahlungen**					
80	Kapitalrückzahlungen der Unternehmen	1,0		3,7		24 03, 13 03
81—84	Veräußerung von Kapitalvermögen	22,0		89,0		Sämtl. Einzelpläne
85—89	Rücklagenentnahme	—	23,0	—	92,7	
90—99	**Sonstige Einnahmen**					
90	Überschüsse aus Vorjahren	—		—		Sämtl. Einzelpläne
91—95	Darlehen, Anleihen, Kostenbeteiligungen	—		1,5		10 16/95
96	Beiträge der Länder zum Bundeshaushalt 1962			1 050,0		60 02
98	Entnahme aus Rückstellungen	—		—		(60 02/98)
Rest 96—99	Sonstige Einnahmen	6,3	6,3	112,7	1 164,2	Sämtl. Einzelpläne
	Einmalige Einnahmen insgesamt		109,9		1 337,3	
	Ordentliche Einnahmen insgesamt		55 012,0		51 597,3	
	Außerordentlicher Haushalt					
91	Darlehen der Stadt Lübeck zwecks Vorfinanzierung der Kosten der Vertiefung der Trave		3,0		5,0	A 1203
91	Bundesanleihe		1 799,2		1 802,0	A 32 01
	Außerordentliche Einnahmen insgesamt		1 802,2		1 807,0	
	Gesamteinnahmen		**56 814,2**		**53 404,4**	

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —				
		II. Ausgaben					
		Ordentlicher Haushalt					
100—199		**Personalausgaben**					
		Aktivitätsbezüge					
101	.	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten	937,2		903,4		Sämtl. Einzelpläne
102	.	Dienstbezüge der Soldaten	1 952,9		1 589,1		14, 11 08
103	.	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	49,5		39,2		Sämtl. Einzelpläne
104 a	.	Vergütungen der Angestellten	849,0		799,2		Sämtl. Einzelpläne
104 b	.	Löhne der Arbeiter	671,7		576,3		Sämtl. Einzelpläne
105	.	Unterhaltszuschüsse für Beamte im Vorbereitungsdienst	26,6	4 486,9	22,9	3 930,1	Sämtl. Einzelpläne
		Versorgungsbezüge (ohne gemäß Art. 131 Grundgesetz)					
150—156	W 2	Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder und sonstige Versorgungsleistungen	418,4		352,4		33 03, 33 04 u. 33 06
	C 17	darunter: Bundeswehr	(206,4)		(124,1)		33 04
157	W 2	Soziallasten	0,4		0,4		33 06/157
163	W 2	Zusätzliche Renten und Unterstützungen an ausgeschiedene Angestellte und Arbeiter	0,2	419,0	0,2	352,9	33 03/163
150—198	L 63 L 64	Leistungen gem. Art. 131 Grundgesetz		1 981,5		2 107,7	33 07, 33 08
		Sonstige Personalausgaben					
106	.	Unterstützungen	2,8		2,8		Sämtl. Einzelpläne
107	.	Beihilfen	38,9		35,9		Sämtl. Einzelpläne
108	.	Beschäftigungsvergütungen, Trennungsentschädigungen	117,0		97,7		Sämtl. Einzelpläne
109—149,	.	Sonstige Personalausgaben	364,8		266,6		Sämtl. Einzelpläne
160, 161, 164—198	W 2	Sonstige Personalausgaben für Versorgungsempfänger	8,1		7,0		33 03, 33 04, 33 06
	C 17	darunter: Bundeswehr	(1,7)		(1,2)		33 04
199	W 71	Verstärkung der Personalmittel für Beamte, Angestellte, Arbeiter und Versorgungsempfänger	250,0	781,5	92,2	[1]) 502,2	60 02/199
		Personalausgaben insgesamt		7 668,8		6 892,9	
	C 1	*darunter: im Rahmen der Verteidigungsausgaben*		(3 731,5)		(3 076,6)	(14)
		siehe ferner unter: Fachausgaben (300-399)					

[1]) Nachtragshaushalt

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —				
200—299		**Sachausgaben**					
		Allgemeine Sachausgaben					
200	.	Geschäftsbedürfnisse	31,6		29,2		Sämtl. Einzelpläne
201, 207	.	Geräte in Diensträumen und -wohnungen	23,2		17,4		Sämtl. Einzelpläne
202	.	Bücherei	7,9		8,1		Sämtl. Einzelpläne
203	.	Post- und Fernmeldegebühren	48,9		44,7		Sämtl. Einzelpläne
218	.	Kosten für Sachverständige	8,8		7,5		Sämtl. Einzelpläne
219	.	Gerichts- und ähnliche Kosten	1,2		1,2		Sämtl. Einzelpläne
276	G 1	Herstellung von Tabaksteuerzeichen	3,8		3,6		08 04/276
240/241	.	Für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung	5,0		5,0		Sämtl. Einzelpläne
299 u. Rest	.	Vermischte Ausgaben	43,3	173,7	36,2	152,8	Sämtl. Einzelpläne
		Sachausgaben im Zusammenhang mit dem Personal					
215	.	Reisekostenvergütungen					Sämtl. Einzelpläne
		a) Inlandsreisen	39,4		37,2		
		b) Auslandsreisen	12,0		10,0		
		c) in Personalvertretungsangelegenheiten	1,1		0,8		
217	.	Umzugskostenvergütungen	38,7		39,7		Sämtl. Einzelpläne
250	G 1	Dienstbekleidung	4,4		3,9		Sämtl. Einzelpläne
260	.	Kosten der Ausbildung	4,8		7,0		Sämtl. Einzelpläne
298	.	Zuschuß zur Gemeinschaftsverpflegung	11,8	112,2	11,8	110,5	Sämtl. Einzelpläne
		Betrieb von Fahrzeugen					
208/209	.	Betrieb von Dienstfahrzeugen und beamteneigenen Fahrzeugen	21,8		21,1		Sämtl. Einzelpläne
212	G 1	Betrieb von Wasserfahrzeugen	3,2	25,0	3,2	24,3	08 04/212
		Bewirtschaftung von Grundstücken					
206	.	Bewirtschaftung von Dienstgrundstücken und -räumen	289,2		257,2		Sämtl. Einzelpläne
223	W 42	Vermögensabgabe (Lastenausgleich für das ehem. Reichsvermögen usw.)	8,0	297,2	8,0	265,2	24 03/223
		Unterhaltung der Gebäude					
204	.	Unterhaltung der Gebäude	68,1		52,2		Sämtl. Einzelpläne
205	.	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	19,0	87,1	16,3	68,5	Sämtl. Einzelpläne
		Verwaltungskostenerstattungen					
220	.	an die Länder	182,1		152,2		24 03 [1], 14 12, 08 07, 12 03 [2]
	.	an Dritte	12,0	194,1	3,2	155,4	24 03 [2], 60 02, 08 04, 12 03 [1, 3]

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —				
221	G 1	Zuschußbedarf der Zollverwaltung in Berlin		43,2		44,2	08 04/221
		Sachausgaben zusammen		932,6		821,0	
222		Erstattung aus dem Verteidigungshaushalt		± 251,5		± 158,5	Sämtl. Einzelpläne
		Sachausgaben insgesamt		932,6		821,0	
		darunter: im Rahmen der Verteidigungsausgaben (einschl. Erstattungen)		(823,3)		(649,1)	(14)
300—399		**Allgemeine Ausgaben**					
		Fachausgaben der Verwaltung					
		Zuweisungen					
		a) an Gebietskörperschaften					
	C 3	Zivile Notstandsmaßnahmen	37,3		26,8		36 04
	C 25	Verteidigungs- bzw. Besatzungslastenverwaltung	18,3		18,8		35 11 a u. b/300
	F 2	Bundestagswahlen	...		0,1		06 02/300
	L 32 L 65	Kriegsfolgenhilfe (Pauschale an Länder usw.)	557,0		585,1		06 36 (ohne 303 u. 308)
	L 32	Kosten der individuellen Fürsorge für Flüchtlinge aus Ungarn	0,3		0,3		06 36/308
	L 65	Rückführung von Evakuierten ..	0,8		0,9		26 02/309, 310
	L 62	Kriegsgefangenenentschädigung	68,0		18,0		26 02/307
	L 62	Entschädigungen und Eingliederungshilfen an ehemalige politische Häftlinge	10,0		20,0		26 02/308
	L 65	Umsiedlung und Auswanderung	11,9		12,4		26 02/312, 0636/303
	L 32	Härteausgleich für Vergewaltigungen	4,5		4,5		60 04/302
	R 23	Zubringerstraßen, Ortsdurchfahrten, Straßenbrücken usw.	155,0		169,5		12 10/aus 310 [15 00]
	R 23	Verkehrsplanung, Entwürfe, Bauaufsicht	50,7		43,0		12 10/aus 310 [16 00]
	R 23	Erstattung von Befahrungsabgaben	0,2		0,2		12 03/320
	T 21	Bundesentschädigungsgesetz ...	1 500,0		1 500,0		60 04/311
	U 9	Aufwendungen für Kriegsgräber	9,7	2 423,6	9,6	2 409,2	06 15/302
		b) an Sozialversicherung					
	L 31	Pauschalabgeltung der Verwaltungskosten		2,7		3,6	11 11/303
		Zuweisungen zusammen		2 426,3		2 412,8	

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —				
noch: 300—399		**Zuschüsse und Beihilfen**					
	C 12 u. C 13	Verpflegungs- und Bekleidungszuschüsse im Rahmen der Verteidigungsausgaben	20,3		16,7		14 10/303 b 14 11/304
	D 21 u. D 32	Dienstbekleidungszuschüsse im Rahmen des Grenzschutzes und Kriminalamtes	0,3		0,3		06 10/303 06 25/304
	F 39	Maßnahmen zum Ausgleich überhöhter Fahrkosten im Verkehr mit Berlin	0,7		0,5		06 15/304
	H 9	Förderung des Schulwesens im Ausland	47,2		44,8		05 02/303
	L 31	Zuschüsse zur Förderung der Arbeitsaufnahme und Berufsförderung	2,9	71,5	3,8	66,1	11 11/301, 305
		Renten und Unterstützungen (einschl. sozialer Sachausgaben)					
	L 31	Arbeitslosenhilfe	38,1		51,0		11 11/300, 302
	L 32, L 61, L 69 u. C 17	Kriegsopferversorgung	3 629,5		3 770,8		11 10/300 bis 302, 305 bis 309
	L 52	Kriegsopferversorgung/Heilbehandlung	275,9		271,0		11 10/303, 304
	L 69	Unterstützung von Kriegsgefangenen usw.	8,8	3 952,3	8,8	4 101,7	26 02/303, 304, 305
		Unterhaltung und Betrieb					
	R 23	Bundesautobahnen	50,0		44,5		12 10/aus 310 [12 00—12 09]
	R 23	Bundesstraßen	146,0		109,7		12 10/aus 310 [10 00—10 09]
	R 37, V 11	Kreuzungen Schiene/Straße	13,2		10,7		12 10/310 [19 20]
	R 44, 49	Binnenwasserstraßen					
	J 33	A- und B-Kosten	72,3		70,4		12 03/300 A u. B 302—305, 307, 308
		C-Kosten	2,2		1,9		12 03/300 C
	R 44	Seewasserstraßen					
		A- und B-Kosten	72,3		72,0		12 03/301 A u. B, 306 a
		C-Kosten	0,6	356,6	0,9	310,1	12 03/301 C
		Einfacher Um- und Ausbau					
	R 23	Bundesautobahnen	14,0		21,3		12 10/aus 310 [12 10—12 19]
	R 23	Bundesstraßen	206,2		128,9	150,2	12 10/aus 310 [10 10—10 19]

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —				
noch: 300—399		**Ersatzleistungen, Entschädigungen**					
	C 25	Verteidigungs- bzw. Besatzungsschäden	74,0		66,7		35 11 a u. b/311 313, 322, 325, 340
	U 1	Allgemeines Kriegsfolgengesetz	46,0	120,0	46,0	112,7	60 04/315
		Zahlungen an das Ausland (soweit aufteilbar)					
	C 19	Ausbildungshilfe usw. durch ausländische Stellen im Rahmen der Verteidigungsausgaben	109,3		50,5		14 02/303, 311, 314, 315
	C 21	Restfinanzierung von Verpflichtungen der ausländischen Streitkräfte aus der Zeit vor dem 5. Mai 1955	5,0		34,0		35 06/300
	C 25	Laut Abkommen mit Frankreich und Belgien (aus Anlaß der Deportation)	0,1		0,2		35 11 a/314
	L 32	Rückführung von Deutschen	5,9		6,0		26 02/311
	L 32	Unterstützungen für Deutsche im Ausland	0,3		0,3		05 02/305
	L 39 u. Q 49	Seemannsheime und Hilfsvereine im Ausland	0,7		0,6		05 02/313, 314
	L 32	Beihilfen an Vertriebene im Ausland	6,5		6,5		60 04/320
	T 23	Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte	450,0		470,0		60 04/350
	W 12	Gewinnanteil und Ausgleichszahlung an die Svenska Tändsticks Aktiebolaget	3,5	581,3	3,3	571,4	60 02/301
		Ausgaben personeller Art					
	A 21 A 22	Deutscher Bundestag und Bundesrat (Aufwandsentschädigungen, Fahrkosten, Tagegelder)	22,1		22,0		02 01/300—305, 307, 03 01/300, 301, 305
	B 19	Kosten besonderer Aufgaben bei Auslandsvertretungen	1,5		1,8		05 03/325
	B 29	Vergütungen/Auswärtiger Dienst	0,2		0,1		05 02/306
	C 25	Für Arbeitskräfte im Dienst der ausländischen Streitkräfte	8,0		8,0		35 11 a, 35 11 b/310
	E 52	Oberstes Rückerstattungsgericht	0,7		0,6		07 07/300
	R 8	Vergütungen/Wetterdienst	0,9		0,9		12 14/301
	R 49	Freie Lotsen	14,4	47,8	14,4	47,8	12 03/306 b
		Sonstige Ausgaben					
	A 32	Presse- und Informationsamt	68,0		69,8		04 03/300, 303 bis 309 (ohne 309 1 u. 2), 315
	B 29	Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland	120,0		117,9		05 02/302
	C 15	Miete für posteigene Stromwege	37,0		31,0		14 14/304

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.	Haushalts-Soll 1962	Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —		
noch: 300—399	C 1	Verteidigungsausgaben	2 776,8	2 276,3	14 02 bis 14 23
	C 19	Desgl. zur Neudeckung von Ausgaberesten aus Vorjahren		656,5	(14 02/300)
	C 21	Besatzungskosten und Auftragsausgaben in Berlin			
		a) Besatzungskosten	201,5	201,5	35 02/300—305
		b) Auftragsausgaben	73,1	83,1	35 03 u. 35 04/ 300—309
		darunter:			
		Besatzungsschäden	(1,3)	(1,3)	35 03/304
		Kapitalausgaben	(70,0)	(80,1)	35 04/302
	C 25	Im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik und in Berlin	3,7	41,2	35 11 a u. 35 11 b/ 308, 312, 323, 324, 360
	C 31 u. J 39	Ziviler Bevölkerungsschutz	25,2	15,0	06 19/300—399
	C 36, 39	Notstandsmaßnahmen	9,1	6,1	36 04, 36 06, 36 07
	D 1	Verfassungsschutz	6,2	5,9	06 09/300—312
	D 21	Bundesgrenzschutz	32,9	27,6	06 25/301—320 (ohne 304)
	D 21	Kraftfahrzeuge für die Bereitschaftspolizei der Länder	10,0	6,0	06 24/311
	D 32	Bundeskriminalamt	2,3	2,2	06 10/300—312
	F 7	Ziviler Ersatzdienst	2,5	1,8	11 08
	F 42	Bundesnachrichtendienst	58,1	52,5	04 04/300
	F 51	Bundeszentrale für Heimatdienst	10,1	8,6	06 35/300, 303
	G 1	Vergütungen nach dem Zollgesetz	4,0	4,0	08 04/310
	G 22	Herstellung von Schuldurkunden u. ä.	69,4	46,3	32 03/300—304
	G 9	Erstattung von Verwaltungsaufwand	142,8	58,0	60 02/302
	J 33	Verkehrswirtschaftl. Forschungs- und Entwicklungsarbeiten	1,8	1,2	12 10/310 [14 00]
	J 33	Aufträge an wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute	1,8	1,8	09 02/305
	J 2	Bundesgesundheitsamt	2,4	1,4	15 03/300, 301, 304—399
	P 16	Förderung von Entwicklungsländern	129,0	190,0	23 02/300—332
	P 87	Prägekosten für Münzwesen	20,0	20,0	60 02/396
	R 52	Flugsicherung	10,9	9,6	12 15/300—308
	R 8	Deutscher Wetterdienst	5,9	5,5	12 14/300, 302—310
	R 23	Ersatzbetriebsraumbeschaffung, Abwicklung	4,8	9,3	12 10/310 [10 85 bis 10 87, 12 85 bis 12 87]
	R 23	Kosten für neue Kredite	—	—	(12 10/310 [18 00]
	R 23	Bundesanstalt für Straßenbau (Zuschuß)	1,1	1,7	12 10/310 [19 00]
	R 23	Verkehrswirtschaftliche Untersuchungen	5,5	4,0	12 10/310 [17 00]
	R 29	Folgemaßnahmen Dritter beim Straßenbau	11,0	18,0	12 10/310 [19 10]

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —				
noch: 300—399	W 33	Ankauf von Schuldurkunden ...	50,0		50,0		32 07/300, 301, 302
	.	Veröffentlichungen	23,1		22,0		Sämtl. Einzelpläne
	.	Übriges	53,4	3 973,4	52,5	4 098,3	.
		Fachausgaben der Verwaltung zusammen		11 749,2		11 871,1	
	W 72	Minderausgabe im Bundeshaushalt 1962		—		— 735,8[1]	(60 02/300)
400—499		Betriebsausgaben					
	C 16	Liegenschaften für Verteidigungszwecke	0,4		0,4		14 12/403
	J 32, N 47	Betrieb der Fischereiforschungs- und -schutzboote	3,5		2,6		10 01/400, 401
	V 19, V 21, W 42	Unterhaltung und Bewirtschaftung des allgemeinen Sachvermögens einschl. des Forstsplitterbesitzes	83,1		84,5		24 03/400—499
	.	Sonstige	1,5	88,5	1,5	89,0	Sämtl. Einzelpläne
500—509	V 11, V 32	Zuschüsse an Wirtschaftsunternehmen im Sinne des § 15 RHO		1,2		0,6	24 03/501, 502
510—519		Ausgaben an Sondervermögen					
	V 11	Zuwendungen an die Deutsche Bundesbahn		1 047,0		1 047,0	12 02/510
520—524	W 6	Zuführung an Rücklagen ..		—		—	(60 02/520)
525—529	P 65	Inanspruchnahme aus Bürgschaften		100,0		100,0	32 08/525
530—569 u. 570 a—599 a		Darlehen					
		a) an Gebietskörperschaften					
	C 16	Ausbau öffentlicher Verkehrseinrichtungen	5,0		10,0		14 12/571 b
	C 39	Luftschutz-Erprobungsbauten ...	0,8		0,0		36 09/575 a
	D 21	Bauvorhaben usw. für Bundesgrenzschutz	0,7		—		(06 25/570 a, 571 a)
	L 12	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	3,0		5,0		11 11/580, 581 tw.
	L 32	Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene	0,5		5,0		06 36/531
	N 11	Vorsorgemaßnahmen in Berlin ..	28,0		—		60 05/530 (60 02/953)
	R 37	Nichtbundeseigene Eisenbahnen	7,5		10,0		12 02/533
	S 12	Versuchsbauten	25,0		12,0		25 02/570 a
	S 19	Raumordnung	3,0		—		25 02/571 a
	S 61	Förderung des Wohnungsbaues	661,4		762,9		25 02/536, 545, 580—588
	W 13	an Berlin	275,0		(274,5)		60 05/571
		a) zusammen	1 041,4		804,9		

[1]) Einschl. Nachtragshaushalt

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.	Haushalts-Soll 1962	Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —		
noch: 530—569 u. 570 a—599 a		b) an Beteiligungsunternehmen			
	N 51	Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Ablösung von Krediten ..	0,2	0,2	60 02/550
	S 61	Deutsche Bau- und Bodenbank für Finanzierung von Familienheimen	6,0	6,0	25 02/540
	V 19	Flughafengesellschaften	5,4	3,9	12 17/570 a
		b) zusammen	11,6	10,0	
		c) an sonstige Empfänger im Inland			
	C 16	Umsiedlung beim Bau von Flugplätzen	2,0	—	14 12/572
	C 19	Vorfinanzierung von Versuchsanlagen	2,6	—	14 02/530
	C 39	Luftschutz-Hilfsdienst	1,2	1,0	36 04/572
	L 12	Für Arbeitsbeschaffung	0,4	1,7	11 11/535, 536
	L 19	Berufliches Förderungsprogramm für die unselbständige Mittelschicht	4,5	2,5	11 02/570 a, 571 a
	L 22	Errichtung von Rehabilitationszentren für Spezialbehandlungen .... (Darlehen und Zuschüsse)	5,0	(5,0)	11 02/580 (952)
	L 36	Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege	12,0	(12,0)	06 02/570 (A 06 02)
	L 62	An ehemalige Kriegsgefangene und politische Häftlinge zum Existenzaufbau	15,0	20,0	26 02/530
	M 19	Zur Deckung des Nachholbedarfs der Krankenanstalten	25,0	(25,0)	15 02/571 (A 06 02)
	N 41	Förderung der Fischerei	17,4	9,0	10 02/585 a
	N 51	Förderung der ländlichen Siedlung	—	—	(10 02/571 a)
	N 61	Aufstockung und Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe ..	220,0	—	10 02/573
	O 2	Erschließung des Emslandes	—	1,0	(10 02/570 a)
	P 12	Notstandsgebiete	87,0	87,0	60 02/571 a
	R 47	Donauschiffahrt	2,7	—	12 02/534
		c) zusammen	394,7	122,2	
		Darlehen zusammen	1 420,7	937,1	

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionen-plan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.	Haushalts-Soll 1962	Fundstelle im Bundes-haushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —		
570 b— 599 b u. 600—679		**Zuweisungen, Zuschüsse und Beihilfen**			
		Zuweisungen an			
		a) Gebietskörperschaften			
	C 16	Finanzhilfe für militärische Vorhaben	166,3	92,5	14 12/570, 571
	C 32, C 36 u. C 39	Zivile Notstandsplanung (Fernmeldenetz, Straßenbau usw.)	17,8	19,9	(36 04/605, 607) 36 07/570, 572
	H 9	Kulturelle Maßnahmen in Grenzgebieten (Schulen)	13,0	12,1	27 02/602 a
	H 9	Kommunale Baumaßnahmen in Bonn	7,7	8,4	60 02/625
	J 1	Förderung der Hochschulen	228,9	207,7	06 02/616 (2 tw.), 656 (1)
	K 4	Kulturpolitische Maßnahmen in Berlin	12,1	21,1	27 02/607
	K 4	Kulturelle Maßnahmen im Zonenrandgebiet	4,0	4,0	27 02/602 b
	L 12	Arbeitsbeschaffung, Grundförderung	11,0	10,0	11 11/580, 581 tw.
	L 39	Förderung des Interzonenreiseverkehrs	1,0	1,0	27 02/603
	L	Verwaltungskostenerstattung für Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes	184,8	185,2	60 04/603 (1), 604 (a)
	L 62	Für Kriegsgefangene zur Beschaffung von Hausrat	1,5	3,0	26 02/605
	L 32	Einrichtungshilfe für Deutsche aus der Sowjetzone	94,3	70,0	26 02/607
	M 39	Bundesjugendplan Berlin	3,6	3,6	27 02/605
	N 11	Förderung der Milchwirtschaft (»Grüner Plan«)	46,0	43,0	10 02/630 a und b
	N 11	Förderung der bäuerlichen Hauswirtschaft	50,0	50,0	10 02/610
	N 11 N 18	Förderung des Gemüse-, Obst-, Gartenbaues sowie des Einsatzes von Maschinen (einschl. »Grüner Plan«)	52,5	54,5	10 02/618 und 612
	N 11 N 21	Förderung des Absatzes von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (»Grüner Plan«)	28,0	39,9	10 02/629
	N 18	Übergebietlicher Ausgleich gemäß Milch- und Fettgesetz	30,0	30,0	10 02/631
	N 19	Berufs- und Fachausbildung auf dem Lande (einschl. »Grüner Plan«)	24,7	25,6	10 02/603 (2)
	N 21	Tierseuchenbekämpfung	3,0	14,0	10 02/615
	N 61	Flurbereinigung (einschl. »Grüner Plan«)	225,0	195,0	10 02/572 b
	N 61	Ausbau der Wirtschaftswege (»Grüner Plan«)	80,0	80,0	10 02/574 b
	N 18	Treibstoffverbilligung für die Landwirtschaft	318,7	294,2	10 02/679
	N 61	Erschließungsmaßnahmen in Schleswig (Nordprogramm)	31,0	28,0	10 02/579 b
	O 1, O 8	Wasserwirtschaft (einschl. »Grüner Plan«)	156,2	156,6	10 02/575 b und 619 a, 60 02/574

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.	Haushalts-Soll 1962	Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —		
noch: 570 b—599 b u. 600—679	O 8	Behebung der Sturmflutschäden in Norddeutschland	65,0	65,0	10 02/619 b
	O 71	Ländliche Wasserversorgung (»Grüner Plan«)	50,0	50,0	10 02/576 b
	P 12	Regionale Hilfsmaßnahmen	55,0	55,0	60 02/571 b
	P 12, S 13	Finanzhilfe an das Saarland	4,0	38,0	60 02/601
	P 69	Beihilfeaufwendungen aus Anlaß der Flutkatastrophe vom 16./17. Februar 1962	118,0	100,0[1])	60 02/575
	R 26	Entschädigung an Gemeinden aus Anlaß der Übernahme der Baulast für Privatstraßen des Bundes	2,0	2,0	24 03/601
	R 61	Förderung des Wohnungsbaues	91,2	89,8	25 02/570 b bis 588 b
	R 62	Prämien nach dem Wohnungsbauprämiengesetz	295,0	320,0	25 02/620
	R 69	Mietbeihilfen nach dem Wohnungsbaugesetz	20,0	5,0	25 02/619
	W 11	Grundsteuerbeihilfen	3,0	5,0	25 02/600
	W 13	Bundeshilfe für Berlin	1 412,0	1 428,7[1])	60 05/570
	U 9	Wehrmachtauskunftsstelle Berlin	12,8	10,0	06 02/600
		Übriges	10,4	12,5	
		a) zusammen	3 929,5	3 830,3	
		b) Lastenausgleich			
	L 42	Zuschuß an Ausgleichsfonds	261,2	265,2	60 04/600
	L 42	Verstärkung des Härtefonds ...	100,0	100,0	60 04/601
	S 11	Abführung der Ausgleichsabgaben	1 755,0	2 040,0	60 04/602
		b) zusammen	2 116,2	2 405,2	
		c) Sozialversicherung			
	F 69	Krankenversicherungsträger für Statistiken	0,2	0,2	11 02/603
	L 22, L 32	Zuschüsse zur Sozialversicherung	7 050,5	6 548,0	11 13
	L 32	Tuberkulosehilfe	20,2	18,0	06 02/677 a (1)
		c) zusammen	7 070,7	6 566,2	
		Zuweisungen zusammen	13 116,4	12 801,7	
		Zuschüsse und Beihilfen			
		a) an Beteiligungsunternehmen			
	P 5 / J 34	Kernreaktor Bau- und Betriebs-G.m.b.H. und Gesellschaften für Kernforschung und Kernenergieverwertung	60,2	41,6	31 02/640, 642, 644
	V 19	Deutsche Lufthansa	45,0	45,0	12 17/571 a
	V 19	Flughafengesellschaften	5,1	10,6	12 17/570 b und c
	V 19	Lübecker Hafengesellschaft	0,5	0,5	12 02/603
	S 61	Deutsche Bau- und Bodenbank ..	0,4	2,3	25 02/582 c, 616
		a) zusammen	111,2	100,0	

[1]) Nachtragshaushalt

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.	Haushalts-Soll 1962	Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —		
noch: 570 b—599 b u. 600—679		b) an sonstige Empfänger im Inland			
	C 19	Wohnungskostenzuschüsse für Angehörige der Bundeswehr ..	4,5	5,0	14 02/605
	C 39	Zivile Notstandsplanung	30,2	18,8	36 04/600—606, 609
	C 35	Für Notstandsvorräte	56,4	100,6	36 06/620, 621
	C 34/36	Bau und Unterhaltung von Schutzanlagen für Einrichtungen der öffentlichen Versorgung ..	18,4	18,1	36 05/570—601 36 07/571, 573
	C 39, J 35	Erprobungsbauten und Forschung für den baulichen Luftschutz ..	5,0	4,0	36 09/575 b, 640, 642
	C 39	An Bundesluftschutzverband ...	24,7	19,3	06 19/602
	F 91	Politische Bildungsarbeit	20,0	20,0	06 02/612
	F 59	Kulturelle Forschungsinstitute usw.	44,0	44,0	27 02/600
	J, H, K	Förderung der Wissenschaft	183,0	187,0	06 02/616—657 (ohne 616 [2 tw.], 618, 646, 654, 656 [1])
	J 37	Weltraumforschung	51,8	10,0	31 03/640, 650
	J 31/32 N 19/29/31	Forschungsanstalt für Landwirtschaft usw.	20,3	15,9	10 02/601, 602, 605
	J 33	Luftfahrtforschung	45,0	35,0	12 17/617
	J 33/39	Industrie-, Bodenforschung usw.	15,3	15,8	09 02/605, 614
	J 34, P, M 119	Atomfragen	41,3	36,9	31 02/600, 605—631, 643, 645
	J 4	Abführung an »Stiftung Volkswagenwerk«	10,8	10,8	24 02/600
	J 5/6, K 1/4	Förderung der Kultur	25,9	22,0	06 02/611, 660—667 26 02/601
	K 5	Kirchliche Angelegenheiten	12,3	10,8	06 02/605, 606
	L 22	Kindergeld	424,0	528,0	11 12
	L 22/33/36/39	Für Fürsorgezwecke	36,8	36,5	06 02/677 b, 603; 29 01/661
	L 22	Landwirtschaftliche Altershilfe ..	92,0	100,0	10 02/608
	L 39	Hilfsmaßnahmen gesamtdeutschen Charakters	36,3	36,3	27 02/606
	L 41	Verwaltungskostenerstattung (LAG)	15,0	15,1	60 04/603 (2—5), 604 (b—d)
	L 66	Pensionskasse Deutscher Eisen- und Straßenbahnen	24,0	24,0	60 04/641
	J, L, M	Bundesjugendplan	80,8	81,0	29 01/571
	N 11	Stillegung von Mühlen	11,9	11,0	10 02/668, 669
	N 18	Zinsverbilligungszuschüsse für agrar- und ernährungswirtschaftliche Maßnahmen	257,8	228,7	10 02/673
	N 14, N 18	Marktordnung	489,0	386,2	10 03
	N 41, J 32	Förderung der Fischerei	29,4	32,4	10 02/585 b (1—3)
	N 51	Ländliche Siedlung	118,4	99,8	10 02/571 b
	O 2	Emsland	35,0	35,0	10 02/616
	P 1, 2 u. 6	Handwerk, Messen, Handel, Wirtschaft	19,9	21,7	09 02/601—604, 606—610, 615
	W 19	Erstattung von Zöllen und Steuern auf Warenvorräten im Saarland	0,1	2,6	60 02/600
	P 16	Stiftung für Entwicklungsländer u. ä.	114,1	6,1	23 02/571—610
	N 61	Aufstockung und Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe (»Grüner Plan«)	256,0	205,0	10 02/573 b

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.	Haushalts-Soll 1962	Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —		
noch: 570 b—599 b u. 600—679	P 39	Verstärkung der Elektrifizierung	5,0	5,0	10 02/617
	L 19	Berufliches Förderungsprogramm für die unselbständige Mittelschicht	5,5	2,5	111 02/570 b, 571 b
	V 21	Verlust der Bundesbank durch DM-Aufwertung	70,0	50,0	60 02/635
	R 11	Zur Sicherung des Güterverkehrs mit Berlin	10,0	11,0	27 02/604
		Treibstoffverbilligung für:			
	P 68	Schiffahrt	—	8,9	12 02/679 a
	R 38	Verkehrsbetriebe	62,0	57,2	12 02/679 b
	R 28	Werkfernverkehr	0,5	1,2	12 02/679 c
	N 48	Fischerei	3,7	3,7	10 02/585 b (4)
	P 68	Gewerbliche Wirtschaft	27,9	23,4	09 02/679
	H, P, R, V	Verkehrswirtschaft	7,6	7,9	12 02/601—607
	R 7	Förderung des Flugverkehrs nach Berlin	25,0	21,0	60 05/602
	S 62	Bau von Familienheimen und Eigentumswohnungen	34,0	25,0	25 02/606
	S 62	Instandsetzung von Wohngebäuden	19,3	9,4	25 02/609
	T 23	Entschädigung an Bedienstete ehemaliger jüdischer Gemeinden	16,6	16,9	06 15/609
	U 9	Kosten der Kriegsgräberunterhaltung	8,3	10,5	05 02/630
	U 9	Suchdienstaufgaben	8,6	9,3	26 02/602
	W 19	Sparprämiengesetz	50,0	2,0	60 04/620
		Übriges	98,4	98,2	
		b) zusammen	3 102,3	2 786,5	
		c) an das Ausland			
	B 29	Beitrag zum zivilen Teil der NATO	7,8	6,5	05 02/673
	C 19	Beitrag zur NATO	28,3	20,2	14 02/600
	C 19	Anteil an den Kosten gemeinsamer NATO-Einrichtungen	205,4	19,6	14 02/601, 610—615
	L 15, P, K 4, J 34	Beiträge an europäische wirtschaftliche Zusammenschlüsse	234,7	127,2	60 06/620—632
	J 31	Beiträge an Europäische Organisationen für Weltraumforschung und Raumfahrzeugträger	56,9	25,0	31 03/676, 677
	P 16	Indusbecken-Entwicklungsfonds	17,9	.	23 02/640
	P 16	Erweitertes technisches Beistandsprogramm und Sonderfonds der VN	30,0	.	23 02/641
	P 16	Beitrag zum Entwicklungsfonds für überseeische Länder	—	308,0	23 02/642
		Beiträge an internationale Organisationen	47,3	22,0	Sämtl. Einzelpläne
		Übriges	5,1	4,9	06 02/677 a (2); 2602/675
		c) zusammen	633,4	533,4	
		Zuschüsse und Beihilfen zusammen	3 846,9	3 419,9	

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.	Haushalts-Soll 1962	Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —		
680—698		Zinsen			
		a) an Gebietskörperschaften			
	W 31/32	Erstattung von Ausgleichsforderungen aus der Umstellung überörtlicher Berliner Uraltguthaben	2,8	2,8	32 09 aus 685
	W 31/32	Erstattung der Aufwendungen für die Ausgleichsforderungen der Deutschen Pfandbriefanstalt	0,9	0,9	32 09 aus 683
	W 31/32	Erstattung der Zinsen für die Ausgleichsforderungen, deren Schuldner die Länder sind	—	165,0	32 09/686 tw.
		a) zusammen	3,7	168,7	
		b) an sonstige Empfänger im Inland			
	W 31/32	für Ausgleichsforderungen	280,2	281,3	32 05/680 a, b aus c, d, e
	W 31/32	für Bundesanleihen	270,0	177,5[1])	32 05/680 n—v
	W 31/32	für Schuldbuchforderungen der Sozialversicherungsträger	174,4	175,5	32 05/680 aus f, g, h, k
	W 31/32	für Kredit von der Export-Import-Bank und aus ERP-Mitteln ...	—	—	(32 05/680 m)
	W 31/32	für die verbrieften Reichsschuldentitel	62,0	102,0	32 05/683 b
	W 31/32	für Betriebsmittelverstärkungen	50,0	20,0[2])	32 05/681
	W 31/32	Altsparerentschädigung	23,0	28,0	32 05/690 b
		b) zusammen	859,6	784,3	
		c) an das Ausland			
	W 31/32	Auslandsschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen u.dgl.	160,8	171,0	32 05/680 aus l
	W 31/32	Abkommen mit der Schweiz	2,6	2,5	32 09/aus 680
	W 31/32	Verbindlichkeiten aus der Lieferung von Überschußgütern ...	—	—	(32 05/aus 686)
	W 31/32	Zahlungen auf Grund des Auslandsbonds-Entschädigungsgesetzes	20,0	18,0	32 05/692 tw.
		c) zusammen	183,4	191,5	
		Zinsen zusammen	1 046,7	1 144,5	
		Tilgung			
		a) an Gebietskörperschaften			
	W 31/32	Erstattung der Tilgungsleistungen für die Ausgleichsforderungen, deren Schuldner die Länder sind	125,0	122,0	32 09/686 tw.

[1]) Durch Nachtragshaushalt um 31 Mill. DM gekürzt, — [2]) dgl. 30. Mill. DM.

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —				
noch: 680—698	W 31/32	Erstattung von Ausgleichsforderungen aus der Umstellung überörtlicher Berliner Uraltguthaben	1,3		1,3		32 09 aus 685
	W 31/32	Erstattung der Aufwendungen für die Ausgleichsforderungen der Deutschen Pfandbriefanstalt	0,4		0,4		32 09 aus 683
		a) zusammen	126,7		123,7		
		b) **an sonstige Empfänger im Inland**					
	W 31/32	Bundesanleihe, Schatzanweisung u. dgl.	154,9		108,5		32 05/680 aus s, aus 687
	W 31/32	Ausgleichsforderungen	36,2		35,3		32 05/680 aus c, d, e
	W 31/32	Schuldbuchforderungen der Sozialversicherungsträger	76,8		23,3		32 05/680 aus f, g, h, k
	W 31/32	Bedienung der verbrieften Reichsschuldentitel	28,0		25,0		32 05/683 a
	W 31/32	für verspätet vorgelegte Prämienschatzanweisungen	0,0		0,0		32 05/682
	W 31/32	Altsparerentschädigung	13,0		12,0		32 05/690 a
	W 31/32	Sonderkredit Saarland	85,0		82,5		32 05/691
		b) zusammen	393,9		286,6		
		c) **an das Ausland**					
	W 31/32	Einlösung von Auslandsbonds u. dgl.	119,6		—		32 05 aus 687
	W 31/32	Auslandsschulden gem. Londoner Schuldenabkommen u. dgl.					
		Vorkriegsschulden	29,5		31,9		32 05/680 aus l
		Nachkriegsschulden	19,4		18,2		32 05/685
	W 31/32	Leistung des Bundes nach dem Gesetz zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden	—		0,9		(32 09/682)
	W 31/32	Abkommen mit der Schweiz	18,1		18,1		32 09 aus 680
	W 31/32	Verbindlichkeiten aus der Lieferung von Überschußgütern	—		—		(32 05/aus 686)
	W 31/32	Zahlungen auf Grund des Auslandsbonds-Entschädigungsgesetzes	6,6		4,0		32 05/692 tw.
		c) zusammen	193,2		73,1		
		Tilgung zusammen		713,7		483,4	
		Sonstige Leistungen					
	V 12	Zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Deutschen Bundespost (Kapitaldienst einer 200 Mill. DM Anleihe der Deutschen Bundespost)	14,0		14,0		32 05/689

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —				
noch: 680—698	T 22	Wiedergutmachung an Israel ...	250,0	264,0	250,0	264,0	32 09/681
		dazu unter Einmalige Ausgaben nachgewiesen		1 712,5		1 630,1	12 10/aus 310
		Allgemeine Ausgaben insgesamt		35 107,0		33 052,6	
		Einmalige Ausgaben					
700—709	.	Erwerb von unbeweglichem Vermögen		164,0		147,8	Sämtl. Einzelpläne
		darunter:					
	C 1	für Verteidigungszwecke	(130,0)		(110,0)		14 12/700
	R 23	für Bundesfernstraßen und -Autobahnen (Allgemeine Ausgaben)	(18,0)		(18,8)		12 10/aus 310 [10 80, 10 81, 12 80, 12 81]
	W 42	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	(8,0)		(13,3)		24 03/706, 707
710—849	.	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten		3 693,5		3 314,7[1])	Sämtl. Einzelpläne
		darunter:					
	C 1	für Verteidigungszwecke	(1 528,0)		(1 214,7)		14 (ohne 14 12/830)
	C 25	für Verteidigungszwecke	(53,7)		(67,5)		35 11 a u. b
	R 23	für Bundesfernstraßen und -Autobahnen (Allgemeine Ausgaben)	(1 678,5)		(1 596,3[1])		12 10/aus 310 [10 20—10 71, 10 91, 11 00—11 09, 12 20—12 71]
		Darlehen					
	C 16	Wohnungsbau für nichtkasernierte Angehörige der Bundeswehr	20,0		16,4		14 12/829, 830
	G 1	an die Bundesbahn für Neubau von Dienstgebäuden	1,8		1,2		08 04/aus 711—742
	S 62	zur Schaffung von Wohnraum für Verwaltungsangehörige ..	79,0		52,0		25 02/830 a
	S 62	Ersatzwohnraumbeschaffung (aus dem Straßenbauplan)	16,0		15,0		12 10/310 [10 84, 12 84]
	S 62	Wohnraumbeschaffung für Abgeordnete des Bundestages und Angehörige ausländischer Missionen	0,5	117,3	1,4	86,1	25 02/833 a, 834
850—869		Anschaffung von Dienst- und beamteneigenen Fahrzeugen		1 261,9		1 251,3	Sämtl. Einzelpläne
		darunter:					
	C 1	für Verteidigungszwecke	(1 209,2)		(1 217,6)		14

[1]) Durch Nachtragshaushalt um 180 Mill. DM gekürzt.

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw. — in Millionen DM —		Haushalts-Soll 1962 — in Millionen DM —		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
870—889		Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Maschinen u. dgl.		633,9		539,1	Sämtl. Einzelpläne
		darunter:					
	C 1	für Verteidigungszwecke	(499,7)		(422,8)		14
890—900		Erwerb von Beteiligungen					
	R 47	Rhein-Main-Donau-AG	2,4		2,4		12 03/891
		Teltowkanal-AG	0,4		—		12 03/892
	S 67	an wohnungswirtschaftlichen Unternehmen	5,7	8,5	19,5	22,0	25 02/895
901—998		Subventionen und sonstige Einmalige Ausgaben					
		Subventionen					
	N 18	Preisausgleich für eingeführtes Getreide	—		30,0		(10 02/951)
	N 18	Zuschuß zum Milchauszahlungspreis an Länder (»Grüner Plan«)	600,0		585,0		10 02/961
	N 18	Ausgleichsbeträge zur Förderung der deutschen Eier- und Geflügelwirtschaft	0,3		90,0		10 02/958
	N 18	Verbilligung von Handelsdünger (»Grüner Plan«)	80,0		185,0		10 02/962
	P 28	Frachthilfe für Beförderung von Steinkohlen	98,0		94,0		60 02/957
	P 68	Zinsverbilligung bei der Umschuldung von Krediten an kriegsgeschädigte und Flüchtlings-Betriebe	1,2		0,9		09 02/954, 957
	P 68	Zinszuschüsse für private Darlehen zum Handelsschiffbau	38,0		39,5		60 02/956
	P 28	Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Kohlenbergbaues	58,5		58,5[1])		60 02/954
	P 28	Rationalisierungsmaßnahmen im Kohlenbergbau	30,0	906,0	20,0	1 102,9	12 02/950, 951
		Sonstige Einmalige Ausgaben					
	C 1	Ausstattung mit Material für die Truppen	4 967,0		4 640,5		14 03 bis 14 22
	C 19	Ablösung von Ansprüchen der USA	200,0		100,0		14 02/980
	C 19	Beschaffungsnebenkosten für Materialkäufe im Ausland für Verteidigungszwecke	90,0		58,5		14 02/995
	C 25	Ausgleich von Besatzungs- und Vermögensschäden	19,5		22,0		35 11 a/950, 951
	C 31, C 32	Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz	29,7		39,0		06 19/950—960
	C 32, C 39	Einrichtungen für den Luftschutzwarndienst usw.	147,8		142,0		36 04/950—971
	C 34, C 36	Zivile Notstandsplanung auf dem Gebiet der öffentlichen Versorgung, der Ernährung, des Verkehrs und der Nachrichtenverbindungen	158,4		156,1		36 05—36 08
	C 25	Ausbau von Straßen und Brücken	42,0		—		35 11 a/960

[1]) Nachtragshaushalt.

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— in Millionen DM —				
noch: 901—998	F 49	Kassenhilfe an »Deutsche Welle« und »Deutschlandfunk«	35,0		21,8[1])		06 02/987
	D 21	Bevorratung für den Bundesgrenzschutz und die Bereitschaftspolizei der Länder	17,2		10,0		06 25/950
	F 61	Vorbereitung und Durchführung von Statistiken	6,6		5,8		06 08/950—963
	F 69	An die Länder für Großzählungen in den Jahren 1960 bis 1962 ..	25,3		25,2		60 02/951
	F 83	Vorsorgemaßnahmen in Berlin..	(28,0)		62,0[2])		(60 02/953)
	F 89	Zinsendienst für Darlehen anläßlich der Flutkatastrophe in Norddeutschland	—		18,4		(60 02/958)
	H, J, P	Förderung der Kernforschung ..	211,9		170,4		31 02/950—980
	K 4	Kulturelle Ausgaben im Ausland	6,0		9,0		05 02/951, 952
	J 32	Anschaffung eines Fischereiforschungsschiffes	3,8		4,0		10 01/951
	L 19	Hilfsmaßnahmen für Arbeiter der Kohle- und Stahlindustrie	48,6		56,0		60 02/955
	L 19	Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin	6,0		5,0		11 02/970
	L 22	Rehabilitationszentren für Spezialbehandlung bestimmter Verletzten- und Krankheitsgruppen	—		5,0		11 02/952
	M 1/2	Gesundheit, Sport usw.	30,1		30,1		06 02/973 und 15 03/950
	N 11	Erstattung von Lastenausgleichsabgaben für Niederungsgebiete (»Grüner Plan«)	14,0		14,0		10 02/963
	N 16	Wirtschaftsförderung in den westlichen Grenzgebieten	1,0		3,8		60 04/950
	N 51	Seßhaftmachung von Landarbeitern (»Grüner Plan«)	25,0		25,0		10 02/965
	P 64	Berufliches Förderungsprogramm					
		Darlehen	—		2,0		(11 02/960 a)
		Zuschüsse	—		3,0		(11 02/960 b)
	P 28	Energiepolitische Maßnahmen ..	20,0		10,0[1])		(60 02/960)
	R 44	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	21,9		19,9		12 03/950—983
	U 9	Verträge mit Österreich, Italien und den Niederlanden	74,0		84,8		60 04/954—959
		Sonstiges	30,2	6 231,0	47,0	5 790,1	
999	W 8	Zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren		—		206,9	60 02/999
		Zusammen		13 016,1		12 460,9	
		davon ab: im Haushaltsplan als Allgemeine Ausgaben veranschlagt		1 712,5		1 630,1	12 10/ aus 310
		Einmalige Ausgaben insgesamt		11 303,6		10 830,8	
		Ordentliche Ausgaben insgesamt		55 012,0		51 597,3	

[1]) Nachtragshaushalt. — [2]) Durch Nachtragshaushalt um 25 Mill. DM erhöht.

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— Millionen DM —				
		Außerordentlicher Haushalt					
530—599		Darlehen					
	B 29	Sanierungsanleihe der Vereinten Nationen	—		40,0		(A 60 04/530)
	C 16	an Gebietskörperschaften für Aufschließungskosten bei militärischen Bauten	19,2		15,0		A 14 12/570 b
	L 39	an Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege	—		12,0		A 06 02/570 b
	M 19	an gemeinnützige Krankenanstalten	—		25,0		(A 06 02/571)
	N 51	Ländliche Siedlung (an Dritte)	322,3		267,6		A 10 02/571 a
	N 51	Agrarstrukturelle Maßnahmen	50,0		200,0		A 10 02/573 a
	O 1	Förderung der Wasserwirtschaft	35,0		35,0		A 10 02/575 a
	P 16	Entwicklungshilfe	670,0		150,0		A 23 02/570
	P 64	Neubau von Handelsschiffen	47,0		47,0		A 12 02/599
	S 61 u. 62	an die Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues	4,0		230,0		A 25 02/534, 535
	S 62	zur Förderung von Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden	19,0		12,0		A 25 02/531
	W 13	an Berlin	(275,0)	1 166,5	274,5	1 308,1	A 60 05/571
570 b—679		Zuschüsse					
	C 34	Entwicklungsgesellschaft		—	—	25,0	(A 23 02/571)
700—709	C 25	Erwerb von unbeweglichem Vermögen		88,0		84,0	A 35 11 a und b
710—849		Bauten					
	R 44	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung		8,0		5,3	A 12 03/726

Titel bzw. Titelgruppe	Kennziffer im Funktionenplan	Einnahme- bzw. Ausgabeart	Haushalts-Soll 1963 Reg.-Entw.		Haushalts-Soll 1962		Fundstelle im Bundeshaushaltsplan 1963
			— Millionen DM —				
noch: 710—849		Darlehen					
	C 16	Unterbringung von nichtkasernierten Angehörigen der Bundeswehr usw.		404,2		250,2	A 14 12/830, 831
890—990		Sonstiges					
	P 16	Beteiligung am Grundkapital der Internationalen Entwicklungsorganisation	40,7		40,8		A 60 04/893
	V 22	Finanzierung der Saarbergwerke AG	18,5		18,5		A 24 02/891
	P 59	Europäische Gesellschaft für Kernbrennstoffe (EUROCHEMIC) ..	2,0		2,9		A 60 06/892
	P 77	Zahlungen an die Weltbank	31,2		31,2		A 60 04/892
	P 77	an Internationalen Währungsfonds	—		—		(A 60 04/894)
	V 19	Deutsche Lufthansa AG. und Flughafen AG.	43,1		41,0		A 12 17/892, 893
				135,5		134,4	
		Außerordentliche Ausgaben insgesamt		1 802,2		1 807,0	
		Gesamtausgaben		**56 814,2**		**53 404,4**	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

205 252 5 400 11. 62